DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

62 6. JAHRGANG NOVEMBER '89 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

MESSEZEITUNG

Diese CONTRASTE-Ausgabe enthält vier Extraseiten, nämlich die Messezeitung zur Europäischen Projektemesse, die den aktuellen Stand um das Vorhaben dokumentiert. Diesmal vor allem mit Berichten von der Auftaktveranstaltung in der Krebsmühle inclusive des Impulsreferats von Rolf Schwendter, der gleich mehrere hundert »Titel, Inhalte und Themen« für eine Projektemesse formuliert.
Die Messezeitung ist ein offenes Forum für alle an der Messe Interessierten, das natürlich über den CONTRASTE-LeserInnenkreis hinaus verteilt wird. Wie und in welchen Abständen sie erscheinen wird, entscheidet sich erst auf dem nächsten Vorbereitungstreffen zum »Ende der Eiszeit«, vom 8. bis 10. Dezember 1989.
Siehe Seite 9 bis 12

UTOPIE

Häufig wird behauptet, Selbstverwaltung stelle keine Alternative als gesammtgesellschaftliches Konzept zur kapitalistischen Marktwirtschaft dar.
S. Flor beschreibt in seinem Szenario »2009 bis 2029 – Zwanzig Jahre Netzwirtschaft« die utopische Alternative regionaler Selbstverwaltungswirtschaft.Basis ist die Autarkie regionaler Netze, ein anderes Tauschsystem, soziale Absicherung durch garantiertes Mindesteinkommen etc. Mehr dazu auf Seite 14

NATURKOST

Um die Naturkost- und Bioladenszene finden auch weiter rege Diskussionen statt – eine Bewegung, die ihre politische und ökologische Idee noch nicht ganz der Professionalisierung und dem Profit geopfert hat.
Auf Widerspruch ist auf jeden Fall der Artikel »Aussteigen oder umstürzen« (CONTRASTE Nr.60) gestossen. Rudolf Döhr wehrt sich gegen eine Idealisierung der Vergangenheit und ist vielmehr der Meinung , daß es auch heute noch möglich ist, die Naturkostbewegung weiterzuentwickeln, ohne seine Ansprüche aufzugeben. Er plädiert für eine Fortführung der Auseinandersetzung.
Näheres auf den Seiten 17 und 18

KRITISCHE TÖNE WAREN UNERWÜNSCHT

auf den Medientagen in München, dessen Ausrichter die Münchner Kabelgesellschaft war. Das »Forum für Medienkultur« tagte dann auch außerhalb der sich immer mehr zur Konkurrenzveranstaltung zur Berliner Funkausstellung entwickelnden Medientage.
Trotzdem sich ReferentInnen und TeilnehmerInnen des »Forums« die Waage hielten, ist Mathias Lahmann der Meinung, daß die dort gebotenen Einzelbeiträge perspektivgebend waren und sich deswegen aus der allgemeinen »Tagessülze« hervorhob...
Seite 4

RADIOTREFFEN

Vor einem Jahr trafen sich in Nürnberg die alternativen deutschsprachigen Radios. Trotz positiver Aspekte der Zusammenarbeit (Beitragsaustausch, gegenseitiger Korrespondenzarbeit, Austausch der Erfahrungen bei der »Geldbeschaffung« kommt ein Folgetreffen, geplant zum 2. Geburtstag von Radio Z Nürnberg, nicht zustande.
Die anscheinende Unlust der Radioprojekte möchte Mathias Lahmann vom Münchener (nichtsendenden) Radio LoRa nicht den Projekten anlasten...
Seite 5

GENOSSENSCHAFTEN IN ITALIEN

„MAG' · Netzwerk all'Italia

Unter dem Motto „Italienische Alternativen" organisierte der Wirtschaftsarbeitskreis der Nürnberger GRÜNEN Anfang Mai eine Studienreise zu selbstverwalteten Genossenschaften in der Provinz Verona.

Genossenschaft von innen betrachtet — Foto: ISO-Archiv

Norbert Stricker, Redaktion Heidelberg ● Die Reiseziele der GRÜNEN waren formuliert als ein Beitrag zum Erfahrungsaustausch und zur solidarischen Kritik, um die Weiterentwicklung von alternativen Projekten auf europäischer Ebene zu fördern.

Nach Aussage der Nürnberger GRÜNEN sollte die grüne Partei als eine Partei, „die sich den alternativen Ansätzen gegenüber besonders verpflichtet" fühlt, dazu beitragen, „die Kenntnisse über die Entwicklungsbedingungen dieser Initiativen zu verbessern und einen länderübergreifenden Erfahrungsaustausch aufzubauen".

Vor dem Hintergrund der Erfahrung der ISO-Reise im September letzten Jahres (s. Bericht von M. Cavallaro) – und als aktiver „Netzwerker" – war für mich die Vorinformation der Nürnberger GRÜNEN über die Existenz und 10jährige parallele Entwicklung von neuen Genossenschaften in Selbstverwaltung und eines dazugehörigen „Selbstverwaltungsverbandes" – der mit unserem NETZWERK teilweise vergleichbar ist – ein besonderer Anreiz, diese Reise als Informationsmöglichkeit und Kontaktaufnahme zu nutzen.

Um es vorwegzunehmen: meine Erwartungen und Fragestellungen hinsichtlich der Existenz und politischen Realität einer italienischen Selbstverwaltungswirtschaft – ähnlich der unserer – mit sozialen, ökologischen und genossenschaftlichen Prinzipien konnten mit ersten Ergebnisse befriedigt werden.

Im Gegensatz zur ISO-Exkursion, bei der unsere Ansprechpartner überwiegend aus PCI- und LEGA-Zusammenhängen kamen, hatten die Nürnberger GRÜNEN von vornherein Kontakte zu einer neuen italienischen Genossenschaftsbewegung, die im Raum Verona etwa gleichzeitig mit der bundesdeutschen Selbstverwaltungsbewegung entstanden ist.

COOPERATIVE DI AUTOGESTIONE

Mitte der 70er Jahre sind bei Verona – aber auch in anderen italienischen Gebieten – neue, selbstverwaltete Genossenschaften („Cooperative di autogestione") entstanden, die sich von den „alten" italienischen Genossenschaften durch Autonomie und Opposition zu unterscheiden suchten.

Nach Aussage unserer italienischen GesprächspartnerInnen hat auch in Italien die Idee der Selbstverwaltung es sehr schwer, in der Öffentlichkeit akzeptiert zu werden. Das kapitalistische Produktionsschema ist dagegen gesellschaftlich anerkannt. Selbstverwaltung als „Dritter Weg" in Richtung Kooperation und Solidarität der ökonomisch Handelnden wird eher als anstrengend und illusionär bezeichnet. Nach Ansicht der italienischen SelbstverwalterInnen bewegt sich die „alte" italienische Genossenschaftsbewegung in diesem Kontext und reproduziert mehr und mehr das privatkapitalistische Wirtschaftssystem. Entwicklungen, wie Machtkonzentration auf wenige „Genossen", hierarchische Arbeits- und Betriebsorganisation, keine Partizipationsmöglichkeiten an der Lösung betrieblicher Probleme, „Selbstausbeutung" zur Profitmaximierung, unterschiedliche Rechte von „Genossen" und angestellten Arbeitern (die nicht Genossenschaftmitglied sind) und keine Verbundenheit zu den Gewerkschaften, herrschen vor allem in großen norditalienischen Genossenschaften vor. Hier ist es keine Seltenheit, daß bei „alten" Genossenschaften nur 30 „Genossen" und über 100 „Angestellte" vorzufinden sind. Eine privatwirtschaftliche Vision nach Profitstreben und betrieblicher Vermögensbildung höhlt dort die Ideale der Genossenschaftsbewegung zunehmend aus.

Fortsetzung auf Seite 6

P 8008 E

00.2621 001 5
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30
151

MEDIEN

KAMPAGNEN UND ANDERE BLUFFS

Die Strukturen linker Bewegungen sind in unseren Landen nur sehr schwer überschaubar. Gezielte öffentlichkeitswirksame Arbeit für bestimmte Inhalte in Form von Kampagnen zu initiieren, birgt das Problem in sich, einen breiten Diskussionszusammenhang zu finden, in dem klare politische Forderungen formuliert werden können. Allzu leicht bleiben diese sonst Gemeinplätze, deren politische Wirksamkeit zweifelhaft ist.

Regina Engel, Redaktion Kassel ● Eine Gegenöffentlichkeit hat innerhalb der informellen Strukturen linker und autonomer Bewegungen eine schwierige Aufgabe zu erfüllen. Die abstrakte Forderung nach „Wahrheit" oder auch nach „freier Meinungsäußerung" definiert doch wohl sehr unzureichend das, was Gegenöffentlichkeit leisten sollte. Ohne Kontext bleiben solche Aussagen inhaltsleer.

Dabei ist doch gerade die Verschleierung von Inhalten durch Abstraktion, Nachrichtenübermittlung ohne konkrete Zusammenhänge, die den Rezipienten mit Information versorgt, die keine Relevanz haben, eine Art von Massenkommunikation, zu der linke Medien eine Alternative bieten müssen.

Das Thema „Zensur" ist für eine Gegenöffentlichkeit immer aktuell. Wo Zensur jedoch anfängt und wie man dagegen vorgeht, darüber gehen die Meinungen auch innerhalb der Linken sehr weit auseinander.

Letztes Jahr, als Themen rund um den § 129a aufgrund aktueller Ereignisse eine besondere Hochkonjunktur hatten, versuchte auch CONTRASTE, ermutigt durch verschiedene Treffen und Diskussionen mit anderen Alternativmedien, sich an das Thema heranzutasten. Im Schwerpunkt „Tatort Schreibtisch" (Okt.88) bezogen von Repression betroffene Leute aus allen Bereichen der Printmedien Stellung dazu, wo ihrer Meinung nach Zensur anfängt und wie man mit Repression umgehen kann.

Auch wir erhofften uns davon den Beginn einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung. Doch Willens- und Meinungsbildungprozesse gerade in der Alternativszene sind diffiziler als man es sich oft in seiner Naivität, getrieben von guten Ideen und Willen, vorstellt.

(Ein anschauliches Beispiel ist die Geschichte eines Interviews mit einem Mitarbeiter der Anti-Zensur-Kampagne der Hamburger Buchläden: Nach dem dritten Interviewtermin war er sich immer noch nicht sicher, ob er sich so im Alleingang äußern könne. Wir einigten uns auf eine schriftliche Stellungnahme, die mit den anderen gemeinsam abgestimmt sein könnte. Jedoch auch diese Stellungnahme erreichte uns leider nie.)

So ist es äußerst schwierig, in den informellen, autonomen, selbstverwalteten Strukturen linker Bewegungen Diskussionsprozesse zu führen, deren Ergebnisse auch konkret für öffentlichkeitswirksame Kampagnen genutzt werden können, die von einer breiten Basis gestützt wird.

Letztendlich bedarf es immer der VorreiterInnen, die etwas initiieren, woran sich dann andere anschließen - aktiv durch Diskussion oder passiv durch Solidaritätsbekundung. Die Beanspruchung einer StellvertreterInnenposition bleibt jedoch stets fragwürdig.

Wie sieht es also aus mit unserer politischen Kultur? Diese Frage stellt sich auch Peter O.(sterstraße) im Zusammenhang mit der Anti-Zensur-Kampagne „Was wahr ist, wird auch in Zukunft gedruckt" (siehe Seite 3). Sind solcherart Kampagnen eine Selbsttäuschung und ein Bluff gegenüber der Öffentlichkeit, da man in der Szene nicht mehr fähig ist, Diskussionen zu führen?

Diese Frage geht weit über eine einzelne Kampagne hinaus. Sie betrifft allgemein den Stand von Gegenkultur und Gegenöffentlichkeit in der BRD. Alternativmedien, wozu auch Flugblätter usw. zu rechnen sind, bilden immer nur das ab, was in der Szene passiert – d.h. wenn sie dem Anspruch der authentischen Berichterstattung entsprechen wollen. Zu behaupten, die Spaltung durch staatliche Repression hätte gegriffen, ist sicher zu einfach, obwohl man natürlich nicht leugnen kann, daß dies ein wichtiger Faktor ist. Gibt es also noch die bundesdeutsche Linke? Oder kämpft jede ihren eigenen Kampf, die eine inzwischen in der Parteienhierarchie, die andere in autonomen Grüppchen?

Weiteres auf Seite 3

VERLIERER – GEWINNER ?

Bye-bye Berlin!

„Ende der Eiszeit"
oder
„summer's almost gone"?

Kaum hatte der Sommer für unseren Nürnberger Redakteur Kurt Regenauer begonnen, war er auch schon wieder vorbei. CONTRASTE hatte ihn im Mai nach Berlin (und damit zum Ausgangspunkt einer 35.000 km langen Reise) geschickt: auf Besuchen in westdeutschen Szenen und immer wieder in Westberlin sollte er eine Diskussion für eine Europäische Projektemesse initiieren und koordinieren.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● „Out of the blue and into the black...", so fuhr ich den Transit aus dem sonnigen Süden in ein kräftiges Berliner Gewitter, das schon lange durch einen hochgezogenen Regenbogen über der Stadt angekündigt war. Nun gut, in Berlin jedenfalls waren die Eisheiligen trotz Ozonloch und Aufrufen zum **Ende der Eiszeit** noch deutlich genug erfahrbar... wie deutlich, sollte mir in den kommenden Monaten erst so richtig klar werden.

Da sollte ich also diese Europäische Projektemesse irgendwie auf die Schiene bringen. Mit einem Koffer voller Aufrufe, CONTRASTE und Memos on the road – ein Antrag an die AL war auch dabei – kam ich mal wieder irgendwo an und eine lange Reise hatte ihre erste Station. Seit 6 Wochen lebte ich nun schon mehr oder weniger aus meinem Kombi zwischen Nürnberg, Berlin, Heidelberg und Frankfurt... seit es diesen ominösen Aufruf zum **Ende der Eiszeit** gab (an dessen Wortlaut ich ja schließlich auch mitgestrickt hatte), mit dem später ein paar Berliner FreundInnen, Krebsmühlen- und CONTRASTE-Leute sowie Theo Pinkus eine Europäischen Projektemesse powern sollten (CONTRASTE 5/89).

Diskussionen hierzu wollten angerührt, verbreitert und abgestimmt sein, und das, wo so unterschiedliche Menschen wie aus der UFA und von der Krebsmühle, von der taz, von Frauenprojekten, von CONTRASTE und Ökonovia beteiligt sind. Der Verteiler umfaßte in diesem Juni erst noch ca. 30 Adressen von Leuten, die uns in einem Brainstorming eingefallen sind. Einen Monat später sind es schon 200, die immer alles und sofort wissen wollen, was zur Messe passiert. EDV muß her und begleitet mich künftig als Beifahrerin.

Eine Planungsgruppe um Friedels Fairsicherungsbüro sollte mal durchdenken, wie sowas in Berlin ablaufen könnte. In ständigem Spagat zu westdeutschen InteressentInnengruppen und (möglichst immer neuen) Gesprächskreisen war die Messeidee weiter zu lancieren, auszuarbeiten und – soweit möglich – sollte in Berlin auch eine konkrete Organisation mit eigenem Messebüro angerührt werden. Hierfür der AL-Antrag, quasi als Einstieg und Anschub für einen möglichst konkreten Lauf der Dinge.

ENDE OFFEN – ALLES MUT!

Am Ende, heutzutage im November, ist nur noch über unsere damaligen Träume zu schmunzeln. Wir können froh darüber sein, wenn die Europäische Projektemesse nicht nur zum Berliner Sommertheater gereicht hat, sondern (vielleicht/hoffentlich) auch zur Herbstzeitlosen taugt. Aber bevor so kühne Unterfangen wie Gespräche mit dem Westberliner Senat (geplant für diesen Sommer) oder Bildung eines Arbeitsstabes (sollte mit dem Messebüro kommen) überhaupt in Angriff genommen werden können, ist noch an etlichen heruntergelassenen Jalousien zu klopfen.

Immerhin ist es gelungen, den (heimlichen) Clinch ums **Ende der Eiszeit** zu versachlichen. Kontaktaufnahmen zwischen verschiedenen regionalen Szenen können nur zu häufig daran scheitern, daß lediglich geargwöhnt wird, jemand wolle nur ins hauseigene „rot"- grüne Süppchen spucken. Oder sonstwelche unanständigen Sachen machen. Nur noch in wenigen der zahlreichen Berliner Selbstverwaltungs-Büro- Etagen wird so getuschelt.

Denn das Berliner Netzwerk hatte „bunte Luftballons" gesichtet: deutliche Rauchzeichen aus Heidelberg, Nürnberg und Frankfurt waren Ursache dieser optischen Täuschung – und die Frauenprojekte in Berlin wollen gar eigene Zeichen setzen und (auf einer Veranstaltung November in der Schokofabrik) autonom entscheiden.

„Ob Messe oder keine..." ist so gesehen eigentlich auch nicht mehr das Hauptthema – betont wird von KritikerInnen und UnterstützerInnen gleichermaßen, es gehe darum, zu einem politischen Austausch zu kommen und Kommunikationsschwierigkeiten zu überwinden. Nur wie?

Ob auch heutzutage noch aus einem Funken ein Steppenbrand entstehen kann oder ob diese Erkenntnis am Platz des Himmlischen Friedens ruhen mag, ist daher gar nicht mal die entscheidende Frage. Eher geht es darum, ob die Beteiligten auch den Mut finden, ihre Sprachlosigkeit in Aussagen von gesellschaftlicher, gar internationaler Relevanz zu überwinden.

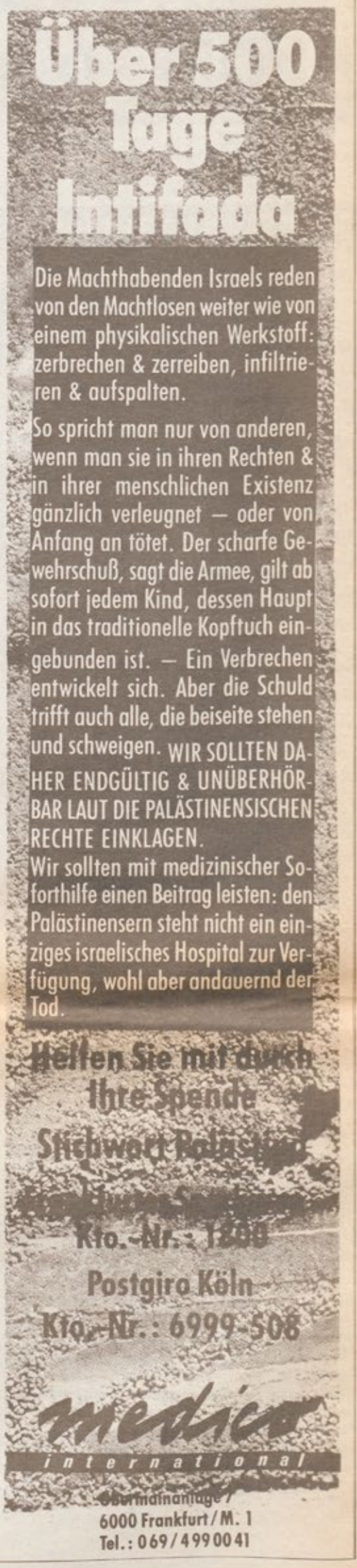
MEILENWEIT FÜR DIESE MESSE?

Am Ende dieses Sommers zeigt mein Tacho, daß ich zwischen verschiedenen westdeutschen Metropolen (von Süd bis Nord), Amsterdam und der Mauerstadt insgesamt eine Reise (fast) um die ganze Welt zurückgelegt habe. Im Kombi (wo ich auch mal schlafen konnte) mit einem Computer als Reisegefährten... immer auf Achse.

Und was hat's gebracht? Natürlich wurde eine Menge Kohle mehr verholzt als Honorare zur Verfügung standen. Reisekosten dieser Größenordnung waren einfach nicht da, mochte der Ökofonds Bayern auch für Ökofonds-spezifische Betreuung und Termine zumindest etliche der Fahrten meines rollenden Büros nach Bayern mittragen. Der Rest war halt im Prinzip von mir zuzuschießen.

Dennoch sage ich wohlgemut „Bye-bye Berlin!". Schließlich werde ich auch in meiner eigenen Stadt und meinem eigenen Laden gebraucht. So mag der Sommer zwar vorbei sein... die Diskussion hat hoffentlich erst begonnen. ●

Anzeige



LAYOUT INTERN

Modern Times

Gerhard Pomp, Layout ● In der letzten Ausgabe der CONTRASTE veröffentlichten wir einen Leserbrief, der das neue Aussehen der Zeitung kritisiert und meint, wir würden uns jetzt der Computerwelt anschließen.

Da die SchreiberInnen, die Leute von der Villa Kunterbunt, bestimmt nicht die einzigen sind, die dies so sehen, versuche ich mal ein bißchen was zu klären. Ein Schwachpunkt ist sicher der Artikel „Monedas" Sept. 89 gewesen, der doch nicht so verständlich war, wie er hätte sein sollen – und dazu noch solche Hämmer wie „elektronische Aufrüstung" enthielt.

Das neue graphische Gesicht – professionell ist es ja. Anspruchsvoll! Was für Ansprüche von wem und wie werden hier verwirklicht? Was hat die Form mit dem Inhalt zu tun? Wissenschaftliche Erkenntnisse über Lesbarkeit, die dann doch manchem Kopfschmerzen bereitet und den Run in die Optikerläden einläutet?

Und wir haben uns selbst schon manche durchzechte Nacht darüber gestritten, da es auch bei uns noch einen Haufen unbelehrbarer ChaotInnen gibt (ich z.B.). Nun, das ist die Grafik – die wurde nicht mit Computer gemacht – das sind layouterische Anleitungen für uns, die sich einer ausgedacht hat – kreativ.

Bei uns im Layout war das bisher so: die Texte wurden in den Computer eingetippt, auf Fahnen ausbelichtet, dann haben wir diese Filmfahnen zusammengeklebt – immer ein bißchen im Streß, weil wieder mal alles viel zu spät ist, mit viel Kaffee und was zu rauchen, aber zu zweit, herumalbernd von Leuchttisch zu Leuchttisch.

Die Änderung: Jetzt mache ich ein Vorlayout: Papierfahnen auf Bögen klebend. Alleine, weil die Bine ja jetzt die ganze Krebsmühle umkrempeln will. Und mit dem Vorlayout geht's zu TEXTLINE, wo wir mit Bildschirm die Texte per Computer zusammenmontieren. Wir haben also Schere und Kleber mit einer Tastatur getauscht, stehen nicht mehr gebückt, sondern sitzen in dicken Sesseln, und die Augen schmerzen nicht mehr von Leuchttisch-Neonröhren, sondern von Bildschirmen. Das sind zwei Tage Arbeit. Und es sind zwei Tage, die ich furchtbar interessant finde, und gleichzeitig ist es doch gut, daß CONTRASTE nur eine Monatszeitung ist, denn bei längerem Arbeiten an diesem Gerät hört der Spaß auf – wie bei allen anderen Tätigkeiten auch.

Am letzten Tag werden Photos gerastert – wie gehabt mit einer älteren Reprokamera – da ist auch ein Computer drin, aber nur so ein kleiner, wie ein Taschenrechner.

Die Zeiten werden schneller, wir nehmen an der Aufholjagd teil, und wenn wir gewonnen haben, sind wir die Verlierer. ●

RICHTIGSTELLUNG

Der mit meinem Namen unterschriebene Artikel zum Thema Projektemesse in der CONTRASTE-September-Nummer IST SO NICHT VON MIR GESCHRIEBEN WORDEN.

Es wurden ohne Rücksprache mit mir daran Änderungen vorgenommen, zu denen ich meine Zustimmung nicht gegeben hätte, die dem Artikel ein Stück Saft und Kraft genommen haben, und zwar:

1. Andere Zwischenüberschriften
2. Nicht-Beachtung von meinerseits vorgenommenen Heraushebungen/Betonungen/Unterstreichungen
3. Änderungen innerhalb des Textes
4. Auslassung von zur Herausarbeitung der Argumentationslinie wichtigen Sätzen. Besonders ärgerlich: ein Satz, in dem die Gefahr des „deutschen Selbstverwaltungs-Kulturimperialismus und des ignoranten Vorgehens wörtlich so bezeichnet wurde, fiel der Contraste-Zensorin zum Opfer – wer hat sich da getroffen gefühlt?

Natürlich müssen Kürzungen in einer Zeitung öfters sein. Wenn dabei aber Zensur herauskommt, steht das einem „Forum für Selbstverwaltung" höchst schlecht zu Gesicht. Das ist der Stil von Partei-Zentralorganen.

Mit einem Artikel von Rolf Schwendter oder ähnlichen lieben Gurus hättet Ihr da wohl mehr Vorsicht walten lassen – aber mit einem nicht „auf Linie" liegendem Weib kann man/frau das wohl machen??? Ich meine: auch eine nicht-bürgerliche Zeitung braucht ein bestimmtes Maß an journalistischer Seriosität und Professionalität. Oder ist Schlamperei und Zensur ein Ausdruck des berühmten typisch deutsch-angehauchten selbstverwalteten Betriebsklimas?

Hättet Ihr den Mut, diese meine kleine, ordentlich polemische Stellungnahme abzudrucken, (unzensiert!!!), wäre Eure Ehre bei mir doch ein wenig gerettet.
Ich wünsche Euch jedenfalls von Herzen gute Besserung! ●

Marlis Cavallaro

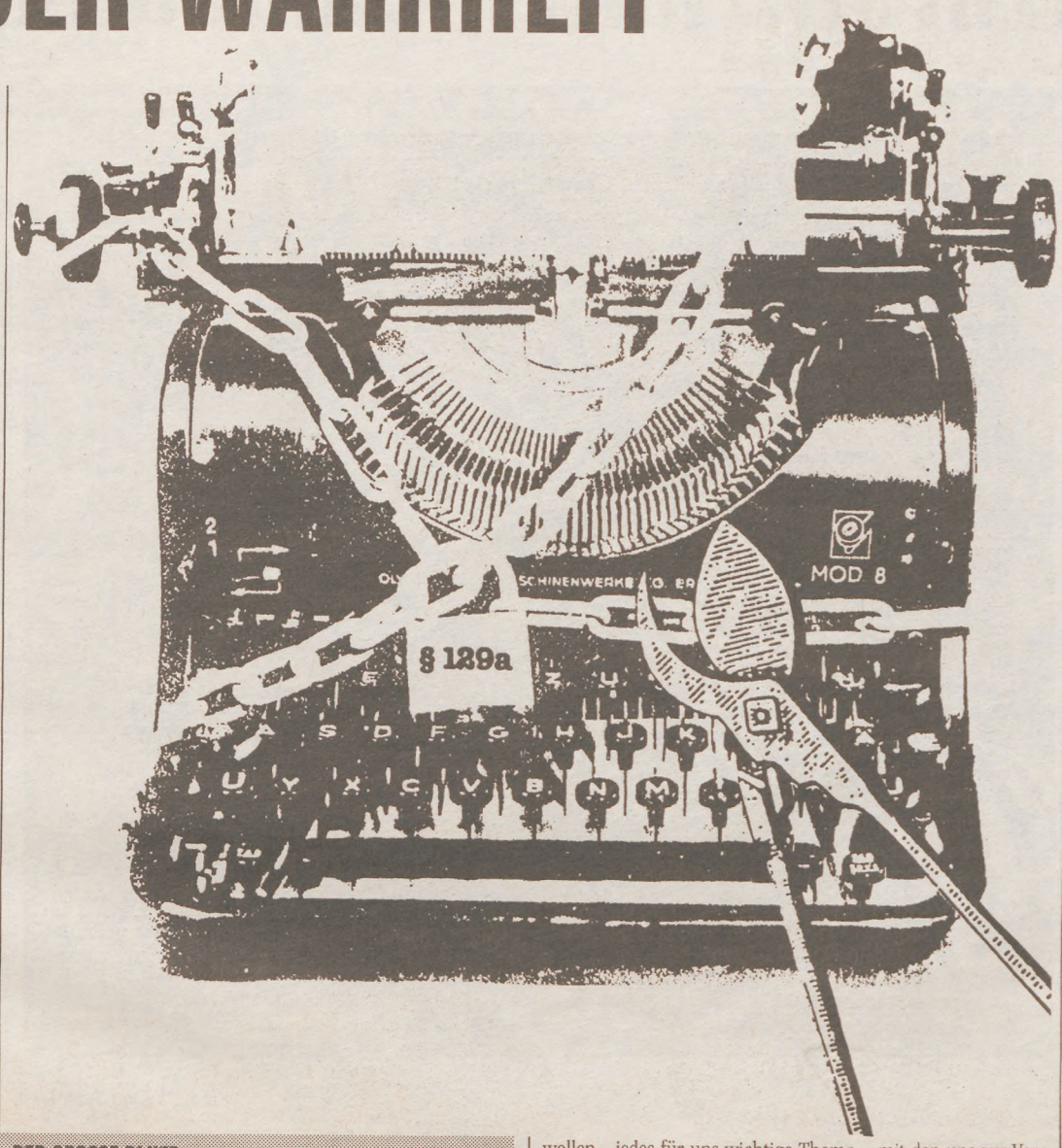
BUNTE SEITEN . . .

... erscheinen leider nicht in dieser Ausgabe,
dafür aber bestimmt im Dezember.
So besteht noch die Möglichkeit für euch
bis 13. November Anzeigen zuzusenden.

ANTI-ZENSUR-KAMPAGNE

ZUKUNFT DER WAHRHEIT

Den Hamburger Aufruf „Was wahr ist, wird auch in Zukunft gedruckt..." haben die Leute vom Buchladen in der Osterstraße in Hamburg nicht unterschrieben. Ein Mitarbeiter des Buchladens beschreibt, warum ihm dieser ein falsches Werkzeug für eine Kampagne gegen Repression zu sein scheint.



Von Peter O.(sterstraße), Redaktion Heidelberg ● Unterschreiben könnte ich den Aufruf schon. Für die Sache, für die da verbal gefochten wird, kann ich ohne weiteres eintreten, und die ein, zwei politischen Stolpersteine im Text nehme ich aus dem Stand. Meine Unterschrift würde dann den Block der Unterzeichner – satztechnisch bedingt – um einige Millimeter verlängern, Gewichtigkeit ausdrücken... und mich an die Kampagne erinnern, die 1986 gegen die Beschlagnahme der „Radikal 132" lief.

1986 waren bundesweit Buchläden, Infoläden und Privatwohnungen durchsucht und gegen BuchhändlerInnen und gegen Einzelbezieher der „Radikal" Ermittlungsverfahren eingeleitet worden; gegen einige wurden nach dem damaligen 129a Strafverfahren eingeleitet, einige wurden später entsprechend verurteilt. Was tun, hatten wir uns gefragt. Im Herbst '86 wurde ein Treffen in Gießen einberufen und viele, viele kamen. Doch schon die dort beschlossene Informationskampagne (bundesweites Flugblatt mit möglichst vielen Unterschriften von Buchhandlungen) schleppte sich hin – über eine zweite Auflage des gemeinsam herausgegebenen Flugblattes ging es nicht hinaus. Und ein weiteres bundesweites Treffen im Frühjahr 1987 war auch schon erheblich weniger besucht.

Das war's dann. Natürlich kam es noch zu lokalen Aktivitäten: Antirep-Veranstaltungen, Anti-129a-Veranstaltungen, in Hamburg gründeten verschiedene Buchläden einen Rechtshilfe-Fonds usw.. Insgesamt gesehen: Tendenz lustlos.

Auch die weitere Verschärfung der einschlägig bekannten Paragraphen ließ den geschundenen Körper linksradikaler Meinungsvielfalt nur noch zusammenzucken. Die Druckwalzen in den Druckereien liefen dadurch nicht schneller, um Systementlarvung und Empörung ausdrückende Flugblätter auszuspucken – für eine Öffentlichkeit, die sich sowieso auf eine „Szene" beschränkt hatte.

Und das soll jetzt, 1989, alles anders sein? Eigene Erfahrungen aus einem Buchladenkollektiv, Gehörtes aus anderen Kollektiven spricht dagegen.

DER WILLENSBILDUNGSPROZESS

Wie entsteht eigentlich ein Aufruf, insbesondere einer, der sich so absolut dafür einsetzt, daß das, „was wahr ist (...) auch in Zukunft geschrieben, gesetzt, gedruckt und vertrieben wird?"

In der Regel setzt sich ein Personenkreis zusammen, um eine erste Aufruf-Vorlage zu diskutieren und ihr die endgültige Fassung zu geben. So ist es auch mit besagtem Aufruf geschehen. Anschließend werden von einer Redaktionsgruppe (noch) beschlossene Veränderungen eingearbeitet und außenstehende Gruppen, Institutionen und Einzelpersonen mit dem Text konfrontiert und aufgefordert, ihn zu diskutieren, sich eine Meinung über ihn zu bilden, Kritik zu äußern usw.. Und das alles bis zum Soundsovielten. Wer nicht auf diese Aufforderung reagiert, wird nach einer gewissen Duldungspause schließlich angerufen, was denn nun sei, ob der Text schon gelesen wurde...? Das geht dann bis wenige Stunden vor dem Drucktermin für den endgültig redigierten Aufruf. Jetzt hat die zögernde Gruppe allerdings nur noch die Möglichkeit, ihren Namen unter den Aufruf zu setzen oder es bleiben zu lassen.

Der Prozeß der Aufklärung, der mit dem Aufruf beabsichtigt war, vereinzelt sich. Während die Druckplatten in die Druckmaschinen gespannt wurden, um in Kürze einen Aufruf schwarz auf weiß zu produzieren, bohren sich andernorts angesprochene Unterzeichner und Nichtunterzeichner in der Nase und wissen nicht mehr von ihm. Sie können den Aufruf in den nächsten Tagen dann irgendwo lesen: auf einem Flugblatt, in der einschlägigen Presse, in diesem Fall in der „Clockwork" Nr. 11. Auch den Namen ihrer Gruppe, mit dem sie den Aufruf unterzeichnet haben, manchmal alphabetisch eingeordnet, manchmal in der Zeitfolge des Eingangs bei der Redaktionsgruppe: Ah ja, wir haben auch unterschrieben.

Dem Leser und der Leserin bietet sich dagegen ein Bild der Geschlossenheit, mit der hier Unterzeichner eines Aufrufs ihre politische Meinung öffentlich machen wollen. Es fehlen nur noch die Hammerschläge an der Kirchentür oder ein: Hier stehe ich... Er oder sie wissen aber nicht, daß in diesem Fall z.B. unterzeichnende und nichtunterzeichnende Hamburger Buchläden, also Einrichtungen, die bei polizeilichen Durchsuchungen o.ä. Aktionen in relativer Nähe der vordersten Linie stehen und die von dieser politischen Lage her besonders Interesse an einer Aufklärung der Öffentlichkeit über staatliche Übergriffe haben müßten, daß diese Einrichtungen sich das letzte Mal irgendwann im letzten Jahr getroffen haben, lange bevor die Diskussion um den Aufruf einsetzte.

Jener Aufruf ist demnach nicht das Ergebnis eines gemeinsamen, geschweige denn kollektiven Diskussionsprozesses gewesen. Ob diese Diskussion in den einzelnen Ladengruppen der Bedeutung des Aufrufs angemessen gelaufen ist, wissen selbst die Unterzeichner des Aufrufs nicht. Geschweige denn, ob es zwischen allen, zwischen Buchläden, Verlagen, Druckereien, Setzereien und Buchbindereien mehr gibt als zufällige, spontane, informelle Kontakte.

Es scheint, daß sich in der Praxis, politische Erklärungen herauszugeben, dieselbe Tendenz verfestigt, die bereits in der Flut der täglich produzierten Flugblätter vorherrscht: das Sammeln von Organisationen, die für einen Aufruf ihren Namen hergeben. Mit der Zahl der Kommata, die die Setzerin schließlich tippen muß, erhöht sich auch die Zahl der Organisationen, die unterschrieben haben.

DER GROSSE BLUFF

Wenn man uns fragt, was wir, die 'Linke' ganz allgemein, eigentlich wollen, fallen uns neben mehr oder weniger abstrakten Begriffen und Beschreibungen von gesellschaftlichen Lebensmöglichkeiten in unbestimmten Zeiten schnell konkrete Abgrenzungen zu dem ein, was wir alltäglich selbst erleben oder vermitteln, erfahren. Ein Manko vielleicht, aber verständlich angesichts der kleinen und großen Katastrophen, die alle bisherigen Versuche hervorgebracht haben, sozialistische, libertäre Lebensformen zu verwirklichen.

Für mich besitzt daher die negative Definition zu bestehenden Herrschaftsstrukturen und politischer Handlungsweisen etwas positives, besonders, weil sie neben der Unzahl unterschiedlicher Vorstellungen von einer Zukunftsgesellschaft die Möglichkeit politischer Praxis offenhält. Politische Praxis sehe ich jedoch nur dort, wo sie gemeinsame Diskussions-, Entscheidungs-und Handlungsprozesse umfaßt. Die mag es bei einigen Unterzeichnern des Aufrufs gegeben haben, bei anderen war es nicht der Fall und alle zusammengenommen kennen sich irgendwie, mehr auch nicht.

Dieser politische Bluff zielt nicht nur ins Leere, schlimmer, er desillusioniert. Und das geschieht nicht nur mit den Menschen aus den unterzeichnenden Gruppen, sondern auch mit denen, die nicht in diesem Zusammenhang stecken – aber von dem Aufruf angesprochen werden, etwas zu tun. Sie merken allerdings schnell, daß nichts dahinter steht außer politischer Dünnbrettbohnerei. Warum dafür den kleinen Finger rühren?

KULTUR POLITISCHER AKTIONEN

Ich habe mir die Frage gestellt, warum es außer informellen Kontakten und sporadischen Verballeistungen nichts Weitergehendes an politischem Handeln bei den Menschen gibt, denen der 129a um den Hals gelegt wird.
Vielleicht sollten wir mal intensiver darüber sprechen,
○ um welche Inhalte es eigentlich geht, die wir so vehement ihres Wahrheitsgehaltes wegen verteidigen
○ was es mit dem Staat auf sich hat, bzw. was wir mit jemandem zu tun haben, der seine Fallstricke über uns wirft?
Meiner Ansicht nach bewegen wir uns in einer verbalen Widersprüchlichkeit. Sie ist verantwortlich dafür, daß unsere Politik, linke Politik, nicht mehr Substanz besitzt als der morgendliche Schaum der Rasierseife.

In dem besagten Aufruf wird der Widerspruch an zwei Stellen deutlich. Nonchalant wird da an einer Stelle auf den Staatsschutz hingewiesen, der den 129a als Instrument gebraucht, „die oft katastrophale Beweisnot in den beginnenden Strafverfahren gegen den bewaffneten, anti- imperialistischen Widerstand auszugleichen". Es geht hier also darum, daß sich ein Staat Mittel ausdenkt, um gegen einen „bewaffneten, anti-imperialistischen Widerstand" vorzugehen. Er setzt seinen Staatsschutzapperat gegen die „bewaffnet kämpfenden Gruppen" ein.

Ja, aber, warum denn auch nicht?, frage ich 'mal ebenso nonchalant zurück. Warum soll ein Staatsapparat müßig zuschauen, wenn ihm seine Agenten erschossen und seine Institutionen materiell zerstört werden?

Sind es etwa die **politischen** Inhalte des „bewaffneten, anti-imperialistischen Widerstands", die es diesem – unserem, heutigen – bürgerlichen Staat im Grunde verbieten sollen, gegen den Widerstand vorzugehen, er also besser daran täte, seine Koffer zu packen und abzutreten?

Um darauf antworten zu können, müßten auch wir uns mit den **politischen** Inhalten jener „bewaffneten Kämpfer" auseinandersetzen. Da reicht es nicht, nur dafür sorgen zu wollen, „jedes für uns wichtige Thema... mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln der öffentlichen Diskussion zugänglich" zu machen. Nein, mitreden ist angesagt und nicht der Schizo-Eiertanz um Broschüren, deren Inhalte wir nicht kennen wollen, die wir aber trotzdem als wichtig deklarieren.

Fast so wenig, wie ich dem Staatsschutz zur Verfügung stehe, bin ich bereit, als Mutter Courage irgendwelche Marketenderwaren für 'ne kämpfende Truppe durch die Etappe zu ziehen.

Politische Diskussionen laufen unter **uns** nicht, vielleicht in anderen politischen Gruppen, in denen wir auch noch drinstecken (ich habe dabei in den letzten Monaten nur negative Erfahrungen gemacht). Aber wenn wir als Papier- Beschreiber, -Besetzer, -Bedrucker und -Vertreiber auftreten, dann gehören diese inhaltlichen Diskussionen **unter uns** dazu.

Aber, wie gesagt, sie gibt es nicht. Und deshalb räsonieren wir über Zensur, über Diffamierung „politisch motivierter Aktionen als undifferenzierten Aktionismus" usw., wenn uns der 129a an den Kragen geht. Denn eigentlich dürfte Staat das doch nicht, oder? Wir wollen ihm zwar die Strommasten zu Füßen legen, wir wollen auch darüber informieren, aber wenn man dann doch erwischt wird – 129a? Unerhört!

Anders gesagt: Uns fehlt die eigene Kultur politischer Theorie und politischer Aktion. Eine Kultur mit politischen Werten, die sich verändern mögen, die trotzdem wichtig sind für das (alltägliche) politische Verhalten. Nicht alles, was derzeit als Politik verkauft wird, ist auch wirklich politisch.

EGAL OB LEGAL

Für jeden und für jede von uns hat die Auseinandersetzung mit dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft große Bedeutung, nicht nur die abgrenzende, sondern auch eine „positive": die Nutzung der bestehenden Strukturen zum eigenen Wohlergehen, ihr Erhalt um der eigenen Sicherheit, der eigenen Existenz wegen..

Womit ich beim zweiten Punkt wäre, an dem die Widersprüchlichkeit unseres politischen Verhaltens im Aufruf deutlich wird: „Die Freiheit der Schrift und des Wortes ist nicht garantiert, sie muß erkämpft werden" – von einem Staatsapparat, der sie uns seit 1878 beschneiden will, so wie es der Aufruf historisch aufzeigt.

Wir reihen uns also in die Opferkette staatlicher Repression ein, definieren uns politisch nicht anders als die Sozialdemokraten vor 100 und die Kommunisten vor 30 Jahren (Und wenn wir dann gestorben sind, werden unsere Enkel dieses Spielchen fortsetzen). Und zur gleichen Zeit formulieren wir unsere – z.T. existenziellen – Forderungen an den Staat!

Das geht nicht! Stehen wir doch zu dem Ganzen: Wir sind als politisch und wirtschaftlich handelnde Personen und Gruppen darauf angewiesen, daß staatliche und gemeinschaftliche Strukturen bestehen. Wir stecken wie alle in ihnen drin. Das zu ignorieren wäre politische Hochstapelei.

Aber: Wir müssen unsere politischen Handlungen nicht bis zum letzten i-Punkt legalisieren lassen. Es gibt die politische Aussage (und auch Aktion), die kann gar nicht anders als illegal sein, sei es nach heutiger Definition oder erst morgen so. Das heißt nicht, daß sie dann einen „wahren", „richtigen" usw. Charakter hätte, beileibe nicht. Es heißt nur, daß sie aus den politischen Auseinandersetzungen heraus, die **wir** führen, gebildet wurde, sich eines Tages bewahrheiten mag oder auch nicht, zum Zeitpunkt ihres Entstehens aber – autonom ist.

ÜBER DEN 129a HINAUS

Und es ist Hochstapelei, Repression nur noch in Form von 129a, 130a zu thematisieren. Die Konsequenz geht für mich dahin, mich aus dem Denken zu lösen, der 129a sei außerordentlich, mithin auch die von ihm Betroffenen außerordentlich politisch. Mitnichten. Der 129a ist staatspolitisch etwas ganz Ordentliches, mit besonderen Verfolgungsmethoden verknüpft, das schon, aber mehr auch nicht.

Es hat also politisch keinen Sinn, alle anderen Meinungs-Verfolgungsparagraphen von ihm abzukoppeln. Es hätte in der Praxis nur die Folge, sich auch von anderen, politisch Verfolgten abzukoppeln, die nur den 110, 90a usw. am Hals haben. Wir treiben dabei in eine politische Isolation, kochen hier unser autonomes Süppchen und wärmen uns am Strohfeuer des 129a die Finger – merken aber nicht, daß es uns am Arsch kalt wird.

Es ist zudem unhistorisch gedacht – gerade was die Verlage, Druckereien und Buchläden betrifft. Die Erfahrungen, die das linke Papierwesen mit Zensureingriffen und Verfolgungen und Verurteilungen sammelte, stammen aus Auseinandersetzungen der späten 60er / frühen 70er Jahre, zu einer Zeit, als der 129a und der 130a noch in der Versenkung schlummerte. Man kann natürlich seine politische Identität ausschließlich mit diesen beiden Paragraphen verknüpfen, die eine und andere Schmalspurbahn soll es ja auch noch in den bayerischen Bergen und in der niedersächsischen Tiefebene geben. Ob aber diese Spurbreite ausreicht, um sich „in diesem Kampf... zusammenzuschließen", bezweifle ich.
Meine Kritik in zwei Sätzen gesagt:

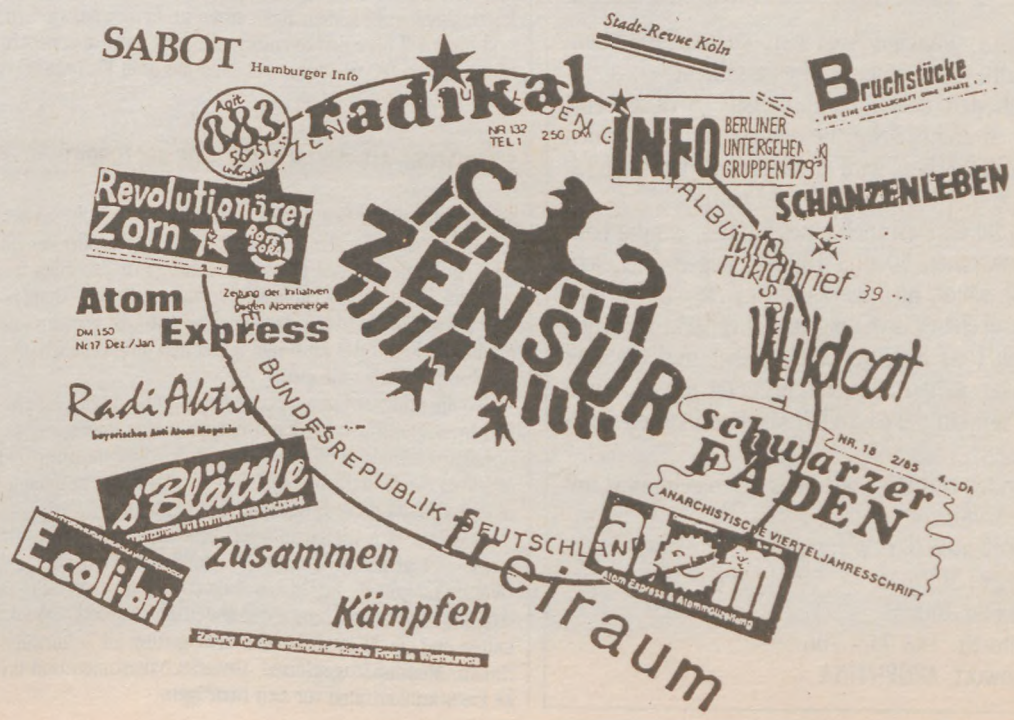
1. Der Aufruf täuscht eine politische Verständigung und eine Gemeinsamkeit im Handeln der unterzeichnenden Gruppen vor, die real nicht existiert. Er wird daher auch nichts bewirken.
2. Der Aufruf erhält an politischer Aussage nicht mehr, als daß er das westdeutsche Staatsgebilde namens BRD anprangert, seine Repressionsmethoden zu verschärfen. Das ist a) nichts Neues, b) politische Selbstbeschneidung.
3. Der Aufruf reduziert unsere politischen Möglichkeiten auf ein Reagieren auf potentielle staatliche oder gesellschaftliche Gegenmaßnahmen.

WENIG ERFOLGVERSPRECHEND

Zum Schluß noch eine kleine Beobachtung:
Der Aufruf ist in der „Clockwork" Nr. 11 zusammen mit einer Kollage abgedruckt worden. Die Kollage zeigt eine Schreibmaschine, die von einer schweren Kette gesperrt wird. An der Kette hängt zudem ein Schloß, das 129-a-Schloß, das eine Benutzung der Schreibmaschine auf jeden Fall verhindern würde, wenn... ja, wenn sich da nicht listig eine Zange in die Kette verbissen hätte, um ein Kettenglied aufzuschneiden.

Es sind schon einige Jahre her, daß ich mit ähnlichem Werkzeug in einer Schlosserei arbeiten mußte. Die in der Kollage abgebildete Zange ist mir als Blechzange geläufig: Ein sperriges Werkzeug, das sich mühsam in Blech hineinarbeitet und nicht selten Verletzungen an Fingern und Händen verursachte. Geschmiedete Ketten damit zu zerschneiden, ist ein aussichtsloses Unterfangen, das eher dazu führt, die Schneiden der Blechzange mit Scharten zu versehen als auf die Kette irgendeine Wirkung auszuüben.

Ein klassisches Beispiel dafür, mit falschem Werkzeug eine Arbeit erfolgreich vollbringen zu wollen. ●



RUND UM DEN RUNDFUNK

Viel Schwarzbrot... und niemand mag's

In München fand im Oktober das „Forum für Medienkultur" statt; veranstaltet wurde es vom Institut für Informationsökologie (IKÖ), vor kurzem grün-nah gegründet rund um die Professoren Eurich (Dortmund), Mettler-Meibom (Essen) und Kubicek (Bremen). Dieses „Forum" war gedacht als eine öffentlichkeitswirksame Auftaktveranstaltung des IKÖ; es sollte aber auch ein Sammelbecken von Informationen und Personen sein, die während der gleichzeitig stattfindenden offiziellen Münchner Medientage gar nicht oder zu kurz zu Wort gekommen waren. Die Rechnung ist nicht aufgegangen.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ●

Die Münchner Kabelgesellschaft als Ausrichter der Medientage hatte sich von Anfang an gegen ein Einbeziehen des „Forums" in das offizielle Programm gewehrt: Zu linke und zu kritische Töne waren nicht erwünscht.

Diese Medientage entwickeln sich standortpolitisch immer mehr zu einer Konkurrenzveranstaltung der Berliner Funkausstellung: Spesenritter laben sich an festlichen Banketten, der Besuch themenorientierter Seminare und Vorträge wird so teuer, daß nur noch zahlungskräftiges Fachpublikum zugegen ist, Zulieferwirtschaft, Werbeagenturen und Sender-Bosse geben sich die Klinken in die Hand... Kurzum: Viel Alkohol, viel Geld, wenig öffentlicher Einblick!

Da bot das „Forum für Medienkultur" schon einen anderen Rahmen: In der Festhalle des Münchner Gewerkschaftshauses (wer die 60er-Jahre-Architektur liebt...) herrschte offener Zugang für alle, die da kommen wollten! Nur leider, es kamen trotz spannender Themenpalette gar zu wenig. Dies mag sowohl am Ort als auch an den PR-Bemühungen rund um die Veranstaltung gelegen haben; sicher spielte auch eine gewisse Themenmüdigkeit nach dem Medientage-Rummel in Presse und Rundfunk eine Rolle. Tatsache vor Ort war, daß sich Anzahl der ReferentInnen und der TeilnehmerInnen die Waage hielten. Eingedenk der Themenbrisanz und der Bemühungen rund um die Organisation (die Fachgruppe „Medien" des IKÖ hat sich hier tapfer geschlagen) eher... ein trauriger Anblick!

DER RAHMEN DES MACHBAREN

Was bot das „Forum" an? Von 9.30 Uhr an sollte über den Tag in drei Etappen referatsbezogen diskutiert werden: Ausgehend von den **ALTERNATIVEN zum Kommerzfunk im lokalen Bereich** ging es nach dem Mittagessen zu den **PERSPEKTIVEN für die Öffentlich-Rechtlichen** im dualen Rundfunksystem über, um schlußendlich im Sündenfall EUROPA 92: **Rundfunk als Wirtschafts- und Kulturgut** zu enden. Welche kirchliche Akademie, welche Landes- oder Bundeszentrale und welche themenorientierte Parteientagung hatte hier nicht auch schon „gegrast"...?

Spannend sind immer nur die engagierten und perspektivengebenden Einzelbeiträge! Und da stach das „Forum" schon etwas aus der normalen Tagungssülze hervor:

1. ALTERNATIVEN ZUM KOMMERZFUNK

Rainer Büschel vom Vorstand des Radioprojektes RADIO Z in Nürnberg gab unter dem Motto: **»Es gibt kein Wahres im Falschen«** einen verhältnismäßig schonungslosen Zustandsbericht über die Arbeit in einem Sender, der unter den mißtrauischen Argus-Augen CSUlerisch witternder Rechtskanalschützer sein tägliches Programm produzieren will und muß. Erst als Parteien-U-Boot der GRÜNEN diskriminiert, dann als Schwulen-Nachwuchs-Zucht ausgemacht, letztendlich der ökonomische Gewinner einer hemmungslosen Frequenzsplitter-Taktik (Ein Konkurrent auf gleicher Frequenz mußte seinen Werbeflachfunk aufgeben!)... Es wäre eine Sendung bei RADIO Z wert: Die Tatsache, daß es den Sender noch (und noch so quicklebendig!!!) gibt.

Ohne die Sicherheit wohlwollender Sponsoren bleibt in Nürnberg das tagtägliche legale Medienguerilla-Spiel angesagt; da helfen auch keine Erleichterungen im Gebührendschungel. Inhaltsbezogener und engagierter Lokalfunk in Germany bleibt ein selbstausbeuterisches Zusatzgeschäft.

2. PERSPEKTIVEN FÜR DIE ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN

Hier entwickelte eine Recherche-Arbeit von Eva Meier (Hauptvorstand der IG Medien) eine neue Sichtweise der Dinge.

Sie beschäftigte sich mit den Arbeitsbedingungen von JournalistInnen unter dem Einfluß der Kommerzpolitik der Privaten und versuchte, die konkreten Auswirkungen auch auf den öffentlich-rechtlichen Funk. Da brachen ganz schauerliche Perspektiven auf, die der ZuhörerInnenschaft doch schwer zu denken gaben. Stichwort Wimbledon:

Etatsverschiebungen in Richtung „Senderechte" birgt natürlich eine Verknappung der Redaktionsetats in sich; so kann die immer teurer werdende Sende- und Produktionstechnik, deren Investitionen einen wesentlichen Kostenanteil ausmachen, kaum noch qualitativ von den entsprechenden Hauskräften genutzt werden, weil die Redaktionen verpflichetet werden, kostenarm und am besten „unkompliziert" zu produzieren (= „Die Schere im... Arsch?").

Stichwort Gottschalk:

Der Markt- und Unterhaltungswert einer Person (Jauch bei RTLplus oder Kuli bei Tele 5?) endet nicht mehr nach der Festlegung seines Salärs, sondern beschäftigt die Personalpolitik ganzer Rundfunk-Abteilungen: Da kann ein Gottschalk im Bereich **Unterhaltungsmusik** im Bayerischen Rundfunk seine Privat-Feden mit dem entsprechenden Hauptabteilungsleiter austragen... Während der Woche also nur Gottschalk-MitarbeiterInnen in die Programmführung, am Wochenende dann im Gegenzug nur die Erwählten des Abteilungsleiters. Niemand nimmt mehr die Leute des anderen wahr („Verbrannt!"), die festangestellten RedakteurInnen sitzen als Panzer dazwischen, sind finanziell über den öffentlichen Dienst zwar abgesichert, leiden aber unter Arbeitsmangel „und das alles für unsere (?) Gebühren...".

3. RUNDFUNK ALS WIRTSCHAFTS- UND KULTURGUT

Spannend war der Beitrag des neuen Präsidenten der bayerischen Landesmedienzentrale, der sich als Vorsitzender der Direktoren-Konferenz der deutschen Privatlizenz-Behörden bestens auch auf überregionalen Terrains auskennt. Quintessenz seines Vortrages war das Appellieren an die gemeinsame produktive Kreativität im Umgang mit den unumstößlich auszugebenden Werbemillionen:

Wo die Schleusen nun schon einmal geöffnet seien im großen Investitionsreservoir, kann nur noch eine intelligente soziokulturelle und -politische Nutzung der Massenmedien ein Abdriften der Milliarden „ECU" Investitionskapital in unlautere und also graue Mediengewässer verhindern.

Er tat es sich als ehemaliger Medienreferent der bayerischen Staatskanzlei unter Strauß tatsächlich an, „Watsch'nmänner" im linken Lager auszumachen, die zu lang die innovative Chance der neuen Medien nicht genutzt hätten und die die intellektuelle Verweigerung als KulturträgerInnen, MedienpädagogInnen, GewerkschafterInnen und linke PressekritikerInnen vor sich hertrügen.

MEDIENBISS

Was den Veranstaltern prächtig glückte, war die Einbindung der VeröffentlicherInnen. Im Gegensatz zu den oft erlebten Veranstaltungen, bei den sich die KritikerInnen Mikrofon, Stift und Block ausleihen, um lechzend Artikel im Dutzendpreis zu produzieren und sich im Licht von Zeilenhonorar und Monatssoll zu spiegeln..., im Gegensatz dazu fanden sich plötzlich „be- und angreifbar" Medienseiten-Verantwortliche auf dem Podium, die mit den von ihnen so gern ins Kreuzfeuer Genommenen „moderat/orisch" umgehen mußten.

Da gab es einen gegen alle (Lese!)Erwartungen unsicheren Heinz Stamm von der TAZ, der die These von der endgültigen Vergangenheit „Unterdrückter Nachrichten" wagte und damit selbst bei öffentlich-rechtlich angestellten Redakteuren auf den Bauch fiel (So ändern sich die Zeiten und wohl auch... die Sichtweisen in kritisch gut honorierten Horten!).

Da versuchte Marlene Wöste von den MEDIA PERSPEKTIVEN, einmal nicht über allem wissenschaftlich und praxisfern zu stehen; sie begab sich in das brisante Fahrwasser zwischen GRÜNER Medienpolitik á la Berlin und knallharter Tagungsrhetorik á la gutdotierter öffentlich-rechtlicher Programmschürfer (Michael Wolf Thomas vom NDR: Immer das gleiche Referat und immer noch lustig!).

Da mußte Cornelia Bolesch als neue Medienseiten-Chefin der Süddeutschen Zeitung erst einmal schlucken, als ihr vorgeworfen wurde, nicht so recht innovativ-unterstützend gewesen zu ein im Run um den bayerisch-lokalen Medienmarkt. Die Interessen ihrer Verleger – schließlich schiebt der Süddeutsche Verlag ja kräftig mit im Poker um die Marktbeteiligung – mußte sie ebenso außen-vor-lassen wie die Gewißheit um die Entwicklung des europäischen Medienmarktes – „Ist das wirklich alles so furchtbar? Und können wir gar nichts mehr machen?"

Durch diese subjektive Einbindung der MeinungsmacherInnen geschah dann allerdings auch wenig auf der Öffentlichkeitsseite. Mehr als zu bedauern!

BROCKEN AM RANDE

Besonders einzelne Sequenzen in den Vorträgen und Diskussionen machten das „Forum" spannend: Hans Kleinsteuber (Politologe in Hamburg und seit langem am Thema „Radioperspektiven im außerdeutschen Raum" beschäftigt) ließ sich zu einer Vision hinreißen, die so manche/n auch nach zehn Stunden unbequemen Sitzens aufhorchen ließ:

Die wirtschaftlichen Erfolgszahlen von RTLplus und SAT1 stellen die Etat-Erwartungen der letzten zwei Jahre mehr als in den Schatten. Wenn es mit dieser Erfolgskurve so weitergeht, läßt sich in maximal zehn Jahren in der BRD bzw. in Europa eine Perspektive nachvollziehen, wie sie in Kanada und Australien schon gang und gäbe ist: Der dort noch vorhandene öffentliche Funk beherrscht maximal 25 % des (Werbe-)Marktes, die Legitimation für Gebühren sind nicht mehr gegeben, die Finanzierung läuft nur noch über Staatsknete und ist so zunehmend von den operierenden Regierungen abhängig, dementsprechend lasch sind Programminhalte und so ist es nicht verwunderlich, daß sich Preisinitiativen (enttäuscht durch staatlich legitimierte MEDIEN-Kulturrepräsentanz) politisch durchsetzen können.

Alice Ströver von der AL in Berlin entfaltete wortreich ihre Wunschliste zur Neuformulierung des SFB-Gesetzes:

Hauptsächlich an der Leitungs- und Finanzierungsstruktur der öffentlichen „Anstalten" soll gedreht werden; so beinhaltet das Fraktionspapier der AL zum Beispiel das Absetzen des Intendantenmodells... ein gewähltes Direktorium soll kollektiv den Sender führen, die Wahl kann nicht gegen die Mehrheit der Belegschaft durchgeführt werden! Außerdem soll der Einfluß der Parteien und das damit zusammenhängende Posten-Geklüngel eliminiert werden.

Die Sender sollten in ihrer Finanzplanung auch nicht mehr so sehr abhängig sein von der auf Bundesebene agierenden KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs); hier formulieren Minsiterpräsidenten Etats, die nichts mit den wirtschaftlichen und programmlichen Entwicklungen innerhalb der Sender zu tun haben. Durch Kürzungen übt die KEF Druck aus, dem sich Intendanzen allzu schnell beugen.

Was davon in Berlin mit Mompers SPD Wirklichkeit wird...?

Neben einigen Peinlichkeiten (z.B. Jürgen Dörmann und sein Vortrag über das „Prinzip Hoffnung" in Sachen Lokalfunk in NRW) bot die Veranstaltung einen weiten Überblick über den Zustand des aktuellen Mediengeschehens und gab Anlaß zu manch heftiger Debatte... Doch, wer hat's schon gehört?

Das „Forum für Medienkultur" war ein realisierter Ausschnitt des schon lang geplanten Medienkongresses der BundesGRÜNEN: Falls der denn doch noch einmal Wirklichkeit werden sollte, kann man ihm nur mehr ZuhörerInnen wünschen! ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Revista
AGITACIÓN A
Periodical Anarquista - N°3 - Marzo '89 A5

Revista Agitación A ist eine kleine, junge Zeitschrift, die in Buenos Aires erscheint.
Nach den ersten Bemühungen (5 Ausgaben), die anarchistische Bewegung in Argentinien neu zu beleben, wird dieses Projekt durch die rasante Inflation in Gefahr gebracht.
Für die GenossInnen eines Landes, wo die Löhne zwischen 50 und 100 DM liegen (vielleicht auch schon niedriger) -und damit wirklich nur das Lebensnotwendigste abgedeckt werden kann (das bedeutet auch: nicht mal ein Bier trinken gehen können), bedeutet es viel, wenn wir nur ein paar hundert Mark monatlich überweisen.
Spendet einmalig oder besser: regelmäßig auf das Konto:
Trotzdem-Verlag/W.Haug
Postgiro Stuttgart
BLZ 600 100 70
Konto-Nr. 138 74 - 706
Stichwort: ARGENTINA

Anzeige

atom Nr. 27

Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt 1:
Europäisierung
Die Entscheidung, die WAA in Wackersdorf nicht zu bauen, hat die europaweite Verflechtung der Atomindurstrie ins Blickfeld gerückt - und ebenso die Notwendigkeit, internationalen Widerstand zu leisten.

Schwerpunkt 2:
Radikale Linke, Autonome & Co.
Mit welchen Bedingungen hat sich die Anti-AKW-Bewegung in Zukunft auseinanderzusetzen, wenn sie interventionsfähig bleiben will? Diskussionsbeitrag u. a. zu Rot-Grün in Berlin; "Radikale Linke"- schwere Geburt

Standorte: Brokdorf, Stade, Atomforschungsanlage Geesthacht, HH-Atomtransporte, PKA-Gorleben...
Kriminalisierung: Fritz Storim in U-Haft, Aufruff gegen den § 129 a...
Wackersdorf & Widerstand
Startbahnprozesse

atom
erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 Mark (plus Porto), Abo für 5 Ausgaben 25 Mark. Ab 5 Ex. 3 Mark (plus Porto)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

Warum eigentlich?

Oder: Welchen Sinn haben Radiotreffen?

Vor einem Jahr fand in Nürnberg eine Arbeitstagung der alternativen deutschsprachigen Radioprojekte statt. Dort wurden zum ersten Mal zarte Bande redaktioneller und informativer Zusammenarbeit geknüpft:

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Der Beitragsaustausch wurde intensiviert, Möglichkeiten einer gegenseitigen Korrespondenz-Arbeit wurde diskutiert, Geschäftsführerrunden wurden initiiert, um gemeinsame Interessen in Sachen „GELDBESCHAFFUNG" zu eruieren...

Kurzum: Der exklusive Zirkel der Radio-EnthusiastInnen rund um DREYECKLAND, RADIO 100, RADIO Z und LoRa (= Lokalradio!) Zürich machte sich auf, den lokalen „Sende"Raum zu verlassen und über den Suppenschüsselrand projektorientierter Infrastruktur zu schauen.

KONTINUITÄT?

Die Hoffnung allerdings, daß sich hier ein arbeits- und praxisorientierter Zusammenschluß formiert hat, ist allerdings verfrüht. Die Bemühungen, ein Folgetreffen in Nürnberg anläßlich des 2. Geburtstages von RADIO Z vom 1.-3.12.1989 stattfinden zu lassen, hatte keinen Erfolg: LoRa München als ein nichtsendendes Radioprojekt versuchte vergeblich, hier inhaltliche Anstöße für eine langfristige Perspektive in Sachen NICHTKOMMERZIELLES LOKALRADIO zu entzünden... Niemand wollte so recht „die warmen Sessel vor Ort" verlassen!

Diese Unlust ist nicht den Projekten anzulasten. Eingebunden in ein Konglomrat aus bundeslandspezifischen Mediengesetzen, Szene-Sympatien und -Antipathien vor Ort, finanziellen Überlebensstrategien und Interessenstrukturen der konkreten MitarbeiterInnen... eingebunden also in diese einerseits aufgezwungene und andererseits gewollte lokale Verkettung ist ein Blick über die förderartiven Grenzen Mitteleuropas zwar immer Anspruch, doch selten tatsächlich verwirklichbar...

JEDER SENDER HAT SEINE EIGENEN PROBLEME:

Da kämpft **RADIO 100** in **Berlin** mit der endlich errungenen marktstrategisch wichtigen 24-Stunden-Frequenz um eine ökonomisch wichtige Existenz und richtet seine unterschiedlichen Programmschienen in diffizilen, internen Diskussionen darauf ein, unter markt- und also: werbewirtschaftlichen Gesichtspunkten überleben zu können: Neben allen politischen Ansprüchen sind eben auch die „verhaßten" Einschaltquoten gefragt: **Hier besteht zum erstenmal im deutschen Hörfunk-Babel die Chance, auch marktstrategisch zu operieren!** RADIO 100 IST DIE EINZIGE PRIVATE Konkurrenz auf eigener Frequenz zum Schamoni-Funk in Berlin. Daneben stehen nur noch die öffentlich finanzierten Sender RIAS und SFB!

RADIO DREYECKLAND versucht neben dem Aufwand des tagtäglichen Sendebetriebes, das baden-württembergische Mediengesetz in Richtung „gemeinnütziger Lokalfunk" umzumodellieren: **Zuallererst spielen da einmal die Gebühren für Post und Musik-/Wortverwertung eine Rolle, die einen gemeinnützigen Sendebetrieb finanziell von vornherein fast unmöglich machen.** Aber auch die allgemeine Vergabepraxis innerhalb eines lasch formulierten Mediengesetzes, die hauptsächlich werbemonopolistisch orientierte Unternehmen (Presseverlage, Werbeagenturen etc.) bevorzugt, steht auf dem „Kampf"Programm von DREYECKLAND: Die Idee, inhaltlich fundiert über lokale Gegebenheiten zu informieren, muß greifbar im Mediengesetz verankert sein, um Anbieter daran zu messen und ablehnen zu können. DREYECKLAND versucht in Baden-Württemberg, Initiativen und Vereine in Sachen „gemeinnütziger Lokalfunk" zu aktivieren, so daß eine engagierte Lobby **gegen Kommerzfunk** entstehen kann.

RADIO Z in **Nürnberg** kämpft nach wie vor um den Sender- und Programmstatus, den es von der bayerischen Landes-Medien-Zentrale vorformuliert bekommen hat: **Dazu gehört ein journalistisch gestaltetes Programm, die Orientierung am lokalen Werbemarkt, und nicht zuletzt... das tägliche Senden von ACHT STUNDEN PROGRAMM!**

Die personelle Besetzung für aufgestellte Programmansprüche, die Sympathiesuche in Richtung Nürnberger Szene spielen ebenso eine Rolle wie der tägliche Überlebenskampf um einen Etat, der höchstens für ein, zwei Monate im voraus zu kalkulieren ist...

LoRa ZÜRICH in der Schweiz sendet seit über fünf Jahren in einem gesetzlich gesicherten Modellrahmen und betreibt von sich aus mit einem Etat-Minimum ein exemplarisches Einschalt(Ausschalt)Radio für Minderheiten. Die Frage nach quantitativen Einschaltquoten stand von vornherein immer hintenan und brauchte keine Rechtfertigung für die eigene politische Medienarbeit liefern. **Momentan beschäftigt sich das LoRa mit dem Umzug in neue Räume und mit der Findung weiterer gesicherter Finanzen** über ein neues Mäzenatenmodell.

Das Sender-Überleben vor Ort läßt kaum den Blick für eine übergreifende Perspektive zu... Die Diskussion zum Beispiel um das eigene „Handwerk" im Radiogeschäft kommt ebenso zu kurz wie strategische Debatten in Hinblick auf das zu erwartende Euromedienrecht aus Brüssel. Programmdiskurs und Projekt-Sinngebung geschieht nebenbei zwischen Redaktions- und Krisensitzungen und persönlichen Unmutsäußerungen.

WANN UND WOHER?

Vorerst werden die Senderprojekte sich allenfalls zu bestimmten Themenaspekten an einen gemeinsamen Tisch setzen: So zum Beispiel auf der Tagung zum Thema „AUSLÄNDER/INNEN UND MASSENMEDIEN", die die Alternative Liste zusammen mit der BAG Computer und Medien der BundesGRÜNEN in Berlin am 8./9.12.1989 durchführt.

Bei allen Radioprojekten sind die AusländerInnen eine besondere Ziel- und Artikulationsgruppe, unterschiedliche Erfahrungen vor Ort in Sachen Lokalradio werden die Berliner Tagung würzen!

Warum eigentlich... miteinander reden und gemeinsam Ideen über die eigene Radioarbeit austauschen? Das ist nicht die richtige Frage! WANN... und: WOHER die Energie nehmen?!?

Wo sind die medienpolitischen, medienpädagogischen oder sonstwie engagierten Lobbies, die diese Art von engagierter Kommunikationsstrategie anschieben helfen? Freiwillige: BITTE MELDEN! ●

(Auf jeden Fall läßt sich RADIO Z zu einer Geburtstagsfeier hinreißen: Wer will, feiert am 2.12.1989 mit!
Rückfragen unter ☎ (09 11) 22 28 45)

Foto: Christian Schulz

KURZMELDUNGEN

Gedichte gegen die Weinerlichkeit

Lyrik-Wettberwerb der Zeitschrift »DIE BRÜCKE«

»Unterwegs – Spur um Spur«. Unter diesem Motto hatte die in Saarbrükken erscheinende Zweimonatsschrift »DIE BRÜCKE« im Herbst 1988 einen Lyrikwettbewerb ausgeschrieben. Der Einladung der Zeitschrift, die sich seit 1982 als Diskussionsforum für und über ethnische Minderheiten in der multikulturellen Gesellschaft Bundesrepublik Deutschland versteht, folgten 200 Autorinnen und Autoren. Insgesamt eine Beteiligung, die überrascht hat und zeigt, daß Lyrik offenbar doch nicht »out« ist.

Den ersten Preis verlieh die Jury (die sich aus dem Hamburger Autor Peter Schütt, dem in Augsburg lebenden italienisch-deutschen Lyriker Gino Chiellino, der Kölner Redakteurin Rosemarie Inge Prüfer, der ebenfalls aus Köln kommenden griechischen Verlegerin Niki Eideneier, dem Herausgeber der Zeitschrift »DIE BRÜCKE« und dem Saarbrücker Literaturwissenschaftler Lutz Tantow) im Rahmen einer Abschlußveranstaltung am 6. Oktober in Saarbrücken an Friedrich Ani aus München.

Der 30jährige Autor ist Zeitungsredakteur und hat neben Lyrik und Prosa bereits ein Theaterstück geschrieben, das 1987 in München uraufgeführt wurde. Ani schreibe keine »Gedachte, sondern wirklich Gedichte – sinnlich, konkret und bildreich«. Seine Lyrik habe nicht nur den eigenen Bauchnabel im Blick, sondern die Welt in ihrer ganzen Wunderbarkeit und Widersprüchlichkeit.

Sein Preis: DIE BRÜCKE finanziert einen selbständigen Gedichtband mit seinen Texten.

Darüber hinaus konnten durch Sponsoren weitere Sachpreise, Reisen in die Türkei, vergeben werden; prämiert wurden Platz zwei bis fünf: Jakovos Papadopoulos aus Hamburg, Srdan Keko aus Düsseldorf, Inge Hornisch aus Berlin und Michael Kothes aus Köln.

Alt-Lasten der Rüstungsindustrie

Vom 25. bis 26. November 1989 findet in Göttingen ein Bundeskongreß zum Thema „Alt-Lasten der Rüstungsindustrie" statt. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind:

- heutige Altlasten der NS- Rüstungsindustrie
- nationalsozialistische Arbeitsmarktpolitik und AusländerInnenbeschäftigung
- Verflechtung von Staat und Industrie damals wie heute
- Umweltgefährdung durch Rüstungsgesundheitliche Schädigungen durch Rüstungsaltlasten
- Verantwortung von Bund, Ländern und chemischer Industrie für die Bewältigung der Alt-Lasten
- heutige Rüstungsproduktion und ihre Neulasten
- Rüstungsproduktion und Abrüstung
- Internationale Abrüstungsverhandlungen

Neben Referaten, Berichten von Zeitzeugen und Betroffenen sowie Gesprächsrunden findet im Rahmen des Kongresses eine Podiumsdiskussion zu den politischen Konsequenzen der Rüstungsaltlasten-Problematik statt. Neben Personen aus Wissenschaft und Politik sitzen im Podium auch VertreterInnen von Umweltverbänden und chemischer Industrie.

Der Kongreß ist eine gemeinsame Veranstaltung des Buntstift e.V. (Förderation der grün-nahen Länderstiftungen und Bildungswerke im Stiftungsverband Regenbogen e.V.), der bundesweiten Initiativen gegen Rüstungsaltlasten (IRA) und des Bildungsvereins KRAFTZWERK e.V. – Verein für ganzheitliche ökologische und politische Bildung. Dort sind auch nähere Informationen erhältlich:

KRAFTZWERG e.V.
Silbernaal 1
3392 Clausthal-Zellerfeld
☎ (05323) 4 04 22
(Mo-Fr 9-12h, Ansprechpartnerin Helge

REZENSION

Zukunftswerkstatt Gemeinschaftsprojekte

Im Frühjahr 1988 wurde dieses 150 Seite starke Buch unter dem Titel: „ÖKOLOGISCH ORIENTIERTE GROSSKOMMUNEN" am Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund vorgelegt und hat inzwischen hunderte begeisterter Leser gefunden. Nach etwas Autobiographie, einem geschichtlichen Rückblick und der Definition „Großkommune" widmet sich der Autor der Kommune als natürlich gewachsener Organisationsform, als Organisationsform des Widerstandes, als Ausweichs-/Überlebensort und als Modell. Er erörtert die Entstehungsursachen heutiger Großkommunen, die Kommune als Alternative zum Industriesystem (drei Sackgassen: Agrarindustrie, Großstadt und Kleinfamilie) und macht dann einen Exkurs ins New age, wobei er sich Gedanken über die sinnvolle Größe sozialer Gemeinschaften macht.

Auch Argumente gegen Großkommunen finden ihren Platz: Zweifel an Gesellschaftsveränderung durch Kommunen, Kurzlebigkeit, Nischenwirtschaft, Desinteresse anderer an Kommunen, Entpolitisierung der Kommunarden, Ghettoisierung, anthropologische Gegenargumente, geschichtsbedingte Ressentiments, ökologische Bedenken und reaktionäre Vereinnahmungsmöglichkeiten der Kommune-Idee (New age).

Nach diesem notwendigen Vorgeplänkel und vor dessen Hintergrund geht es nun zur Auswertung aktueller Kommuneerfahrungen, nachdem die Kriterien für die Auswahl der beschriebenen Kommunen, die Untersuchungsmethoden und die Auswertungskriterien dargelegt wurden. Meyer beschreibt u.a die Arche in Südfrankreich, Findhorn in Schottland, den Friedrichshof in Österreich, die Bauhütte im Schwarzwald und den Lebensgarten Steyerberg in Niedersachsen, wo er selbst wohnt.

Seine Auswertungsschwerpunkte sind: Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen, gelebte Alternativen zur Kleinfamilie, Ökonomie und Grad der Selbstversorgung. Nach einem fast siebenseitigen Literaturverzeichnis folgt noch eine kritische Betrachtung des bolo-bolo- Büchleins.

Spätestens bei der Vorstellung bestehender Projekte kann der/die motivierte und engagierte LeserIn nicht umhin, von mindestens einem davon emotional stark berührt zu werden und sich mehr Information zu wünschen.
Danach geht erfahrungsgemäß „die Post ab". Und die Erkenntnis, ob sie/er ein Teil des Problems bleiben oder ein Teil der Lösungen werden will, läßt sich dann nicht mehr vermeiden. Ich selbst habe den Autor spontan angeschrieben und im Lebensgarten besucht, wobei ich Menschen und Situationen erleben durfte, die meine kühnsten Erwarungen weit übertrafen und meinem Leben eine aufregende neue Richtung gaben:
INDEM ICH MICH SELBST VERÄNDERE, ÄNDERT SICH DIE WELT! ●

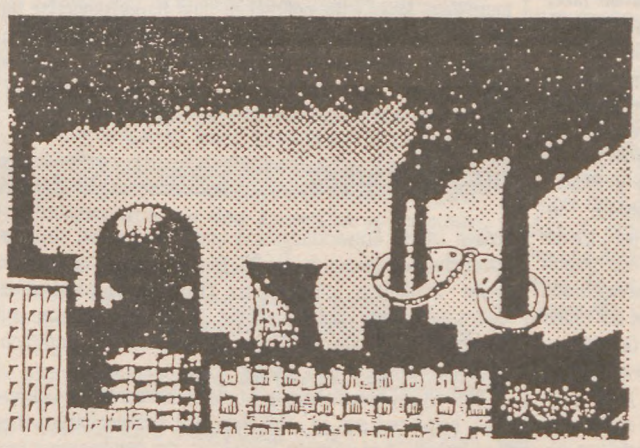
Peter Wieland

Zukunftswerkstatt Gemeinschaftsprojekte
von Karl-Heinz Meyer, 150 S.
Eine 3. überarbeitete Auflage ist in Vorbereitung, da einige Darstellungen zeitbedingt waren und nicht mehr unbedingt den aktuellen Gegebenheiten entsprechen. Vorbestellungen und Vorauszahlungen zwecks Vorfinanzierung der Druckkosten werden vom Autor gern entgegengenommen.

Anzeige

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!



Heft 4/89
Schwerpunkt: Umweltrecht

- **Zweischneidiges Schwert.** Kein Umweltschutz durch Umweltstrafrecht
- **Betroffen, aber klaglos.** Zum Rechtsschutzdefizit im Umweltrecht
- **Entsorgung durch Recht?** Juristische Probleme der Atommüllbeseitigung
- **Gentechnik.** Biol. Risiken als Neuland für den Gesetzgeber

Erscheint vierteljährlich, Einzelheft: 3 Mark + 1 Mark Porto, Jahres-Abo: 14,50 Mark, Probe-Abo (ohne Verlängerung, 2 Hefte): 5 Mark, Schein oder Scheck an: RECHT & BILLIG VERLAG, Falkstr. 13, 4800 Bielefeld 1, Tel. (0521) 67696.

Eine Reise zu Genossenschaften in Selbstverwaltung

ITALIEN

„MAG' · Netzwerk all' Italia

Fortsetzung von Seite 1

Dagegen setzen die neuen Genossenschaften in Selbstverwaltung ein autonomes Selbstverständnis und Kriterien eines alternativen italienischen Selbstverwaltungs- und Genossenschaftsbereichs:

- Entstehung als spontane Basisgruppe, Eigeninitiative und soziale Selbstorganisation (unabhängig von Gewerkschaften, Parteien, Verbänden...)
- Entstehung als Belegschaftsinitiative bzw. Betriebsfortführung im Zusammenhang mit sozialen und/oder gewerkschaftlichen Betriebskämpfen als Antwort der betrieblichen Basis auf die betrieblichen Auswirkungen der ökonomischen Krise
- Entstehung als Protestbewegung der Arbeiterjugendlichen gegen betriebliche Unterdrückung, Ausbeutung und Marginalisierung („Schwarzarbeit", Jugendarbeitslosigkeit usw.) und als besondere Form des sozialen Kampfes und positiver, alternativer und konstruktiver Beitrag zur Lösung sozialer und ökonomischer Probleme
- Instrument zur Überwindung der Lohnabhängigkeit, der Profitmaximierung und Fremdbestimmung hin zu kollektivem Eigentum und Arbeiten (im Gegensatz zur reinen individuellen Arbeitsplatzsicherung), hin zu einer Aufwertung von Kreativität und Professionalität und zu einer Befriedigung durch die eigene Arbeitsleistung.
- Realisierung effektiver, betrieblicher Partizipationsmöglichkeiten der ArbeiterInnen bei allen Problemen des Unternehmens (als Instrument sozialer und humaner Arbeitsbedingungen) durch plenare Entscheidungsstrukturen als Garantie für wirkliche demokratische Einbeziehung aller, durch Ablehnung von Vollmachten an beschränkte Genossenschaftsorgane (Verwaltungsrat, Vorsitzender) und durch die Ersetzung des „Chefs" mit der Bildung von Koordinationsinstanzen.
- Bewußtsein, daß sich Selbstverwaltung im gewerkschaftlichen Kontext bewegt und daß Beziehungen zwischen Genossenschaften und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation gepflegt werden müssen (denn Selbstverwaltung bewegt sich in der Tradition und Erfahrung der Arbeiterbewegung und kann nur so unterstützt und weiterentwickelt werden)
- Branchenübergreifende Verbindungen und Kooperation untereinander, um nach außen die Intensionen der Selbstverwaltung zu repräsentieren und um nach innen Ziele, Orientierungen und Programmatik abzustimmen
- Überzeugung, sich für etwas Neues, für eine alternative Ökonomie hinsichtlich der Neuorganisation des ökonomischen Systems, zu engagieren
- Überzeugung, daß praktizierte Selbstverwaltung nicht nur eine neue Art zu arbeiten bedeutet, sondern auch anders zu leben in den zwischenmenschlichen Beziehungen zu Freunden, Eltern und Alterskollegen.

(vgl. MAG, „Passato – Presente – Futoro", Verona 1984; internes Papier)

Ausgangspunkt dieser neuen Arbeiterselbsthilfebewegung waren ab 1975 ein enormer ökonomischer Strukturwandel (Rationalisierung, Abbau von Industriearbeitsplätzen, Produktionsauslagerungen in kleine „Satellitenbetriebe") und infolgedessen eine sehr hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit. Betriebsstillegungen und Konkurse waren an der Tagesordnung. Vor allem junge ArbeiterInnen versuchten, mit neuen Formen des Arbeitskampfes ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Diese kritische Arbeiterjugend verstand sich als gewerkschaftliche Basisbewegung. Betriebs- und Landbesetzungen waren für sie legitime Mittel der Gegenwehr. Arbeiterselbstverwaltung als Ziel von Selbsthilfe und Selbstorganisation war ihre Perspektive. Dabei richtete sich ihr Protest auch gegen privatkapitalistische Entwicklungstendenzen der „alten" italienischen Genossenschaftbewegung, die kritisch hinterfragt wurden. In Opposition zu den traditionellen Formen wurde so die Genossenschaft in Selbstverwaltung als Genossenschaft neuen Typus praktisch umzusetzen versucht.

PER ESEMPIO: COOPERATIVA LAVORATORI GRAFICI (C.L.G.)

Die Initialzündung für eine neue genossenschaftliche Selbstverwaltungsbewegung in und um Verona wurde 1975 in einem grafischen Betrieb („SALGRAF") ausgelöst. Dieser Betrieb sollte geschlossen werden, weil er durch Managementfehler in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Die Antwort der ArbeiterInnen war die Besetzung des Betriebes. Dieser gewerkschaftliche Protest dauerte 6 Monate, währenddessen die betriebliche Selbstverwaltung als Alternative entwickelt wurde, um die Arbeitsplätze zu retten und um das Unternehmen fortführen zu können. Nach dem Konkurs von „SALGRAF" übernahm ein Teil der alten Belegschaft nach der Überwindung rechtlicher Probleme den Betrieb in Selbstverwaltung und gründeten 1976 die Firma C.L.G. mit 50 beschäftigten „Genossen". Anfang 1977 repäsentierte C.L.G. die Verwirklichung der Idee der betrieblichen Selbstverwaltung als Modellprojekt und Impuls zur Nachahmung. Neben einem ausgeprägten gewerkschaftlichen Interesse war auch ein großes soziales Umfeld der Unterstützung und Solidarität vorhanden. Während des Gründungsprozesses von C.L.G. hatte sich eine informelle Unterstützungsgruppe (Gewerkschafter, sozial Engagierte u.a.) als politisch-moralische Stütze und beratende, technische und professionelle Hilfsinstanz gebildet. In der Anfangszeit entfaltete diese Gruppe vielfältige Aktivitäten: Versammlungen in „Krisenfabriken", Diskussionsforen über Selbstverwaltung, Unterstützung bei der Ausarbeitung betrieblicher Selbstverwaltungskonzepte u.a.m.

Die Ereignisse und Erfahrungen um C.L.G. prägten ein Klima zur Gründung anderer genossenschaftlicher Selbstverwaltungsbetriebe. Im wesentlichen waren das als erste Betriebsgründungen im Raum Verona:

- C.L.M. in Ronca
- Schuhfabrik in Colognola ai Colli
- Keramikfabrik in Orfeo
- Gießerei in Povolaro
- landwirtschaftliche Betriebe (nach der Besetzung von Brachland), wie CADIDAVID" und „CA'VERDE – 8 MARZO" in S. Ambrogio (wo wir wohnten und uns bei „Valpolicella" und köstlichem Essen erholen konnten) Von 1976 bis heute sind um Verona herum ca. 100 neue Genossenschaften in Selbstverwaltung entstanden. Zum Erfolg dieser selbstverwalteten Betriebe hat die schon erwähnte Unterstützungsgruppe durch die parallele und kontinuierliche Entwicklung einer professionellen Verbandsstruktur beigetragen, die schnell über eine reine politische, gewerkschaftliche und soziale Soldaritätsgruppe hinausging.

Der Vorsitzende der Coop Lavoratori Grafici erläutert die Arbeit in der Repro Foto: Die Grünen Nürnberg

MAG – SOCIETA' MUTUA PER L'AUTOGESTIONE

Die Keimzelle der MAG („Gesellschaft der gegenseitigen Hilfe für Selbstverwaltung") war eine Gruppe von Rechtsanwälten, Gewerkschaftern und Intellektuellen, die ihre Kenntnisse und Erfahrungen den neuen Betrieben zur Verfügung stellten. Die offizielle Gründung der MAG war am 22.12.1978. Anfänglich waren ihre Aktivitäten vor allem auf die Beratung bei Rechts-, Steuer- und Organisationsfragen ausgerichtet, die die Hauptprobleme der neuen Genossenschaften darstellen. Später entwickelten sich zu der Beratungsarbeit noch andere verbandliche Dienstleistungsangebote wie Weiterbildungsarbeit, Finanzierungsfonds und politische Interessensvertretung naturwüchsig hinzu. Reine Ehrenamtlichkeit wurde schon bald durch selbstfinanzierte Personalstellen professionell ergänzt. Schon 1978 wurde eine erste Ganztagsstelle für die Koordination der Tätigkeitsbereiche eingerichtet. Heute arbeiten in einem zweistöckigen Büro mit modernster technischer Ausstattung 9 Angestellte, die nur über Mitgliedsbeiträge, Spenden und über den Erlös der Dienstleistungsangebote finanziert werden.

Mittlerweile hat sich für die MAG eine Organisationsstruktur mit verschiedenen Tätigkeitsbereichen auf 3 Ebenen herausgebildet:

- **MAG Mutua** („societa' mutua")

Diese Hauptebene der MAG-Arbeit kann nach unserem Rechtsformverständnis als „gemeinnützig" bezeichnet werden und basiert auf den historischen genossenschaftlichen Prinzipien (Rechtsformgesetz von 1886) der Arbeiterbewegung: gegenseitige Hilfe („mutualita'"), soziale Fürsorge und Solidarität (auch heute noch Kriterien der Förderungswürdigkeit nach Art. 25 der italienischen Verfassung). Unter dieser Organisationsform werden Aktivitäten in den Bereichen Information und Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildungs- und Qualifizierungsarbeit, Motivations- und Bewußtseinsarbeit, Werbung und Akzeptanzförderung, aber auch Diskussion, Studium und Erforschung der Selbstverwaltungswirtschaft entfaltet.

- **MAG Servizi** („societa' cooperativa")

In dieser Organisationsabteilung werden in einer gewerblichen Rechtsform kostenpflichtige Beratungen und professionelle Hilfen angeboten, die die Mitgliedsgenossenschaften vor allem bei Verwaltungs- und Geschäftsführungsprobleme unterstützen soll und als hauptsächliche Finanzierungsquelle der Hauptamtlichen dienen.

- **MAG Fin** („societa'cooperativa")

Auf dieser gewerblichen Organisationsebene werden mit (Spar-)Einlagen der „Genossen" finanzielle Aktivitäten entwikkelt, die ausschließlich zur Unterstützung der Mitgliedsgenossenschaften beitragen sollen. Aus diesem Einlagen-Fonds werden Darlehen nach alternativen und qualitativen Kriterien (z.B. ideelle, kulturelle, soziale und ökologische Betriebsziele; ernsthafte und überdachte Betriebskonzepte; betriebswirtschaftliche Betriebsführung; u.a.) vergeben. Die Antragsbearbeitung und Mittelvergabe der Darlehen werden vom gewählten „Verwaltungsrat" wahrgenommen.

In Verona sind zur Zeit 800 Millionen Lire (ca. 960.000 DM) im Umlauf.

Eine Besonderheit der MAG – die in keinen anderen vergleichbaren Organisationsstrukturen eines Verbandes zu finden sind – stellt die Zusammensetzung der Mitgliederbasis dar. Hier sind 3 Komponenten vorzufinden:

- selbstverwaltete Genossenschaften
- Einzelpersonen und juristische Personen, die nicht direkt in der genossenschaftlichen Betriebspraxis engagiert sind (z.B. politische Unterstützer und Vereinigungen, vor allem aus dem Gewerkschaftsbereich, aber auch aus den jungen Umweltschutzverbänden), die aber ehrenamtlich mitarbeiten
- hautpamtliche Vollzeitbeschäftigte, die wesentlich zur Professionalität der MAG und damit zur Promotion der Selbstverwaltungsidee beitragen

Alle Mitglieder können gleichberechtigt in den Organen der verschiednen Organisationsebenen (Mitgliederversammlungen, „Verwaltungsräte", „Gewerkschafts-Beiräte") mitwirken.

Die MAG gehört keinem der großen italienischen Genossenschaftsverbände („CENTRALI DELLA COOPERAZIONE": LEGA, Confederazione, Associazione) an und hat zu ihnen auch keine Kontakte. Nur zur FEDERCOOP in Bologna (regionale Einrichtung der LEGA) bestehen Verbindungen hinsichtlich der Beratungsarbeit bei Steuerproblemen. Etwa 10 „Selbstverwaltungs-Genossenschaften" aus der MAG sind auch Mitglied in der LEGA und unterhalten mit ihr, vor allem wegen finanzieller Probleme, Beziehungen. Diese mangelhafte Zusammenarbeit resultiert daraus, daß diese „Centrali" kein Interesse an Kleingenossenschaften haben und Genossenschaften als klassischen Großbetrieb protegieren. Die größte Genossenschaft innerhalb der MAG hat demgegenüber nur 100 Mitglieder. In Italien wächst die Zahl der Genossenschaften, die nicht den „Centrali" angegliedert sind. Während 1955 noch 75 % der italienischen Genossenschaften bei einer der 3 „Centrali" Mitglied waren, so sind es aktuell nur noch 30 % (wobei der Konzentrationsprozeß zu größeren Betriebseinheiten und „Konsortien" bei den „alten Genossenschaften" zu beachten ist). Die MAG versteht sich dagegen als „alternativer" Genossenschaftsverband (in Opposition und Gegensatz zu den 3 großen, alten Genossenschaftsverbänden). Während diese „Centrali" verfassungsgemäß überwiegend vom Staat finanziell unterstützt werden, erfüllt die MAG die Förderungskriterien (Verbandsanerkennung erst ab 1.000 Mitgliedsgenossenschaften) nicht und muß ihre jährlichen Organisationskosten von 400 Millionen Lire (ca. 480.000 DM) selbst aufbringen.

Anfang 1989 hatte die MAG in Verona ca. 420 Mitglieder (300 Einzelpersonen und 120 juristische Personen, vor allem selbstverwaltete Genossenschaften). In den Mitgliedsgenossenschaften (ca. 95) arbeiten ca. 700 „Genossen" in den Sektoren Grafik, Landwirtschaft, Mechanik, Textil, Keramik, Holz und Dienstleistungen. Der jährliche Umsatz dieser neuen Genossenschaften in und um Verona beträgt 20 Milliarden Lire (ca. 24 Millionen DM). Heute gibt es neben Verona auch in Mailand, Udine, Padova und Turin MAG – Organisationen mit über 1.000 Mitgliedern (wovon ca. 300 »Selbstverwaltungs-Genossenschaften« sind). In Bologna und Reggio Emilia sind gerade und in Mittel- und Süditalien wird versucht, Gründungen in Gang zu bringen. Als Dachverband fungiert „INTERMAG" mit Sitz in Mailand.

Adressen

- MAG Servizi, Via Camuzzoni 1, 37138 Verona; ☎ 045/575625 – 573011 – 579011
- MAG Servizi, Via Vigone 54, 10139 Torino; ☎ 011/4474379
- INTERMAG, Via Pacini 11, 20131 Milano; ☎ 02/2665474

CONCLUSIONI

Unsere italienischen Freunde sind der Überzeugung, daß sie die genossenschaftliche Selbsthilfe, Selbstorganisation und Selbstverwaltung wieder zu neuem Leben erweckt haben. Nach wie vor stellt Selbstverwaltung, vor allem für sozial Schwächere (Jugendliche, Frauen, Erwerbslose), eine große Perspektive dar. Für viele Menschen ist die Idee der Selbstverwaltung wieder ein Weg, um sich in ihrem sozialen Engagement in Arbeit und Leben selbst zu verwirklichen und zu bestätigen. Dieses enorme – lebendige und kreative – Handlungspotential läßt auch eine große Fähigkeit erkennen, aktuelle unternehmerische und ökonomische Probleme anzugehen. Die italienischen SelbstverwalterInnen erwarten auch, daß sich – vor allem die sozialen Basisinstitutionen, wie die Gewerkschaften – der Probleme der neuen Genossenschaftsbewegung mit Hilfe ihrer organisatorischen Einflußmöglichkeiten annehmen. Sie hoffen, daß die Gewerkschaften als die natürlichsten Bündnispartner die Überzeugung teilen, daß die genossenschaftliche Selbstverwaltung einen Sozial- und Wirtschafssektor von großer Stärke und Kraft repräsentieren. Dieser ökonomische Sektor braucht zu seiner Weiterentwicklung und Durchsetzungsfähigkeit, „nicht so sehr Spenden und Kreditleichterungen, sondern vor allem ein Netz aus Dienstleistungsangeboten, wie Weiterbildungs-, Anregungs-, Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten, die mit professionellen und qualifizierten Mitteln dieses Vorhaben eines neuen Unternehmertums fördern." (**Giambattista Rossi**, Vorsitzender MAG Servici, Verona, 28.2.89). ●

NETZ oder nie! Europaweit!

GENOSSENSCHAFTEN IN SIZILIEN

„Liberacion" – ein italienisch-deutsches Experiment

Liberacion ist eine Art „Dachverein", hervorgegangen aus politisch-ökologischen Dritte-Welt- und andere Initiativgruppen, die das Projekt auch heute noch aktiv unterstützen. Der Name „Befreiung" soll einen „Prozeß hin zur Veränderung in der Welt" bezeichnen.

Wolfgang Beywl, Red. Heidelberg ● Aus dem Projekt mit Bücherei, Laden,... hat sich inzwischen ein Betrieb entwickelt. Kern ist der Großhandel mit Produkten aus der 3. Welt, z.T. aus selbstverwalteter und/oder ökologischer Produktion (Bananen, Wein, Reis...) Die politischen- und Handelskontakte mit Sizilien sind zustandegekommen über bestehende Kontakte zu Ausländern und Ausländergruppen in Lehrte. Im Rahmen von Studienfahrten nach Sizilien sind Kooperativen besucht worden; daraus sind Handelsbeziehungen entstanden.

SITUATION IN SIZILIEN

Sizilien ist ein Entwicklungsland und zählt zu den strukturschwächsten Regionen in der EG. Die Gesellschaft ist von mafiösen Strukturen durchzogen. Ökonomisch dominieren kleinst-parzellierte kleinbäuerliche Produktionseinheiten oft als Nebenerwerb. Die EG-Zuschüsse fließen aber hauptsächlich an Großbauern und -winzer.

Eine Oppositionsströmung ist die „Confederazione Coltivatori", bestehend aus ca. 160 Wein-und Zitronenbauern. Der Niedrigpreis- Riesigmengen-Produktion der Agrokonzerne und ihrer Handelsoligopole soll eine „Qualitätsproduktion" entgegengegesetzt werden – überwiegend handelt es sich um traditionelle Anbaumethoden, die auf Mengenmaximierung verzichten und auf geringe Belastung achten.

In Hannover existiert eine Einkaufsorganisation für sizilianischen Wein aus kooperativer Qualitätsproduktion. 0,50 DM pro Flasche werden an eine sizilianische Touristenkooperative abgeliefert, die von diesem Geld u.a. Nachmittagsschulen für Remigrantenkinder organisiert. Zwischen Liberacion und der abfüllenden Kooperative Alicia ist ein langfristiger Liefer- und Abnahmevertrag geplant. In diesem Rahmen soll auch eine Umstellung auf Bio-Anbau erfolgen. Der dafür nötige regionale Kontrollverband ist im Aufbau; es braucht aber noch ein gutes Teil Zeit, bis die kooperativ-biologische Produktion in Gang kommt.

Zentral für die Strategie ist der persönliche Kontakt zwischen der Liberacion und den italienischen Kooperativen. Dieser läuft jedoch schwerpunktmäßig über „Außenminister" der ital. Zusammenhänge. Die Zusammenarbeit Alicia – Liberacion ist für die Sizilianer ein Experiment. Von ca. 15 Mio. Ltr. der sizilianischen Weinproduktion laufen mal gerade 10.000 Ltr. über diesen kooperativ-kooperativen Weg.

MEHR INFORMATIONEN

Die Räumlichkeiten werden bald in zentrale Lage in Lehrte verlegt, um die Hemmschwelle für das „normale" Publikum in der Kleinstadt zu senken. Öffnungszeiten sind täglich von 9.00 bis 20.00 Uhr.

Bisher ist eine bezahlte Halbtagsstelle eingerichtet; die Arbeit der Ehrenamtlichen soll im Laufe der nächsten Jahre auf ca. 10 erweitert werden. Gegenwärtig wird eine Genossenschaft zusammen mit dem Revisionsverband Deutscher Konsumgenossenschaften in Hamburg gegründet.

Bei Liberacion sind viele weitere Infos einzuholen. U.a. Faltblätter mit Produkt- und Projektbeschreibungen, Großhandels-Preislisten, Informationen über Ferienmöglichkeiten in Sizilien, sei es in Privatunterkünften bei den Coltivatori oder in Ferienwohnungen und -häusern. Es lohnt sich, an diesem Experiment teilzunehmen. ●

Anschrift:
Liberacion, Sedanplatz 6a, 3160 Lehrte

ERFAHRUNGEN IN ITALIEN

ITALIEN

Möglichkeiten zur Kooperation

Kontakte und Reisen bundesdeutscher Projekte und Verbände nach Italien, z.B. über das ISO in Frankfurt, die „Liberacion" in Lehrte, den Werkhof Darmstadt u.v.m., haben für eine Kooperation und Handelsbeziehung mit italienischen Genossenschaften erste Grundlagen erbracht. Es gilt jetzt, diese Kontakte weiter auszubauen und zwischen den betreffenden bundesdeutschen Projekten zu koordinieren.

Ein Bericht von Marlis Cavallaro, Redaktion Heidelberg. ● Die Informationen über die sich zu den großen Genossenschaftsverbänden in Opposition definierende Veronaer Dachorganisation „MAG" zeigen, daß Fragen nach neuen Formationen, die nicht in die Lega delle Cooperative eingegangen sind (oder nur zum Teil) ihre historische Berechtigung haben, daß aber die großen Organisationen im Norden darüber nicht informieren, (weil für sie „uninteressant") und die radikaleren Lega-Formationen im Süden davon nichts wissen, da in ihren Regionen sie selbst (noch) die konsequent Bewegungsorientierten sind. Je weiter man nach Süden kommt, um so kritischer werden auch die Lega-Mitglieder in ihren Äußerungen bezüglich Gesamtverband bzw. umso politisch dezidierter im Sinne der „MAG" ist der regionale Verband der Lega selber.

SITUATION IN ITALIEN

Insgesamt ist festzuhalten, daß für die politische und strategische Diskussion der „Zukunft von Genossenschaften und Selbstverwaltung" auch auf gesamteuropäischer Ebene die starke Situation im Norden Italiens eine Menge Ansatzpunkte liefert: was bei uns als **Tendenzen** in der deutschen Inner-SV-Diskussion vorhanden ist, findet sich dort jeweils in für unsere Verhältnisse gigantischer Ausprägung real wieder.

Der „Kampf zweier Linien" (zwischen „aziendalisti", d.h. Betriebsheinis und „movimentisti", gleich: politisch Bewegungsorientierte) in der Lega delle Cooperative e Mutue ist besonders schön darzustellen am Beipiel zweier kooperativer Mühlenunternehmen in Umbrien: die eine technokratisch geführt, vollautomatisiert, expansorisch eingestellt, ohne gewerkschaftliche innerbetriebliche Strukturen, mit vielen Arbeitern und Angestellten, die nicht Mitglieder der Kooperative sind; die andere Mühle mit starkem politischen Anspruch auf „eine andere Art von Entwicklung in der Region", auf innerbetriebliche Demokratie (alle dort Arbeitenden waren auch Mitlieder der Genossenschaft, ebenso zum großen Teil Gewerkschaftsmitglieder), mit einer Mitgliedschaft, die auch ihnen nicht passende Vorstandsvorschläge einfach mal auf der Hauptversammlung kippt, und zwar moderner, aber moderat eingesetzter Technologie und wachsendem ökologischen Anspruch (hierin nach Wegen und Anregungen aus anderen Gegenden/Ausland suchend).

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN NORD UND SÜD

Sowohl im Norden als auch in Umbrien und nun auch Kalabrien (neuerdings keine Democrazia-Cristiana-Landesregierung mehr, sondern ein Mitte-Links-Bündnis) wird sichtbar, wie wichtig starke, reformistisch-linke Mehrheiten für die Förderung und Entstehung von Genossenschaften auf kommunaler und regionaler Ebene sind.

Wirkliche »Bewegung« im Sinne des Wortes ist die Lega delle Cooperative hauptsächlich **im tiefen Süden** (Kalabrien und Sizilien), wahrscheinlich auch Apulien, Marche, Basilicata, wo sie noch in der Aufbauphase sind.

Im Norden informierten sie **uns**, wenn auch freundlich und offen, Probleme und unterschiedliche Positionen zugebend, mit einer gewissen Distanz, in Umbrien war's schon herzlicher, mit viel Interesse an uns und an Infos über die deutsche Ökologie, Ökobank etc., im Süden hingegen war Begeisterung über unseren Besuch und Hunger nach Fortsetzung der Kontakte recht hautnah zu spüren.

Die Kalabresen hatten die wenigsten Berührungsängste zu deutschen SV-Leuten und gleich direkte Kooperationswünsche für die Zukunft (mit der Aussage „auf unterster Ebene im Kleinen anfangen, um was Solides, Größeres zu bauen"). Auf dem Hintergrund unserer Informationen über die Mafia und die ungeheuren Schwierigkeiten (mit dem Tod als Bedrohung lebend) für eine dortige Bewegung einer Wirtschaft von unten konnten wir die schon erzielten Ergebnisse nur bewundern.

Ähnliches gilt für Sizilien – die Vertreterin der in Gründung befindlichen Lehrter Genossenschaft „Liberacion" berichteten von der Zusammenarbeit ihrer Gruppe mit sizilianischen Genossenschaften und christlichen Basisgemeinden, die ihre wirtschaftliche und kulturelle Arbeit als Kampf gegen die Mafia von unten begreifen. Die Kontake werden ausgebaut, das Direktmarketing verbessert werden, das als politisch-ökologisches Marketing verstanden wird (Bekanntmachung der Situation in armen Regionen, Hilfe bei der Ausarbeitung von Kriterien für Bio-Produkte, die europaweit zum Maßstab werden können).

Letzteres ist auch für die kalabresische „Lega" interessant, die für die Zukunft ein Direktmarketing durch Selbstverwalter in Deutschland („wider die kapitalistischen Großhändler") von „sauberen" landwirtschaftlichen typischen Produkten aus kalabresischer Kooperativen wünscht.

KOOPERATION BRD – ITALIEN

Die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft hat selber starkes Interesse und schätzt das Interesse der wachsenden Zahl der EV-Genossenschaften in der BRD an Möglichkeiten von **Direktmarketing aus armen Regionen** als potentiell ebenfalls groß ein – als konkrete Entwicklungshilfe und als Erweiterung der hiesigen Bio-Produktpalette. Wichtig wäre allerdings, **wirklich nur landestypische Produkte einzuführen**, damit den immer noch in schwierigen Anfangsgründen steckenden Öko-Bauern hier nicht Konkurrenz in Dingen, die sie selber produzieren, erwächst.

Für solche zukünftigen Projekte sind Förderungen zu eruieren („armutsorientierte Entwicklungsplanung" der EG etc.) und verbindliche Kriterien für „bio" aus dem Süden in Zusammenarbeit mit in Italien daran arbeitenden Leuten aus der Umweltbeweung zu erarbeiten. In Sizilien weiß „Liberacion" von einer Gruppe, die einen Kontrollverband dafür gründen möchte.

Für eine Ausweitung von Kooperationsansätzen für Jugendausbildungsaustausch und Umwelttechnologie-Transfer, wie sie sich im kleinen zwischen Werkhof Darmstadt und dem kalabresischen genossenschaftlichen Bildungsverband der Lega (Inforcoop) anbahnt, wären aus dem deutschen SV-consulting-Bereich Hilfen für's Aufschließen von EG-Geldern und auch regionale Förderungen nötig.

Frauen diskutieren über gewerkschaftliche Frauenarbeit im Haus der MAG — Foto: Die Grünen Nürnberg

AK ITALIEN

Als ein winziges Bausteinchen für das zukünftige „Europa von unten" gründete sich, zunächst formlos, der „AK Italien" auf dem ISO-Seminar „Italienische Genossenschaften – Möglichkeiten zur Kooperation". Da es offensichtlich viele Kontaktprojekte mit Italien gibt, die sich auf Genossenschaften und Ökologie beziehen, oft aber nichts oder nur wenig voneinander wissen, will der AK versuchen

- ○ bundesweit solche Projekte voneinander erfahren zu lassen, eventuelle Koodinierungen und Kooperationen anzustreben, wo sinnvoll
- ○ einen Info-Pool zu entwickeln: Adressenverteiler, praktische und theoretische Informationen zu Italien
- ○ unsere Erfahrungen politisch zu diskutieren
- ○ Publikationsarbeit zu koordinieren, gemeinsam vorzubereiten, Anlaufstelle für alle zu sein, die Kontakte aufnehmen wollen, die Material und Adressen brauchen, auch für Forschungsvorhaben
- ○ praktische Kooperationsprojekte zwischen deutschen und italienischen Kooperativen weiterzuentwickeln und neue anzuvisieren

Beteiligt waren ISO Frankfurt, Casa di Cultura Frankfurt, Erzeuger-Verbraucher-Gen. Bremen, Liberacion Lehrte, Netzwerk Frankfurt und Netzwerk Heidelberg, Werkhof Darmstadt, ZERP Bremen

Ein kleiner Anfang praktischer Koordination ist gemacht zwischen ISO und Liberacion: Kontakte in Kalabrien, deren Wunsch zukünftiges Marketing landesüblicher „sauberer" Produkte über kooperative Kanäle nach Deutschland ist, sowie Werbung für die an die landwirtschaftliche Kooperative „Terra Nostra" angeschlossene Ferienhotel-Jugendkooperative, werden mit Liberacion in Verbindung gebracht werden. Die Freunde von Liberacion können damit eventuell ihre Aktivität wirtschaftlich und politisch auf Kalabrien ausweiten.

Wer Interesse anzumelden oder Mitarbeit anzubieten hat, darf sich gerne melden: außer bei „Liberacion" bei Marlis Cavallaro und Reinhard Neumann über das ISO-Büro, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Stichwort: AK Italien.
Willkommen sind auch weitere Vorschläge, zum Beispiel, wie wir miteinander in Kontakt bleiben, ohne daß wir allzuviel reisen müssen. ●

GENOSSENSCHAFTSFÖRDERUNG IN ITALIEN

Legge Marcora

Eine kurze Darstellung des Italienischen Gesetzes Nr. 49 (Legge Marcora, Februar 1985) (Förder. Fond für Genossenschaften und Betriebsübernahmen als Genossenschaft)

Von Marlis Cavallaro, Redaktion Heidelberg ● Mit diesem Gesetz erkennt die italienische Gesetzgebung das Genossenschaftswesen an als

- ○ eine Kraft, die nicht nur löbliche soziale Ziele verfolgt, sondern fähig ist, innovative konkurrenzfähige ökonomische Initiativen zu entwickeln
- ○ eine Kraft, die fähig ist, in Krisensituationen für die Erhaltung und Neubeschaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen

Es bricht mit der italienischen Tradition, staatliche und gesetzliche Kriseninterventionen ausschließlich auf bedrohte Großbetriebe zu richten und zielt auf Sanierung und Hilfestellung für die Erhaltung und Neugründung von Klein- und Mittelbetrieben mit kooperativer Betriebsverfassung.

Zentraler Inhalt ist die Errichtung eines **Fonds zur Förderung von Genossenschaftsgründungen und Betriebsübernahmen.**

Seine erste Ausrüstung waren 90 Milliarden Lire, davon mindestens 20 Milliarden reserviert für die Erhaltung bedrohter Arbeitsplätze durch genossenschaftliche Betriebsübernahme.

In ihn gehen die Zinszahlungen der durch ihn geförderten Genossenschaften ein, außerdem alle Mittel aus vorher vorhandenen Fonds (seit Ende der 40er Jahre bestand schon bei der Banca Nazionale del Lavoro eine Spezialabteilung für die Kreditvergabe an Genossenschaften.

BEDINGUNGEN FÜR KREDITE AUS DEM „FONCOOPER"

- ○ Verbot, an Genossenschaftsmitglieder höhere Dividenden auszuzahlen als die gesetzlichen Zinsen auf ihre Einlage betragen würden
- ○ Verbot, zu Lebzeiten der Kooperative die Rücklage an die Mitglieder zu verteilen
- ○ Bei Auflösung der Kooperative muß ihr Vermögen an gemeinnützige Zwecke gehen – ausgenommen die inividuelle Einlage und eventuelle Dividenden auf diese Einlage
- ○ Die Genossenschaft muß im Genossenschaftsregister eingetragen sein, d.h. sie untersteht regelmäßigen Finanzprüfungen durch die zuständigen staatlichen Behörden

Ausgenommen von der Förderung sind Kooperativen, deren Zweck ist, Wohnungen für die eigenen Mitglieder zu bauen.
Folgende Projekte/Projektziele werden gefördert:

1. Verbesserung der Produktivität einer Kooperative oder Erhöhung ihrer Arbeitplatz- Anzahl durch: Produktmittelmodernisierung, Produktmittelerweiterung, Marketingverbesserung, Verbesserung der Verwaltung mit innovativen Methoden, Qualitätsverbesserung der Produkte zwecks besserer Marktposition
2. Restrukturierung oder auch Austausch der vorhandenen technischen Ausrüstung (zum Beispiel, um Produktalternativen zu verwirklichen)
3. Betriebsübernahme/Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Bereichen: Produktion, Distribution, Tourismus, Dienstleistungen

FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN

- ○ Das Projekt muß Anhaltspunkte dafür aufzeigen, irgendwann in nicht allzufernen Zeit auf eigenen Beinen stehen zu können. Es soll zur Fähigkeit, sich am Markt zu behaupten, führen
- ○ Maximale Fördersumme ist 200 Mio. Lire für unter Punkt 1. oben genannter Projekte
- ○ Sie beträgt maximal 2 Milliarden Lire für Projekte nach Punkt 2. und Betriebsübernahmen (für letztere gibt es genauere Spezifizierungen, siehe unten)

Die Zeitbegrenzung für den Förderkredit beträgt 8 Jahre beim Kauf von Maschinen und Ausrüstung, 12 Jahre in allen anderen Fällen.

Die Rückzahlung erfolgt in Halbjahresraten. Der **Zinssatz** ist sehr viel günstiger als der marktübliche. Er darf **auf keinen Fall mehr als die Hälfte des gerade** in dem Wirtschaftsektor, in dem das Projekt angesiedelt ist, **marktüblichen** betragen.

Der Zinssatz wird noch weiter reduziert bei:

- ○ Betriebsübernahmen
- ○ in strukturschwachen (Mezzogiorno) Gebieten tätigen Kooperativen
- ○ wenn das Gesellschaftskapital der Kooperative größer als 20 % des vorgesehenen Investitionsvolumens ist (diese Regelung ist eine Stützung der „starken")

ORGANISATION

Der Foncooper wird verwaltet von einer Spezial-Sektion bei der Banca Nationale del Lavoro. Diese Abteilung prüft die Anträge und ist dem Arbeits- und Sozialministerium verantwortlich.

Für **Betriebsübernahmen durch Genossenschaften** gibt es nun wegen ihrer besonderen Funktion für die Erhaltung von Arbeitsplätzen noch einen zusätzlichen Spezialfond im **Foncooper**, der auch **verlorene Zuschüsse** gibt.
Bedingungen für die Verlorene Zuschüsse:

Der Zuschuß darf nicht mehr als die **dreifache** Summe des Einlagekapitals überschreiten
oder nicht die Summe von drei Jahre Kurzarbeitergeld aller Genossenschaftsmitglieder.

Die Kooperative darf drei Jahre lang, auch wenn sie pleite geht, für ihre Mitglieder keine Kurzarbeiter/Arbeitslosenzuschüsse erhalten.

Folgende Möglichkeiten bestehen bei Betriebsübernahmen/Weiterführungen/Gründung einer Kooperative in Konkursbetrieben:

- ○ Der Betrieb kann gekauft werden.
- ○ Der Betrieb kann erst einmal gepachtet werden.
- ○ Teile des Betriebes können in Pacht weeitergeführt werden.
- ○ Die Kooperative kann Waren des Betriebes aufkaufen und weiterverkaufen.
- ○ Die Produktion kann umgewandelt werden (Produktalternative).

Die Kooperative hat das Vorkaufsrecht, falls der Betrieb, in dem sie einige der obengenannten Möglichkeiten wahrnimmt, verkauft wird.

Die Kooperative kann ihre Mitgliedschaft bei Gründung um neue, nicht betriebsangehörige Mitglieder erweitern, wenn diese Neuen arbeitslos waren.
Ebenso kann sie ihre Mitgliedschaft um bisher nicht betriebsangehörige Techniker und Verwaltungsexperten erweitern (aber nicht mehr als 20 % der Gesamtbelegschaft), um mehr Überlebenschancen durch gutes Management zu erhalten Sie kann auch **juristische Personen** aufnehmen, diese dürfen aber nicht mehr als 25 % des Kapitals einbringen.

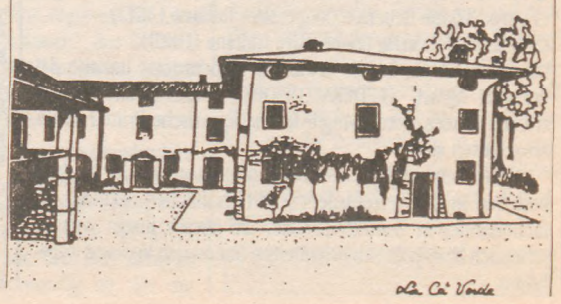
Das Minimum für die Einlage der einzelnen Mitglieder ist 4 Millionen Lire (4 bis 5 Tausend Mark).

Als Erleichterung müssen gleich zu Anfang nur 2 Mio. Lire eingezahlt werden, der Rest dann binnen 2 Jahren.

Außerdem kann das einzelne Mitgleid eventuell Ansprüche an den privaten Vorbesitzer (zum Beispiel Abfindungsanspruch im Konkursfall) an die Kooperative abtreten, dies wird ihm dann auf die Einlage angerechnet.

Als juristische Persinen können Finanzierungsgesellschaften dazu, oder eigens zur Unterstützung dieses Betriebes gegründet werden, wenn ihr Kapital mindestens zu 80 % von anderen Kooperativen gestellt wird. Diese Finanzierungsgesellschaft bekommt den Förderzuschuß des Foncooper ausgezahlt, wenn sie in gleicher Höhe eine Kapitaleinlage bei der neuen Kooperative zeichnet. Sie macht dann für den Betrieb den Antrag und die Chancenprüfung.

Die Finanzierungsgesellschaft kann auch eine Kooperative sein, und sie kann von den Genossenschaftsverbänden gegründet werden. Der Kapitalanteil der Finanzierungsgesellschaft darf drei Jahre lang nicht reduziert werden. Falls die Finanzierungsgesellschaft sich dann auflöst, geht ihr Anteil in die unteilbare Rücklage der Kooperative über. Die Finanzierungsgesellschaft unterliegt der direkten Kontrolle durch das Arbeits-und Sozialministerium. Diesem muß sie alljährlich ihre Bilanz und die Bilanz der Kooperative, bei der sie beteiligt ist, vorlegen. ●



VERBANDSSTRUKTUREN IM ÜBERBLICK

ITALIEN

Genossenschaften in Italien

Ein gekürzter Auszug aus der Broschüre „Genossenschaften in Europa" von Walter Braun.

GESCHICHTLICHE DATEN

In der Mitte des 19. Jahrhunderts machten sich in Italien die ersten Ansätze für die Entwicklung genossenschaftlicher Tätigkeiten bemerkbar.

Als Initative von organisierten Arbeitern entstand im Jahr 1854 in Turin ein genossenschaftliches Lagerhaus, das als die erste Konsumgenossenschaft betrachtet werden kann. Schon zwei Jahre später, 1856, wurde die erste Produktivgenossenschaft, die „Glaskunstgenossenschaft" von Altare, einem kleinen Ort in Ligurien, gegründet.

Bei der Ausdehnung der genossenschaftlichen Aktivitäten auf andere wirtschaftliche Sektoren kamen die stärksten Anstöße zunächst aus der bäuerlichen Bevölkerung. Viele Kleingrundbesitzer taten sich in Genossenschaften zusammen, weil ihnen die notwendigen Eigenmittel für die Finanzierung des technischen Fortschritts in ihrer Produktion fehlten. Eine wesentliche Rolle spielte zusätzlich das Schutzbedürfnis gegenüber den großen Grundbesitzern in einer Anzahl von Regionen, z.B. in der Po-Ebene. Dort kam es zur Bildung von Tagelöhner-Genossenschaften.

Im Kreditsektor kam es zur Gründung eines Verbandes der Volksbanken und eines Verbandes der ländlichen und handwerklichen Kreditgenossenschaften (damit verbunden ist der Name Luigi Luzatti).

In der Zeit bis zum Jahr 1919 war die 1893 gegründete **»Lega Nazionale delle Cooperative«** (LEGA) die einzige einheitliche Organisation der genossenschaftlichen Unternehmen. Der erste Genossenschaftskongreß mit insgesamt 74.000 Mitgliedern hatte schon 1886 in Mailand stattgefunden. Diese Entwicklung vollzog sich hauptsächlich in Nord- und Mittelitalien.

Im Laufe der Zeit gewannen im Verband der LEGA unterschiedliche politische Richtungen immer mehr an Bedeutung. Neben der sozialistischen „Grundstimmung" gewann die Idee der Verselbständigung einer katholischen Richtung zunehmend Gewicht. Dies führte 1919 zur Abspaltung von zwei katholisch orientierten Verbänden („Federazioni delle Cooperative Agricoli" und „Federation degh Instituti Rurali di Providenza").

Eine Sonderstellung nahm immer der 1892 gegründete **»FEDERCONSORZI« (Federazioni Italiana dei Consorzi Agrari)** ein. Dieser Verband, der heute noch besteht, war anfänglich im Einkauf von landwirtschaftlichen Gütern tätig; später dehnte er seine Tätigkeiten auch auf andere Sektoren der landwirtschaftlichen Produktion aus.

Während der Jahre der faschistischen Diktatur wurden die genossenschaftlichen Strukturen zum größten Teil zerschlagen: sie waren mit die härtesten Gegner des Faschismus gewesen, bevor im Jahre 1928 die LEGA und zwei Jahre später der katholische Genossenschaftsverband durch einen Gesetzgebungsakt aufgelöst wurden. Lediglich der „FEDERCONSORZI" ist von der Auflösung verschont geblieben und konnte „gleichgeschaltet" und in veränderter Rechtsform (Personengesellschaft) überleben; der FEDERCONSORZI arbeitet seit 1948 in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft.

Genossenschaftliche Mühle in Lago di Trasimeno (Umbrien) Foto: ISO-Archiv

Sowohl die nationalen Verbände als auch die zentralen Fachverbände sind in **Provinz- und** Regionalverbände gegliedert. In die wirtschaftliche Struktur der Organisationen sind ferner **Zentralgenossenschaften** auf regionaler und nationaler Ebene eingebettet; sie erfüllen, wie die Fachverbände, vor allem wirtschaftliche Aufgaben, während sich die horizontal ausgerichteten nationalen Genossenschaftsverbände mit ihren Provinz- und Regionalverbänden hauptsächlich der Verbandspolitik im allgemeinen und der Vertretung gegenüber der Regierung und der Behörden widmen.

1. **Confederazione Cooperative Italiane (CONFCOOPERATIVE)**
Mitgliedsgenossenschaften: 21.000
Einzelmitglieder: 4,4 Mio.
Beschäftigte: 350.000
Umsatz: (1981) 11 Mrd. Lire
Tätigkeitsgebiet: alle Bereiche

Der im Mai 1945 „wiederentstandene" Verband setzt die Tradition der im Jahr 1919 gegründeten katholisch orientierten Genossenschaftsorganisation fort und steht heute dem christlich-demokratischen Lager nahe.

Das Selbstverständnis des Verbandes orientiert sich an Grundsätzen der christlich-sozialen Politik. In der Satzung wird die Notwendigkeit der Reform von Organisationsstrukturen betont, um die Aktionen zugunsten der schwächsten Regionen und Sektoren zu intensivieren – mit dem Ziel, bessere Lösungen für die neuen Probleme der italienischen Gesellschaft zu finden.

Besondere Forderungen: Umstrukturierung des Vertriebsnetzes, Schutz der handwerklichen Kleinbetriebe, Mitbestimmung der Genossenschaften bei der Festlegung wirtschaftspolitischer Ziele. Eine wichtige Forderung des Verbandes ist die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Entwicklungsländern.

Maschinensaal der »metal-mechanicce coop rotflex« Foto: Die Grünen Nürnberg

STRUKTUR- UND SELBSTVERSTÄNDNIS DER VERBÄNDE

Nach dem 2. Weltkrieg sind Versuche, wieder eine einheitliche Organisation ins Leben zu rufen, schon früh gescheitert. Derzeit besteht in Italien die Situation, daß vier nationale Genossenschaftsverbände mit jeweils mehr als 1.000 Mitgliedsunternehmen durch ministeriellen Erlaß anerkannt sind. Die Satzungen dieser Verbände werden vom Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge genehmigt:

- Lega Nationale delle Cooperative Italiane Mutue (LEGA
- Confederazione Cooperative Italiane CONFCOOPERATIVE)
- Associazione Generale Cooperative Italiane (AGCI)
- Unione Nationale Cooperative Italiane (UNCI)

Dazu kommt die bereits erwähnte „Federazione Italiane dei Consorzi Agrari" (FEDERACONSORZI), eine Genossenschaft zweiten Grades, deren Mitglieder die agrarische Primärgenossenschaften sind.

Neben den nationalen Verbänden mit horizontaler Struktur bestehen in den verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren die fachorientierten Zentralverbände, die jeweils ihrem weltanschaulich bzw. politisch orientierten nationalen Verband angehören.

Die CONFCOOPERATIVE gehört mehreren europäischen Genossenschaftsverbänden an. Da es sich bei diesen Verbänden um Zusammenschlüsse von Fachverbänden handelt, sind eine Reihe von Fachverbänden der CONFCOOPERATIVE ebenfalls Mitglied in europäischen Verbänden.

2. **Lega Nationale delle Cooperative e Mutue (LEGA)**
Mitgliedsgenossenschaften: 14.600
Einzelmitglieder: ca. 3 Mio.
Beschäftigte: 300.000
Umsatz: (1981) 12.000 Mrd. Lire
Tätigkeitsbereiche in fast allen Sektoren

Die Lega gilt als sozialistisch orientiert. Über die Zielsetzung des Verbandes heißt es in der Satzung: „Die LEGA ist bestrebt, in voller Unabhängigkeit von jedem politischen und staatlichen Einfluß die Förderung, die Entwicklung, den Ausbau und den Schutz der nach dem Gegenseitigkeitsprinzip organisierten und ohne Gewinnstreben tätigen Genossenschaften sicherzustellen, indem sie so ausgerichtet werden, daß sie die in der Verfassung der Republik verankerten Funktionen erfüllen"

Eine wesentliche Zielsetzung mit aktueller Bedeutung ist der Wille zum Engagement für den Aufbau eines starken, selbstverwalteten Wirtschaftssektors aus Genossenschaften und anderen Vereinigungen mit gleicher Zielsetzung. In diesem Sinne will die LEGA mit den anderen nationalen Genossenschaftsverbänden, die gleiche Ziele verfolgen, zusammenarbeiten.

Die LEGA und eine Reihe der ihr angeschlossenen Fachverbände aus verschiedenen Sektoren sind auf europäischer Ebene Mitglieder mehrerer Verbände.

3. **Unione Nazionale Cooperative Italieane (UNCI)**
Mitgliedergenossenschaften: 6.000
Einzelmitglieder: 750.000
Beschäftigte: 150.000
Umsatz: (1981) 3.500 Mrd. Lire
Tätigkeitsbereich: fast alle Sektoren

Die AGCI ist erst im Oktober 1952 gegründet worden, als sich republikanische und sozialdemokratische Genossenschaften zum Zweck der Bildung eines eigenen Verbandes aus der LEGA lösten. Den Kern der Organisation bildeten damals die Genossenschaften in den Regionen Emilia- Romagna. Inzwischen (seit 1962) mit über 1.000 Mitgliedsgenossenschaften als nationaler Verband anerkannt), hat sich die AGCI auf alle Regionen und Sektoren ausdehnen können.

Die Satzung des Verbandes sagt: Die AGCI ist „eine unabhängige Organisation, deren Tätigkeit sich an den Grundsätzen der freien und demokratischen Zusammenarbeit ausrichtet. Sie steht all denen offen, denen die Zukunft der genossenschaftlichen Bewegung als Instrument der geistig- sittlichen Erhebung und der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Arbeitnehmer, Erzeuger und Verbraucher am Herzen liegt. Zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zur Demokratisierung der Arbeitswelt durch die genossenschaftliche Arbeitsform, befürwortet der Verband Reformen in der Gesetzgebung für Genossenschaften. Der Verband betont die Wichtigkeit der Europäischen Gemeinschaft, in deren Rahmen das Genossenschaftswesen zugunsten der Erzeuger und Verbraucher gefördert werden müsse.

Die AGCI ist auf europäischer Ebene Mitglied des Europäischen Ausschusses der Arbeiter Produktionsgenossenschaften (CECOP) und der Union der Genossenschaftlichen Einkaufsorganisationen für Lebensmittel (UGAL).

5. **Federazione Italiana dei Consorzi Agrari (FEDERCONSORZI)**
Mitgliedsorganisationen: 75 Agrargenossenschaften (consorzi agrari)
Einzelmitglieder: ca. 400.000
Beschäftigte: 15.200
Umsatz: (1981) 5.230 Mrd. Lire

Bei der FEDERCONSORZI handelt es sich nicht um einen Verband im üblichen organisatorischen Sinn, sondern um eine Vereinigung von 75 Agrargenossenschaften (consorzi agrari) mit über 3.300 Zweigstellen in allen italienischen Provinzen. Diese 75 Primärgenossenschaften bilden zusammen den FEDERCONSORZI, der damit als Genossenschaft zweiten Grades gilt.

Mit dem FEDERCONSORZI sind eine ganze Reihe von Unternehmen und Gesellschaften verbunden (finanziell und personell), die sich mit der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, mit der Herstellung und Verteilung technischer Betriebsmittel, mit fachbezogenen Informationsdiensten und mit der Versicherung der Produktion befassen.

Der FERDERCONSORZI beschränkt sich in seinen wirtschaftlichen Tätigkeiten auf den Agrarbereich, mit dem Ziel, die Entwicklung der italienischen Landwirtschaft zu fördern und den Schutz der Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe durch technische und wirtschaftliche Organisation zu verbessern.

Auf europäischer Ebene ist der FEDERCONSORZI Mitglied des Allgemeinen Ausschusses des Ländlichen Genossenschaftswesens in der EG (COGECA).

GENOSSENSCHAFTEN UND STAAT

Die Genossenschaftsverbände in Italien benötigen eine **Anerkennung durch das Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge**, die erteilt wird, wenn ein Verband mehr als 1.000 Mitgliedsorganisationen hat. Der Gesetzgeber geht davon aus, daß die Größe des Verbandes und die Fähigkeit, seinen Aufgaben und Funktionen gerecht zu werden, in enger Beziehung zueinander stehen. Dieses Kriterium wird von den vier beschriebenen Verbänden erfüllt; es gilt nicht für den FEDERCONSORZI, der mit seinen 75 Mitgliedsorganisationen einen Sonderfall darstellt und aufgrund eines Sondererlasses direkt unter der Aufsicht des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft steht.

Es ist daran zu erinnern, daß von den insgesamt rund 125.000 Genossenschaften in Italien nur 38.000 einem nationalen Verband angehören.

Die größte Zahl von Genossenschaften weist der Bausektor auf, es folgen der Sektor der Landwirtschaft und der Sektor der Produktionsgenossenschaften. In den einzelnen wirtschaftlichen Sektoren gibt es zumeist mehrere genossenschaftliche Fachverbände, die ihrer weltanschaulich-politischen Orientierung entsprechend Mitglieder eines der vier nationalen Verbände sind.

In Art. 45 der italienischen Verfassung ist das Genossenschaftswesen besonders erwähnt: „Die Republik anerkennt die soziale Funktion des Genossenschaftswesens, welches auf den Grundsätzen der Gegenseitigkeit beruht und nicht auf individuellen Gewinn ausgerichtet ist. Das Gesetz fördert die Verbreitung des Genossenschaftswesens mit den geeigneten Mitteln und gewährleistet durch entsprechende Kontrollen die Erhaltung seiner Merkmale und Zielsetzungen".

In Art. 2511 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird die Rechtsform der Genossenschaft so definiert: „Unternehmen, die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhen, können sich als Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung oder nach bestimmten Vorschriften beschränkter Haftung konstituieren." Und weiter: „Die Genossenschaften unterscheiden sich eindeutig von anderen Gesellschaftsunternehmen bzw. Gesellschaften. Diese Unterscheidung beruht auf dem genossenschaftlichen Gegenseitigkeitsprinzip, das darin besteht, die Mitglieder der Organisation unmittelbar und unter günstigeren Bedingungen, als sie der freie Markt bietet, mit Gütern, Dienstleistungen bzw. Arbeitsmöglichkeiten zu versorgen. Dagegen verfolgen die Gesellschaftsunternehmen im eigentlichen Sinne den Zweck, Vermögensgewinne zu erzielen und zuzuteilen".

In einem **»Zentralen Genossenschaftsausschuß«** beim Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge vollzieht sich ein wesentlicher Teil der Zusammenarbeit der vier anerkannten nationalen Verbände, zu deren Deligierten die Vertreter einiger weiterer Ministerien hinzukommen (Finanzen, Land- und Forstwirtschaft, Öffentliche Arbeiten). Der zahlenmäßig größte Teil der Genossenschaften ist folglich an den Beratungen in diesem Ausschuß nicht direkt beteiligt.

Eine gemeinsame Einrichtung der nationalen Verbände ist das **»Institut für Genossenschaftsforschung – Luigi Luzzatti«**. Es arbeitet im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialfürsorge und gibt die Zeitschrift „Rivista della Cooperazione" heraus.

Im Nationalen Rat für Wirtschaft und Arbeit (CNEL) besteht keine gemeinsame Vertretung; jeder der nationalen Verbände benennt seine eigenen Vertreter.

GESELLSCHAFTLICHE ROLLE DER GENOSSENSCHAFTEN

Eine italienische Besonderheit ist die „Doppelstruktur" der genossenschaftlichen Verbände. Eine horizontale Struktur weisen die vier nationalen Verbände mit ihren Provinz- und Regionalverbänden auf. Ihre Mitglieder sind die Fachverbände der einzelnen Sektoren mit ihrem Provinz- und Regionalverbänden (vertikale Struktur).

Mit dieser breit- und tiefgegliederten Struktur hat die italienische Genossenschaftsbewegung ein starkes Gewicht im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Gesellschaft erworben. Ein Schönheitsfehler ist zweifellos, daß nur rund 30% der Genossenschaften aller Sektoren Mitglieder der nationalen Verbände sind, die trotz unterschiedlicher Affinität zu politischen oder weltanschaulichen Gruppen eine relativ gute Zusammenarbeit pflegen; diese reicht von den Beziehungen zur Regierung und zu den Ministerien über die Arbeit im Parlament bis zur Beteiligung an einem „Nationalen Verbraucherausschuß" und zu vielen Gemeinsamkeiten mit gewerkschaftlichen Interessen.

Der Genossenschaftssektor soll zu einem **»dritten Sektor«** werden, der neben den privaten Unternehmen und der staatlichen bzw. öffentlichen Wirtschaft seine Besonderheit wahrt und eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllen kann. Die Theorie ist von der Überzeugung getragen, daß der genossenschaftliche Sektor viel dazu beitragen kann, die gegenwärtigen schwierigen Wachstums-, Struktur- und Beschäftigungsprobleme zu bewältigen. Dieser „dritte Sektor" wird für fähig gehalten, zum Träger weitreichender Innovationen und neuer Wertvorstellungen im produktiven, wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu werden.

Der italienische Genossenschaftssektor kann als gesellschaftsverändernde Kraft gelten, nicht in revolutionärem, sondern in reformerischen Sinn. Für den Genossenschaftssektor gilt es, „die Verschlimmerung eines Wirtschaftsmodells zu verhindern, welches auf Gewinn und folglich auf die Verstärkung des Individualverbrauchs zu Lasten der sozialen Erfordernisse ausgerichtet ist. Diese Entwicklung führt u.a. zur Erniedrigung des Einzelnen im Produktionskreislauf, zur Entfremdung der Arbeitnehmer, zu schwierigen zwischenmenschlichen und hierarchischen Beziehungen und zur Enstehung menschenunwürdiger Ballungsgebiete".

Der Genossenschaftssektor ist berufen, »der Verbreitung der großen multinationalen Unternehmen entgegenzuwirken, deren Eigendynamik sich dahingehend auswirkt, daß die Entscheidungszentren immer unzugänglicher werden und in immer weitere Ferne rücken, und daß damit dem Einzelnen das Gefühl geraubt wird, am Produktionskreislauf und am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilzunehmen.« (1)

Zu einzelnen Punkten solcher Äußerungen über das genossenschaftliche Rollenverständnis gibt es in den vier nationalen Verbänden sicher nuancierte Betonungen. Es bleibt jedoch der Gesamteindruck, daß über die „großen Ziele" Einigkeit besteht.

(1)Auszüge aus der Broschüre „Il Movmento Cooperativo in Italia" – CONFCOOPERATIVE. ●

NOCH IST DIE EISZEIT NICHT ZUENDE!

MESSE ZEITUNG

Messevorbereitung zunächst „auf Eis gelegt"?

Fazit der Frankfurter Auftaktveranstaltung zum „Anfang vom Ende der Eiszeit": Eine bundesweite Kooperation zur inhaltlichen Vorbereitung des Messeprojekts könnte möglicherweise tatsächlich funktionieren. Aber gleichzeitig mehren sich warnende Stimmen, erst die Diskussion zu verbreitern und zu vertiefen, ehe vorschnell etwas zusammengerödelt wird...

Von Kurt Regenauer, ehemalige Planungsgruppe Westberlin ● Der eigentliche Startschuß zur organisatorisch-technischen Vorbereitung der Ersten Europäischen Projektemesse war das in der Tat noch nicht, was am 14.10. in der Krebsmühle/Oberursel zusammenkam (siehe auch im Bericht von Regina Engel, auf dieser Seite). Zwar wurde eine erste Projektskizze und ein Zeitplan für das Gesamtvorhaben vorgelegt. Aber weder die Beteiligung noch der Stand der Diskussion erlaubte bisher einen konkreten Einstieg in die Planung.

Dennoch muß der Frankfurter »Anfang vom Ende der Eiszeit« kein Fehlstart gewesen sein. Dort vorgetragene Referate und die hierüber erfolgende Auseinandersetzung haben auch zweierlei gezeigt:

- ein gemeinsamer Rahmen all derjenigen, die in der Tradition einer Gegenkultur Projekte organisiert haben, scheint – zumindest bei den in der Krebsmühle Versammelten – wieder zu einer aktuellen Frage zu werden. Auf die Tagesordnung kommt somit die Suche nach einem Fixpunkt, auf den sich eine künftige gemeinsame Entwicklung beziehen soll. So ist es auch nur zu verstehen, daß die Vorstellung einer Europäischen Projektemesse durchaus antörnt, mögen die Meinungen darüber, was das einmal werden kann, auch noch weit auseinandergehen.
- erste vage Definitionen des Inhalts einer solchen möglichen Entwicklung laufen darauf hinaus, einer internationalen Entwicklung von Selbstverwaltung als „Ökonomie der Armut" eine eigene Identität entgegenzusetzen. Der Traum eines gemeinsamen Aufbruchs zu neuen Ufern ist nicht ausgeträumt. Am Horizont entstehende Bilder eines Hypereuropas stellen eine neue Herausforderung dar. Dabei ist die Spannbreite alternativer Szenarien beträchtlich und reicht von der Forderung des freien Vagabundierens freier Menschen in freien Ländern bis zum existentiellen Ringen von „unseren Brüdern und Schwestern" in einem anderen Land um Alternativen zum „Modell Deutschland".

Entscheidender Knackpunkt einer weiteren Entwicklung zum Ende der Eiszeit wird somit ihr eigentliches Fundament: Leute aus Projekten müssen einen thematischen Bezug zueinander finden und sich in Inhalte erarbeitende Planungsgruppen organisieren. Hierzu dient unser nächstes Treffen (24. – 26.11. in der Krebsmühle, Oberursel), auf dem verantwortliche Kontaktadressen für die verschiedenen Bereiche gefunden werden sollen. Ebenso wird es natürlich auch um die Auswahl solcher Themen und Fragestellungen gehen, da bisher veröffentlichte Vorschläge (vgl. CONTRASTE 10/89, S. 3) noch mehr auf bereits bestehende Ansätze (von Libertären Zentren über ISDN-GegnerInnen bis zu „traditionellen" Netzen zwischen Betrieben und Kommunen) konkretisiert werden müssen.

Getagt werden soll nach diesem Termin in zweimonatigem Rhythmus, immer wieder in Frankfurt, da dieser Ort für ein Maximum an TeilnehmerInnen ein Minimum an Fahraufwand bedeutet.

WARUM MESSEZEITUNG?

Der Informationsfluß über laufende Aktivitäten und Debatten zur Europäischen Projektemesse erweist sich zunehmend als Achillesferse des gesamten Vorhabens. Dieser wurde bisher sichergestellt durch einen einzigen Kraftakt von CONTRASTE. Das hat nicht nur bedeutet, einen immer sehr arbeitsaufwendigen, da endredaktionell zu leistenden, **aktuellen** Teil, eben den zur Messe, in die Zeitung zu nehmen. Sondern gleichzeitig wurden an einen wachsenden Personenkreis Aufrufe und Einladungen, Protokolle und Berichte, ein monatliches Memo und die bisherige Projektskizze verschickt.

Dieser Verteiler umfaßt heute bereits 250 Menschen und Projekte und wird ständig größer. Aus der AL gibt es Anfragen, beschickt zu werden, soweit der AL-interne Verteiler nicht funktioniert – im Ausland werden Übersetzungen angefordert usw...

Dazu kam, daß die diversen Diskussionen zur Messe zu koordinieren waren. Das, was auf dem UFA-Gelände, im Mehringhof, im AL-Büro oder in der Berliner Planungsgruppe beredet wurde, war auf das zu beziehen, was in München, Nürnberg, Heidelberg, Frankfurt, Kassel, Hamburg oder Amsterdam zum Thema gedacht wurde. Ausländische Reaktionen waren auszuwerten, Termine und Tagungsorte klarzumachen. Wir haben schließlich trotzdem oft genug aneinander vorbeigeredet.

Neue Ideen und Konzepte haben manchmal eine etwas schwierigere Geburt. So war es denn notwendig, jemanden „mit einem Computer an Bord" durch die Lande zu schicken, um ständigen Austausch zu gewährleisten... einen unfreiwilligen Vagabund in einem unfreien Land.

Nachdem nun aber die Idee vom **Ende der Eiszeit** höchst „offiziell" (auf unserem Frankfurter Treffen) geboren worden ist, können die Dinge auch einen anderen Lauf nehmen:

- die Projektemesse kann weg von CONTRASTE, die dadurch zweifelsohne überlastet ist und sich nur Verdächtigungen aussetzt, einen „Durchmarsch" in Richtung Vertretungsgewalt für Selbstverwaltung zu planen...
- nach Abschluß der Entwicklungsphase durchläuft das Gesamtvorhaben einen Prozeß einer geplanten Anarchisierung. Das, was zusammenläuft, soll entstehen... ganz ohne Koordination und aus dem real existierenden Schwung der Bewegung...

Das Angebot besteht durch diese MESSEZEITUNG. Es wäre denkbar, diese Zeitung im 2-monatlichen Rhythmus, vor jedem Vorbereitungsplenum für die Europäische Projektemesse, herauszugeben... als CONTRASTE-Beilage und auf Wunsch auch ohne CONTRASTE. Voraussetzung ist der adäquate Informationsfluß (in Form Eurer Beiträge) und der entsprechende Geldfluß.

Die restlichen verfügbaren Mittel des Spendenkontos Projektemesse sollen hierfür angesetzt werden.

Eine Endredaktion/Koordinationsstelle wird vom 2. Vorbereitungstreffen (8. – 9.12. in der Krebsmühle) beauftragt und in der Januarausgabe der CONTRASTE veröffentlicht. Der Zeitdruck, einen Verein zu beauftragen, öffentliche Fördergelder zu beantragen, oder gar eigens hierfür einen neuen Verein zu gründen, wäre zunächst einmal genommen. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

PLANUNGSTREFFEN ZUR EUROPÄISCHEN PROJEKTEMESSE

Der Weg ist das Ziel

Nachdem auf dem ersten Treffen zur Europäischen Projektemesse „Ende der Eiszeit" in Kassel im Juli diesen Jahres nur ein kleiner Kreis von Leuten erste Ideen und Vorschläge gesammelt hatte, ist einiges passiert: Der Aufruf wurde im Bundesgebiet und in Berlin verteilt, eine Planungsgruppe in Berlin hatte ihre Arbeit begonnen, erste Internationale Kontakte wurden geknüpft – z.B. auf dem alternativen Wirtschaftsgipfel in Paris, auf dem Medienfestival „Europa gegen den Strom" in Amsterdam... Es werden immer mehr...

Ein Bericht von Regina Engel, CONTRASTE Kassel ● Natürlich sind es immer zu wenig, viele, die sich für die Auftaktveranstaltung zum „Ende der Eiszeit" in der Krebsmühle am 14. Oktober angemeldet hatten, konnten dann doch nicht kommen, eine große Anzahl bekundete ihr Interesse zunächst noch „nur" durch Bestellung von schriftlichem Material. Angereist waren immerhin ca. 45 Leute aus unterschiedlichsten Projekten.

LEGITIMATION

Der Anspruch, eine breite Basis in die Vorbereitungsarbeit miteinzubeziehen, besteht natürlich. Dies erfordert jedoch einen längeren Prozeß, eine persönliche Ansprache vieler ist dazu notwendig. Nicht umsonst sind die InitiatorInnen von vornherein davon ausgegangen, daß eine Vorbereitungszeit von mindestens zwei Jahren gebraucht wird, um das Vorhaben Messe zu realisieren. Die Frage nach der Legitimation, die eine relativ kleine Gruppe hat, ein solches Projekt ins Leben zu rufen, wurde auf der Diskussion in der Krebsmühle jedoch als Scheinproblem bezeichnet, das jede Bewegung behindert. Ideen werden immer im kleinen Kreis geboren, ob das Ganze eine Seifenblase ist, erweist sich erst in der konkreten Arbeit. Insgesamt ist man sich darüber einig, daß ein Interesse an dieser Messe vorhanden ist – viele Rückmeldungen und Gespräche haben es gezeigt. Ein Fazit kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht gezogen werden, da das, was bisher an Werbung und Diskussion gelaufen ist, noch lange nicht ausreicht. Gegen eine Fortführung sprach sich zum Anschluß des Tages niemand aus, obwohl ein paar Teilnehmer mit einer großen Skepsis angereist waren.

Wichtig ist allerdings, daß man sich dabei nicht selbst als das Maß aller Dinge nimmt und über den Kreis derer hinausdenkt, die sich mehr oder weniger zufällig zusammengefunden haben. Gerade der Anspruch, eine europäische Messe zu machen, birgt viele Schwierigkeiten in sich. Ist das Ganze ein Größenwahn? Ein Interesse, besonders auch auf europäischer Ebene über den Stand von Selbstverwaltung zu diskutieren, schien allen vorhanden zu sein. Nicht um sich einer antidemokratischen, aufgesetzten europäischen Administration anzupassen, sondern um zum Ausdruck zu bringen, daß wir dieses Europa nicht akzeptieren und um für uns selbst eine internationalistische Position zu finden – utopische Perspektiven für eine selbstverwaltete Zukunft in Europa und nicht Selbstverwaltung als „Ökonomie der Armut".

Natürlich ist dieser Anspruch gigantisch! Zunächst bedarf es überhaupt erst einmal der Findung europäischer Diskussionslinien. Hierzu sollten die Inhalte und Ziele nicht zu großspurig formuliert sein, sondern sich auf die konkrete Situation in den Betrieben und Projekten beziehen und jeweils die länderspezifischen Unterschiede berücksichtigen. Viele Diskussionsimpulse kommen z.B. im Augenblick aus Osteuropa. Auf keinen Fall darf Selbstverwaltung nach bundesdeutschen Kriterien bemessen werden.

KEIN „SELBSTVERWALTUNGSIDEAL"

Es geht nicht darum, den Idealtypus eines Selbstverwalteten Projektes zu suchen. Rolf Schwendter sprach sich in seinem Impulsreferat gegen einen Harmonisierungszwang aus. Die Vielfalt alternativer Bewegungen in Europa sollte auf einer Projektemesse auch zum Ausdruck kommen. Dazu ist es notwendig, auch sich widersprechende Ansätze nebeneinander darzustellen – z.B. die Ökobank neben der Proudhon'schen Tauschbank. Aus dem, was alles an unterschiedlichen Ansätzen vorhanden ist, ergeben sich vielfältigste Inhalte und Diskussionen. Dennoch sollten auch gemeinsame politische Ziele formuliert werden, die sich nicht nur auf ökonomische Probleme beziehen, sondern alle Lebensbereiche betreffen. Rolf wollte mit der von ihm vorgestellten Themenvielfalt vor allem einer Angst vor der „Neuen Unübersichtlichkeit" widersprechen.

Um die Stagnation in der Selbstverwaltung, besonders bei uns in der Bundesrepublik, zu überwinden, muß eine produktive, utopisch- zukunftsorientierte Diskussion geführt werden – nicht immer nur daran denken, was alles schiefgehen kann.

EUROPA DER REGIONEN

Für die Entwicklung politischer Zielsetzungen ist insbesondere auch die regionale Diskussion wichtig und die Auseinandersetzung in kleineren Zusammenhängen. Die konkreten Inhalte können von einem übergeordneten Organisationszusammenhang ohnehin nicht festgelegt werden, sondern müssen von den betreffenden Projekten selbst eingebracht werden. Gerade dadurch werden sich in der Vorbereitungszeit noch interessante neue Aspekte ergeben. Ein „Europa der VagabundInnen", das Kennenlernen anderer Standpunkte in Europa ist ein besonderer Reiz auf dem Weg zum „Ende der Eiszeit".

Betreffend der Organisationsstruktur konnte auf dem Treffen in der Krebsmühle noch keine Einigkeit erzielt werden. Uneinig war man sich vor allem darüber, ob es, wie von Gert Behrens vorgeschlagen, notwendig ist, für die Vorbereitungszeit einen Verein zu gründen, oder ob eine informelle Arbeitsstruktur mit Nutzung bestehender Vereine (AG SPAK, ISO, CONTRASTE...) ausreicht. Argument für die Gründung eines Vereins war Verantwortlichkeit und Sachkompetenz z.B. im Umgang mit Geldern, mehr Transparenz über die gesamte Vorbereitung. Dagegen wurde sich ausgesprochen, da die Projekte von einer Formalisierung und Institutionalisierung abgeschreckt werden könnten und sich in ihrer Autonomie eingeschränkt fühlen werden, so z.B. autonome Frauenprojekte. Die Entscheidung darüber soll auf dem nächsten Treffen im November fallen.

Vor allem persönliche Ansprache von Projekten, um die Basis für die Projektemesse zu verbreitern, ist in nächster Zeit wichtig. Die Erfahrung zeigt, daß Papiere, die herumgeschickt werden, viel zu leicht in der Papierflut des Alltags untergehen und man so die Leute schwer erreicht. Gerade um auf dem Weg Diskussionen anzuregen, Eisberge zum schmelzen zu bringen, ist der persönliche Kontakt entscheidend. Damit der Weg auch das Ziel ist, wie es viele sich auf der Veranstaltung in der Krebsmühle wünschten, und die Europäische Projektemesse nicht zur reinen „Dienstleistung" wird. ●

ROLF SCHWENDTER BEI DER AUFTAKTVERANSTALTUNG ZUR EUROPÄISCHEN PROJEKTEMESSE:

INHALTE, TITEL, THEMEN

Rolf Schwendter, AG SPAK ● Welche Signale auch immer die Völker zum "Ende der Eiszeit" hören mögen – es wird mit Sicherheit nicht das letzte Gefecht sein. Vielmehr wird es aller Wahrscheinlichkeit nach, unterstellt, die Menschheit überlebt es, um die Fortdauer eines jahrhundertelangen Prozesses sich handeln, vergleichbar der allmählichen Überwindung der feudalen Hegemonie durch die bürgerliche zwischen dem 14. und dem 20. Jahrhundert.

Gehen wir ins Detail. Meine Einladung zu diesem Referat verdanke ich wohl dem Umstand, wieder einmal den Mund zu voll genommen zu haben. Bei einem Vorbereitungstreffen habe ich die These vertreten, es sei mir unschwer möglich, einige hundert Themen für Arbeitsgruppen der Europäischen Projektemesse anführen zu können, und nun habe ich, etikettiert unter „Inhalte, Titel und Themen", den Salat. Womit ich dazu übergehe, Essig und Öl, Salz und Pfeffer zu nehmen und ihn anzurichten.

SOLIDARISCHE AUSDIFFERENZIERUNG

Dabei ist mir die Aufgabe bereits leichter gemacht worden. Im Kasten des bisherigen Brainstormings der Berliner Planungsgruppe sind immerhin bereits 37 Themen aufgeführt, die mir ausnahmslos als wichtig erscheinen, und auf die ich deshalb nicht mehr als kursorisch eingehen werde. Also werde ich, mit anderen Worten, die Bereiche Selbstverwaltungsdefinition, Wachstumshemmnisse, Frauenbetriebe, Frauen in gemischten Betrieben, Aus- und Weiterbildung in den Projekten, 3. Weg, Lernen von der Dritten Welt, Automatisierung und neue Medien anerkennen und mithin nur am Rande streifen. Eines indes möchte ich zu bedenken geben und ausführen, weil es meines Erachtens eine grundsätzliche Frage des Vorgehens, insbesondere in bundesdeutschen Subkulturen berührt: Ich würde wenig davon halten, die Definition von Selbstverwaltung auf der Projektebene in der bewußten oder unbewußten Absicht durchzuführen, einen Idealtypus selbstverwalteter Betriebe festzulegen und alle die auszugrenzen, die diesem Idealtypus nicht entsprechen. Gegenseitige Ausgrenzung der vom gesamtgesellschaftlichen Wertesystem Abweichenden war immer schon das wichtigste Produktionsmittel bei der Produktion von Eiszeit. Selbstredend kann die Alternative dazu nicht ein undifferenzierter Einheitsbrei sein, etwa nach dem österreichischen Prinzip: „Selbstverwaltet samma alle, Fehler hat a jeda gnua".

Erforderlich scheint mir demgegenüber ein Vorgehen zu sein, das ich mit „solidarischer Ausdifferenzierung" bezeichnen möchte. Das beginnt mit der Betriebsgröße: es gibt selbstverwaltete Betriebe mit 3 Personen; für sein „Small is beautiful" hat Ernst F. Schumacher eine maximale Betriebsgröße von 1500 Personen eingefordert (was auch in etwa der Großkommunengröße Charles Fouriers entspräche); der größte mir bekannte real existierende Selbstverwaltungskomplex, Mondragon im spanischen Baskenland, umfaßt über 20.000 Personen. Eine Ausgrenzung wäre hierbei ebenso unsinnig wie eine umstandslose Gleichsetzung. Dasselbe gilt für die Reichhaltigkeit der Formbestimmung. Es gibt mindestens (und ich werde hier sicherlich noch einige vergessen haben) Neue Selbständige, informelle Kollektive, kapitalneutralisierte Einheiten, neue Kleingenossenschaften (mit oder ohne Rechtsform der „e.G."), Vollkommunen, Mitbestimmungseinheiten (etwa bei sozialen und kulturellen Projekten zwischen Hauptamtlichen, Ehrenamtlichen und Betroffenen), Altgenossenschaften und Partnerschaftsbetriebe. Alle diese sind geeignet, wichtige Beiträge zu einer selbstverwalteten Gesellschaft zu leisten, und dennoch sind sie, bei allen bestehenden Übergängen zwischen ihnen, grundsätzlich etwas jeweils verschiedenes. Komplexer wird es noch dadurch, daß gerade auf europäischer Ebene die Wichtungen zwischen den Formbestimmungen äußerst unterschiedlich ausfallen: Um es holzschnittartig zu sagen: Ist in der BRD vom selbstverwalteten Betrieb die Rede, denkt man/frau eher an 8-10 Personen und an Willensbildung in wöchentlichen Vollversammlungen, ist dies in Frankreich der Fall, eher an 80 – 100 Personen und an gemäßigt hierarchische Funktionsträger – ein Sachverhalt, der sich in der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung noch verstärkt.

Die Signale für die Völker, von unten, ertönen in der zentralen Fragestellung: Welche eigenständigen Organisationsformen von unten, welche Weisen der Vergesellschaftung nach verschiedenen Formbestimmungen sind erforderlich, und welche Möglichkeiten selbstverwalteter Kooperation, gegenseitigen Lernens, gegenseitiger Hilfe bestehen dennoch? Dies im Detail darzustellen, ergäbe ungefähr 30 weitere Themen, bequem gerechnet.

BESONDERS ODER HARMONISCH...

Im Brainstorming, 1. Absatz, ist auch der schlichte Nebensatz enthalten, „sowie branchenspezifische Fragen". Hinter dieser einfachen Feststellung verbergen sich gute 50 weitere Arbeitskreise, nämlich die „Branchen", ob sie nun schon selbstorganisiert sind oder noch nicht. Auch hier sorgt die europäische Perspektive für eine Zunahme der Komplexität. So gibt es in der BRD kaum metallverarbeitende Industrie in Selbstverwaltung, wohl aber in Frankreich, auch in Österreich; die baskischen Kühlschränke finden anderswo kaum ihr Pendant. Noch deutlicher wird dies in der Sphäre der sozialen und kulturellen Projekte, die der gelegentlich verengte Blick als eine Art bunten Einheitsbrei wahrzunehmen neigt: allein in der sozialen Sphäre wären unschwer an die 30 „Branchen" festzustellen, und in der kulturellen sind es kaum weniger. Eine Aufzählung erspare ich mir – und Euch.

An dieser Stelle habe ich zum ersten Male die Gelegenheit, an Hand eines Details auf die mir zugewiesene Frage „Was ist das Besondere an einer europäischen Entwicklung „von unten" und wie unterscheidet sie sich von den etablierten Entwicklungen zum EG-Binnenmarkt...?" einzugehen. Abgesehen vom Gemeinplatz, den ich als Österreicher nur noch einmal markieren will, daß eine europäische Entwicklung „von unten" weder an der EG noch an Osteuropa haltmachen darf, sondern Schweden, Norwegen, die Schweiz, Österreich, Island, die Türkei, Zypern und Malta ebenso miteinbeziehen muß, ist eher eine der bedrohlichen Entwicklungen zum EG-Binnenmarkt durch das Schlagwort von der „Harmonisierung" gekennzeichnet. Das Eurokratenjargonwort „Harmonisierungszwang" verdiente es, wie neulich auf einem Kongreß des Deutschen Kulturrates in Bonn zur Europafrage mit Recht ausgeführt wurde, als eines der ersten Wörter ins „Wörterbuch der europäischen Unmenschen" einzugehen: Alles wird unter einen Leisten geschlagen, und wehe der Besonderheit, gar der fortschrittlichen (etwa urheberrechtlichen oder ökologischen) Regelung, die dem jeweils vorhandenen Minimalstandard überragt – gnadenlos wird sie zwangsharmonisiert.

...ODER WIDERSPRÜCHLICH

Demgegenüber hätten die europäischen selbstverwalteten Projekte das Konzept einer „Harmonisierung von unten" zu stellen. Dies wäre charakterisiert durch eine größtmögliche (Be-) Achtung der Differenz, gleichwohl bei Wahrung aller dennoch möglichen Kooperationschancen, und durch die Neugierde und die Freude an avantgardistischen Errungenschaften alternativer Projekte in anderen europäischen Ländern. „Harmonisierung von unten" hieße hierbei die ölfleckartige Ausbreitung der Letzteren in andere Länder, selbstredend einschließlich der erforderlichen Anpassungen an die jeweiligen lokalen, regionalen und nationalen Bedingungen. Um dies an zwei gegensätzlich weit auseinanderliegenden Beispielen anschaulich zu machen: Wenn es schon der Fall ist, daß ein großer baskischer genossenschaftlicher Komplex Kühlschränke produziert, und wenn es gleichermaßen der Fall ist, daß bundesdeutsche Projekte und Intermediäre Kühlschränke kaufen – was spräche dagegen, hier bilaterale oder multilaterale Verträge zu schließen, die die Bedingungen der Ausbreitung der Mondragon-Kühlschränke nach Mitteleuropa zum Thema hätten? Allein die Einrichtung der erforderlichen Service- und Vertriebszentren würde etliche hundert Arbeitsplätze schaffen – nicht zu sprechen von den Möglichkeiten, die aus der Erörterung der Frage entstünden, ob vielleicht AN in Bremen oder Marketude in Lille in der Lage wären, Bestandteile für die Produktion hinzuzuliefern. Um zum anderen eine gänzlich verschiedene Ebene zu berühren: in Österreich wie in der Schweiz sind, im Gegensatz etwa zur BRD, alternative Schriftsteller/innen/verbände entstanden, die sich, in Negation zu etablierten Vereinen, dem öst. PEN- Club und dem Schweizer Schriftstellerverband, schon in den Siebzigerjahren gebildet hatten. Hierin läge ein Ansatzpunkt zur Europäisierung alternativer Autor/innen/verbände – zumal zu erwarten sein wird, daß der „Harmonisierungszwang" der Eurokraten dieser Berufsgruppe, wie auch anderen, noch viele Schwierigkeiten machen wird. Auch die in diesem Frühjahr begonnene Kooperation europäischer Alternativbanken stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar. Das letztgenannte Beispiel, das inhaltlich umstritten sein mag, zeigt gleichzeitig die mögliche Wertschätzung der notwendigen Differenz in der Praxis auf. Es ist bekannt, daß die Vertreter/innen der Tauschbank im proudhonschen Sinne die erfolgte Ökobank-Gründung für gefährlich halten (bislang ist allerdings meines Wissens keine Tauschbank gegründet worden), zum anderen müßte sich die Ökobank, aus ihrer Sicht, mit so etwas sektiererischem wie die Tauschbank erst gar nicht abgeben. In solchen Fällen wären für beide Gegenstände AGs abzuhalten: mag sein, daß die Ökobank in europäischer Vernetzung unbestritten für alternatives Produktivkapital, Hypothekarkredite etc. fungiert, während Tauschbanken ihren Stellenwert hinsichtlich beispielsweise Vollkommunen, ländlicher Produktionsgenossenschaften, Sozialprojekten etc. etc. gewinnen... Und, um noch diesen fälligen Schlenker zu machen: Vielleicht gibt es wenigstens auf europäischer Ebene eine alternative Versicherung, die keine Geschäfte mit Südafrika macht, und die deshalb für bundesdeutsche Joint Ventures in Frage käme.

UND NOCH MEHR THEMEN...

Weitere Themen einer europäischen Projektemesse im Umfeld von Produktion und Erwerbstätigkeit könnten die folgenden inhaltlichen Komplexe betreffen:

- die Bildung internationaler Genossenschaften und ihre rechtlichen, kulturellen und sozialen Bedingungen;
- die Abgleichung nationaler Rechtsnormen in Bereichen der Selbstverwaltungswirtschaft, besonders des Genossenschaftswesens;
- Entwürfe „von unten" für ein differenziertes, antwortvielfältiges europäisches Genossenschaftsrecht;
- Möglichkeiten der öffentlichen Forschung und der integrierten Finanzierung, einschließlich der Widersprüche zwischen lokal/regionaler und europäischer Förderung;
- Differenzen und Innovationen im Beratungswesen; – unterschiedliche Lohnformen: Tariflohn, Einheitslohn, Bedürfnislohn, Naturallohn, Ertragsbeteiligung;
- Umgang mit Konflikten in selbstverwalteten Projekten und kulturell bedingte Unterschiede;
- örtliche Beschäftigungsinitiativen und ihre Übergangsmöglichkeiten zu stabilen Einheiten alternativer Ökonomie;
- nicht-integrativer und kulturell differenzierter Umgang mit im Betrieb erforderlichen Fertigkeiten: Buchhaltung, EDV-Einsatz, Marketing, Kreditwesen, Vertrieb;
- Fragen der Regionalentwicklung;
- International unterschiedlicher Umgang mit instabilen Beschäftigungsverhältnissen (in der BRD ABM, in Österreich Aktion 8000...) und mögliche Optimierungsformen im Sinne der Selbstverwaltungswirtschaft;
- europaweit unterschiedliche Erfahrungen mit der Übernahme von Konkursbetrieben sowie anderer Belegschaftsbetriebe;
- unterschiedliche Dichte und Konzeption wenigstens zeitweise erfolgreicher regionaler Vernetzung;
- Alterssicherung in selbstverwalteten Betrieben;
- Formen anderer sozialer Absicherung in selbstverwalteten Betrieben;
- Generationsprobleme und Fragen des Nachwuchses in denselben.

Womit wir, alles in allem, schon bei über 200 differenzierenden Einheiten/Themenstellungen der Europäischen Projektemesse wären, was indes immer noch die Ironie aufweist, als „Arbeitsgruppen" Zusammenkünfte von über 100 Personen vorzusehen. Dies ändert sich auch noch nicht wesentlich, wenn wir einige notwendige übergreifende Gesichtspunkte hinzufügen, nämlich die Folgenden:

- national und subkulturspezifisch unterschiedliche Utopien und/oder Prognosen einer zukünftigen Selbstverwaltungswirtschaft;
- qualitative Forschung und quantitative Untersuchung im selbstverwalteten Umfeld, einschließlich ihrer Vernetzung, der Vermeidung von Konkurrenz, und den Möglichkeiten ihrer Finanzierung.
- politische Außenvertretung der auf Selbstverwaltung gerichteten Absichten;
- Interventionsmöglichkeiten im Interesse eines „Endes der Eiszeit" bei den diversen politischen Parteien und Fraktionen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene;
- die mögliche Rolle von Stiftungen für die Konsolidierung und Ausbreitung alternativer Projekte und ihrer Zusammenhänge;
- Projektübergreifende Innovationen (z.B. Alternative Wohlfahrtsverbände, Unterstützungsgruppen vom Typus Netzwerk Selbsthilfe oder anderer Konzepte...).

ÜBER EUROPA HINAUS

Hinzu käme selbstredend noch die Ausdifferenzierung von Fragestellungen, die sich auf Osteuropa oder auf die Dritte Welt beziehen. Als zentrale Aufgabe, und dies bereits im Vorfeld, erscheint mir dabei die Durchquerung all dessen, was uns hierbei unter oft gänzlich anderen politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen als Keimformen der Selbstverwaltungswirtschaft zu erscheinen vermag. Schon in der BRD, in Österreich und in der Schweiz kann z.B. unter „Genossenschaft" außerordentlich Unterschiedliches verstanden werden, vom hierarchischen Großapparat ohne jegliche Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder, deren Rechtsform nicht zufällig an die der Aktiengesellschaft rechtlich angenähert worden ist, bis zu authentischen Produktionseinheiten einer Selbstverwaltungsgesellschaft. Umso weiter geht diese Schere in anderen Teilen der Welt auseinander: von Grundformen, sei es einer noch nicht vernichteten Stammesgesellschaft oder auch eines real existierenden Sozialismus, der fraglos realer ist als der „real exisitierende Sozialismus", bis hin zu Instrumenten bloßer individueller Bereicherung unter Vernachlässigung des Solidaritätsprinzips eines gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs. Das Dilemma von Berlin oder Heidelberg, oder auch von Frankfurt, Nürnberg oder Kassel aus gesehen, liegt auf der Hand: Die Mitte zu finden zwischen einer bloß verlängerten, diesmal halt „alternativen" oder „selbstverwalteten", Entwicklungspolitik – in diese Kategorie fielen gleichwohl zu behandelnde Gegenstände wie Alternativtourismus, 3.-Welt-Handel, wenigstens Teile der Nicaragua-Solidarität – und einem absentistischen Bezug auf die an sich zutreffende Formel der „Self-Reliance", der die Völker der 3. Welt nicht nur auf „die eigene Kraft vertrauen", sondern auch aus eigener Kraft verhungern läßt. Und hier wissen wir allesamt zu wenig. Soll die europäische Perspektive des „Endes der Eiszeit" nicht zu einer eurozentrischen werden, wird uns nichts anderes übrig bleiben, als vor, während oder nach der Projektemesse unsere blinden Flecken mit Augengläsern auszustatten.Dies betrifft schon einmal die Lage der Selbstverwaltung in Japan, in den ostasiatischen Staaten unter japanischer Hegemonie, in Australien und Neuseeland – ein Dutzend industrialisierter Staaten, über deren Alternativen in den bislang letzten Jahrzehnten in mitteleuropäischer Literatur bestenfalls in Fußnoten zu lesen war. Aber die Fragen gehen weiter: Was von den ehemals hochgelobten chinesischen Volkskommunen ist im Wechselbad zwischen Mao Tse-Tung und Deng Hsiao-Ping übriggeblieben, das noch den Namen verdient? Wie viele Gruppen vertrauen noch in Tansania auf die eigene Kraft? Wie leben sie? Was produzieren sie? Wie haben sich die israelischen Kibbuzim seit 1967 entwickelt und wie stehen sie der Intifada gegenüber? Und gibt es denn überhaupt keine arabischen, palestinensischen, syrischen, ägyptischen Alternativen – und nur noch Ölscheichs, Konzernniederlassungen, Einzelbauern mit Familienclans und Privatbanden in dieser Region? Ist die gesamte jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung pleite gegangen, oder behaupten dies bloß einfachheitshalber die westlichen Medien? Sowenige Berichte, so viele Fragen, um Brecht zu variieren. Gerade deshalb wäre es schon im Vorfeld wichtig, mit 3. Weltgruppen, BUKO, Osteuropakomitees umfassend zu kooperieren und diese, wie weitere, sinnvolle Fragestellungen, zu erarbeiten. ●

Fortsetzung folgt

Rolf Schwendter Foto: Archiv

BUNT UND RUND

Europäische Projektemesse lieber in Leipzig?

Am 29. September trafen sich im Mehringhof Menschen aus wenigen Berliner Projekten mit Leuten aus der Berliner Planungsgruppe und Netzwerk Berlin. Die Diskussion wurde zu einem sachlichen Austausch über konträre Positionen zur Europäischen Projektemesse: Netzwerk Berlin hatte am selben Tag in einem Kritikpapier Skepsis gegenüber dem Vorhaben geäußert.

Von Kurt Regenauer, ehemalige Planungsgruppe Berlin ● Ein Fazit des Berliner Vorbereitungstreffens zum Ende der Eiszeit entspricht durchaus dem Ergebnis der Vorrecherchen der dortigen Planungsgruppe: Offene Fragen werden formuliert – Skepsis wird geäußert und Kritik wird vorgebracht. Eine Europäische Projektemesse – auch in Westdeutschland nicht als „Selbstläufer" geboren – wird in Berlin von relevanten Teilen der Szene (und keineswegs nur dem Netzwerk) mit Desinteresse aufgenommen, wenn nicht gar mit Mißtrauen beäugt. Eine Totalbeschickung der gesamten Berliner Projektelandschaft ergab genau 1,6 %, wenn auch positiven, Rücklauf.

Die Vorlage einer Projekteskizze mit Zeitplan konnte zwar sicherlich etliche Mißverständnisse aus der Welt räumen. So wurde auch dem Netzwerk Berlin klar, daß keineswegs daran gedacht ist, die Projektemesse nur mit selbstverwalteten Betrieben und rein gewerblicher Orientierung durchzuführen. Auch konnte der Vorwurf nicht aufrecht erhalten werden, Ideen und Öffentlichkeitsarbeit würden sich auf Subventionsinteressen beschränken, da die bisherige Vorbereitungsarbeit in weiser Voraussicht peinlich darauf bedacht war, Kontakte zu Offiziellen zu vermeiden.

Dennoch: die „Eiszeit" der Unterstellungen und der Gerüchteküchen ist noch lange nicht zuende und es scheint ein weitaus längerer Weg als angenommen, ehe wirklicher politischer Austausch möglich wird. Eine Blockbildung und Lagermentalität bleibt wirksam, die aus dem Blickwinkel maßgeblicher Berliner Kreise andere Meinungen zur Sünde macht.

So fragt Netzwerk Berlin z.B. verärgert (in seiner Stellungnahme vom 28.9.1989), warum in bisherigen Verhandlungen geäußerte Einwände gegen die Notwendigkeit der Messe noch nicht Gedankengut von Leuten geworden ist, die eine Messe organisieren wollen und sich lediglich den Luxus leisten, anderer Auffassung zu sein. Loyalitäten werden eingeklagt, wo Auseinandersetzung angebracht wäre.

Zur Zielsetzung und Durchführung

Thema verfehlt... ?: Eine Europäische Projektemesse und eine Organisation zur Trägerschaft einer solchen sind eine Vorbereitung auf den EG- Binnenmarkt, bei der sich eine Eigendynamik in Richtung Kommerz entwikkeln muß. Mögen die InitiatorInnen auch etwas anderes beabsichtigen („Europa von unten"), wird in Wirklichkeit nur eine Stärkung des Binnenmarktes und der Europaidee erzielt, da die Veranstaltung zu groß angelegt ist, um überschaubar zu bleiben. Besser wäre ein Projektetreffen zur Kritik des Europäischen Binnenmarktes.

...oder Vorbereitungsprozeß verschlafen?:
Eine Europäische Projektemesse wird der Tatsache gerecht, daß auch Projekte ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen unter internationalen Gesichtspunkten definieren müssen. Werden vor den neuen Sachlagen im Rahmen des Binnenmarktes die Augen verschlossen, kapituliert die Alternativ- Ökonomie vor den Sachzwängen der etablierten Europa-Entwicklung. Dies entscheidet sich nicht an der Überschaubarkeit einer Großveranstaltung, sondern an Willensbildungsprozessen von qasi-programmatischem Rang im Vorfeld.

Wasserkopf institutionalisiert... ?:
Eine Organisation zur Durchführung einer Europäischen Projektemesse zeugt von mangelnder Verbundenheit mit den Projekten selber, die andere Sorgen haben. Durch die Hintertür wird so ein Dachverband „der Projekte" entstehen, der in Wirklichkeit nur Interessen von Institutionen repräsentiert.

... oder politischen Prozeß in die Gänge gebracht?:
Im Prinzip ist es nur wichtig, daß zur Vorbereitung der Projektemesse alle eingeladen sind, die kritische Arbeit unter der ausgewählten Themenstellung leisten wollen. Eine Auftaktveranstaltung wählt ihre Eingrenzung und verhindert Ausgrenzung durch Festlegung des gewünschten Organisationsgrades (Projekte e.V. oder nicht). Im Mittelpunkt steht jedoch keine Institutionalisierung, sondern inhaltliche Arbeit für das Fernziel Projektemesse.

DER DIALOG

Unter solchen Voraussetzungen gestaltet es sich allerdings auch als eine hochnotpeinliche Angelegenheiten, Eisberge zum Schmelzen zu bringen, die bisher einer wirklichen Kommunikation, d.h. auch dem Austausch zwischen regionalen Diskussionen im Wege standen. Dabei ist dieser Mißstand auf der Erscheinungsebene durchaus in aller Munde. Eine eklatante Schwäche, wirkliche Kontroversen aufzunehmen und auszutragen, durfte in dieser Szene eigentlich schon immer jeder größeren Diskussionsveranstaltung prophezeit werden... und war auch in der Vergangenheit nur zu oft Makel wichtiger bundesweiter Treffen.

So blieb es etwa den letzten Bundestreffen der Netzwerke und ihrer Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG-Netzwerke) vorbehalten, lediglich dieses Manko festzuhalten. Dort angelegte Differenzen über die Zukunft der Netzwerke (pol. Faktor vs. Dienstleistungsfunktion), die auf Treffen in Köln und Bremen erkannt wurden, kamen nie von der Ansprache zur Aussprache. Dafür entluden sie sich in der Folge in provozierende Papiere derjenigen aus Nürnberg, die sich übergangen fühlten (CONTRASTE 12/87) und von anderer Seite per se als „diskussionsunwürdig" erklärt wurden. Das letzte Treffen der Netzwerke (im Juni in Lübeck) vermochte dann nur noch, sich in Arbeitsgruppen zu verkriechen und führte zur Funkstille, sobald ProtagonistInnen des Streits aufeinandertrafen... plenar ließ sich hingegen höchstens noch in der Sonne baden.

LIEBER RUND UND BUNT...

Aber nicht nur bei den Netzwerken ist der Diskussionsprozeß über die Zukunft der Selbstverwaltung und ihrer Szene außer Rand und Band geraten. Allerortens, ob in Projekten, Betrieben und Initiativen, in der Auseinandersetzung zwischen, in und um Verbände und/oder mit der oder um die Ökobank kam so einiges aus den Fugen, um dann im Beleidigtsein oder im drögen Alltag zu versakken. „Erst verloren sie ihr Ziel vor den Augen... dann verdoppelten sie ihre Geschwindigkeit!", wie Netzwerk Berlin noch im vergangenen Jahr titelte (anläßlich seiner 10-Jahr- Feier). Eigentlich wäre fortzufahren „... und dann herrschte Schweigen im Walde!".

In der Tat: nichts nervt mehr als das Nebulöse und die Diffusität dieser Szene... außer, wie sie sich auch darin ergibt. Ersoffen in der eigenen Bedeutungslosigkeit wird der graue Alltag der Sachzwänge des Marktes, der Kriterienkataloge der Töpfe, des Managements der Abrechnungen und Verwendungszwecknachweise sowie der „Effizienz" (nicht mehr des Sinns) von Selbstorganisation zum Maß aller Dinge. Die Vielfalt – einst durchaus eine Stärke der Alternativen – verkommt zunehmend zur Einfalt.

Dabei ist es keineswegs diese Sicht der Dinge, die bei in Berlin begonnenen Auseinandersetzungen um den Sinn der Europäischen Projektemesse strittig wäre. Umstritten ist vielmehr, was in einer solchen Situation zu tun ist und welche Auswege bestehen.

Die einen (gemeint sind einige der KritikerInnen vom Ende der Eiszeit) suchen einen Sammlungsprozeß radikaler Alternativen auf antikapitalistischer Grundlage. Sie versuchen dies, ansetzend an der Praxis des Projektalltags und regionalen Problemlagen, durch die mühselige Kleinarbeit von Information, Aufklärung und Beratung und entwickeln Strukturen für wohlvorbereitete Seminare und überschaubare Veranstaltungen. Sie warnen hingegen davor, sich (wie bei der Projektemesse) in Ansprüchen von internationaler Relevanz zu verheben und befürchten einen Selbstlauf zur Institutionalisierung und (ungewollten) Stärkung der Europaidee.

Die anderen (gemeint sind einige der AufruferInnen zum Ende der Eiszeit) suchen stattdessen einen Klärungsprozeß im Dialog quer zu allen gesellschaftlichen Gruppen. Sie propagieren eine Einheit der Vielfalt, die in einem gemeinsamen Aufbruch all derjenigen bestehen soll, die einen Gegenmodellanspruch verfolgen. Das Ziel ist in der Tat, eine Diskussion mit Breitenwirkung in dieser bunten, dann aber auch runden Selbstverwaltungsszene in unserem Land zu beginnen, da sie versucht, von Anfang an auf einer Art „Prüfstand der Weltbühne" zu bestehen. Denn eine internationale Relevanz wird in jeder politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aktivität der Projekte gesehen, ob sie in einem Seminar zur Sprache kam oder nicht. Diese Position warnt vor einem rein technisch-pädagogischen Ansatz zur Behebung von Kommunikations- und Identifikationsschwächen und sieht die Gefahr, sich in Kleinarbeit zu verzetteln, Entwicklungen des Binnenmarktes dabei aber (ungewollt) zu verschlafen.

Wer soll mit wem reden?

Alternativszene zu diffus... :
Der Begriff Projektemesse umfaßt eine inhaltliche Diffusität, die für den Selbstverwaltungsbereich charakteristisch ist. Eine klare antikapitalistische und antipatriarchale sowie gegen imperialistische Metropolen gerichtete Stoßrichtung sollte stattdessen eher Ausgangspunkt einer internationalen Sammlungsbewegung sein. Die Bandbreite von Positionen bis ins „New Age" verhindert eine klare Orientierung.

... oder Antikapitalismus neu zu bestimmen?:
Angesichts der bundesweit und international zu beobachtenden Unschärfe und Krise linker Theorie und Ideologie ist es vermessen und dogmatisch, Vorabfestlegungen zu treffen. Es gibt im Kapitalismus keine „antikapitalistischen Projekte" mit Aussicht auf Erfolg, wohl aber Menschen, die Gegenmodelle suchen. Eine Differenzierung ihrer Positionen soll im Prozeß inhaltlicher Auseinandersetzungen erfolgen, also in programmatischen Diskussionen der Planungsgruppen.

... ALS AUSSER RAND UND BAND!

Denn aus den Fugen gerät sicherlich derzeit in erster Linie eine Entwicklung in Europa und hauptsächlich in unserem eigenen Land, der ursprünglich all diese Projekte ihre Modelle entgegenstellen wollten. Der „goldene Westen" und hier gerade das „Modell Deutschland" entwickelt eine Ausstrahlung von beängstigender Hegemonie. Wer hier mit wem Modelle gegen was entwikkelt, ist denkbar unscharf geworden.

Forderungen nach einem Dialog um gesellschaftliche Alternativen werden aus der Perspektive anderer Länder zwangsläufig zum Tagesthema Nr. 1, da die gesamte Nachkriegsordnung in ihrem politisch- geistigen Fundament getroffen ist. Diese Krise ist da nicht nur die der anderen, sondern gleichzeitig eine Herausforderung für alle praktisch-politischen KritikerInnen des Kapitalismus in unserem Land. Was ist denn da wirklich noch machbar, Herr/Frau Nachbar?

Eine neue Aufbruchstimmung kann in dieser Situation sicher nicht herbeigeredet werden. Sie soll aber auch nicht zerredet werden. Was die Projekteszene in so einer Situation überhaupt noch kümmert, ist nicht nur eine Frage ihres Grundbedürfnisses, an dem vorbeigeplant werden kann , sondern sicher auch eine Nagelprobe darauf, was von dem Selbstverständnis der Alternativen überhaupt noch übrig geblieben ist.

Die CONTRASTE- Redaktion wird auf dem nächsten bundesweiten Vorbereitungsplenum (24.- 26.11. in der Krebsmühle/ Oberursel) dafür plädieren, noch nicht in die konkrete Vorbereitungsphase für eine Europäische Projektemesse einzusteigen, sondern zunächst den Diskussionsprozeß zu verbreitern.

Wenn denn nun wirklich alle Diskussionen der Projekte nicht über den Rand des eigenen Kiez hinausgehen können, kann es vielleicht eines Tages tatsächlich einfacher sein, eine solche Messe in Leipzig zu veranstalten, als dies in Berlin zu versuchen... ●

Sinnkrise durch regionale Kreise überwinden?

Politische Identität vor Ort definieren... :
Ein inhaltliches Zueinanderfinden der Projektszene ist ein Prozeß, der nicht an bestehenden, regionalen politischen Netzen vorbeigeplant werden darf. Dem ist eine internationale Kontaktaufnahme nicht förderlich. In Berlin müssen die Projekte mit der rot/grünen, neuen Situation fertig werden und können sich nicht in der Weltpolitik verzetteln. Die politische Praxis in der jeweiligen Region kann nur Ausgangspunkt sein, einen Standort festzulegen.

... oder internationale Verantwortung erkennen?:
In der – wesentlichen und äußerst lang konzipierten – Vorlaufphase wird auf regionale Schwerpunkte und Prozesse zurückgegriffen. In anderen Regionen hat sich erwiesen, daß es für den Selbstverwaltungsbereich zu wenig ist, seine Politik nur nach rot/grünen Töpfen zu orientieren. Außerdem haben auch regionale Fragen erhebliche internationale Relevanz und so kann es etwa niemand egal sein, ob Berlin zu einer Art Hongkong der DDR wird oder ob eine Europäische Projektemesse nun in Leipzig, Berlin, Frankfurt oder Lissabon stattfindet. Ein jeder solcher Messestandorte würde „unsere" Szene nur vor spezifische Fragen stellen, welche Rolle die BRD künftig politisch einnehmen kann. Erfahrungen der regionalen Praxis wären bundesweit auszutauschen, um auf dem Prüfstand einer internationalen Bühne zu bestehen.

AUS: NETZWERK RUNDBRIEF BERLIN NR.46 · 29.9.89

Europäische Projektemesse

Schenk mir einen bunten Luftballon

Zwar pfeifen es noch nicht die Spatzen von den Dächern, doch allmählich verbreitet sich die Neuigkeit: eine Projektmesse soll es geben, eine europäische gar, und stattfinden soll sie im Mai 1991 hier in Berlin! Einen Namen hat das Kind auch schon: „Ende der Eiszeit". Klingt doch gut, zugkräftig! Und eine Menge bunter Bilder stellt sich sogleich ein: ein hyperdimensionierter, weil gesamteuropäischer Markt, so vielfältig, so liebevoll harmonisch-chaotisch, richtig multikulturell! Alle sind begeistert, oder etwa nicht?
Ein regelrechtes Nest von stirnrunzelnden, hartnäckig bohrende Fragen stellenden, nur schwer hierfür zu begeisternden Menschen sitzt im Netzwerk. Mitte Juli trafen sich die SkeptikerInnen mit VertreterInnen der Planungsgruppe „Projektmesse" zum gemeinsamen Gespräch. Die dort von Netzwerk vorgetragene Kritik bezog sich sowohl auf die bisherige Organiationsarbeit der Planungsgruppe als auch auf die Ziele einer solchen europäischen Projektemesse. Der Reihe nach.

Bei der aufmerksamen Lektüre der verschiedenen Einladungsschreiben und Memos zur Projektemesse haben wir an folgenden Punkten Probleme gesehen: Der Kontakt zu den Projekten, die eine Messe überhaupt erst zur Projektemesse machen, wurde unserer Ansicht nach vernachlässigt. Noch bevor man internationale und nationale Geldtöpfe für die Finanzierung der Messe recherchiert, spricht man doch mit den Projekten, ob und in welcher Form sie eine europaweite Messe für sinnvoll halten, in welcher Weise sie sich daran beteiligen wollen. Skeptisch waren wir außerdem, weil die Ziele einer solchen Messe uns aus diversen Papieren heraus nicht deutlich wurden. Die extrem breite Palette angebotener Themen war uns entschieden zu diffus. Wir befürchten, daß ohne klare Themenvorgabe sich letztlich die Themen durchsetzen, die am besten mit den Finanztöpfen korrespondieren. (MEMO 4, 28. 8., S. 2: „Um insgesamt spruchreifer zu werden und auch den Bekanntheitsgrad zu erhalten, den - etwa auf UNESCO-, EG- oder Berliner Ebene - Haushaltsrelevanz voraussetzt, ist Öffentlichkeitsarbeit vonnöten.")
Das könnte - wenn auch vielleicht nicht beabsichtigt - dazu führen, keine Kritik von E 92 aus der Perspektive der Projekte zu formulieren, wie es unserer Meinung nach notwendig ist, sondern im Gegenteil ein schönes buntes Bonbon für E-92 zu inszenieren, um auch im Selbstverwaltungsbereich die Europaidee zu stärken, die in Straßburg und Brüssel erdacht und verwirklicht wird.
Der mit der Projektemesse beabsichtigte Spagat zwischen dem Aufbau multilateraler Handelsbeziehungen und der Organisation einer europaweiten APO überzeugt Netzwerk nicht. Das Mißtrauen gilt dabei nicht so sehr einzelnen Themen, sondern deren anscheinend beliebiger Bündelung nach dem Motto „Je größer desto bunter desto schöner". Bevor auf europäischer Ebene mit - zugegeben - großer Medienwirksamkeit diskutiert und organisiert wird, böte es sich doch an, auf der Grundlage bestehender Kontakte beispielsweise Treffen von Projekten zweier Länder zu veranstalten. Auf solchen Treffen könnte viel genauer geklärt werden, warum sich Selbstverwaltungswirtschaft wo in welchem Stadium befindet und wo es, bitte schön, warum lang gehen soll. Selbstverständlich gilt das Kapitalverwertungsgesetz nicht nur bei uns, doch gibt es, wie auch in den Arbeitsgruppen beim 10-Jahresfest von Netzwerk ganz deutlich wurde, allein innerhalb der Bundesrepublik und Westberlins derart unterschiedliche Rahmenbedingungen für selbstverwaltete Projekte, daß eine über „good vibrations" hinausgehende gemeinsame Diskussion auf europäischer Ebene doch etwas unwahrscheinlich erscheint. Wenn es jedoch vorrangig darum gehen soll, daß sich alle mal mit allen unterhalten können, warum ist dann ein derartiger hochgepupter Aufwand nötig?
Weitere Anfragen von Netzwerk sind: Haben oder hatten wir denn gerade eine Eiszeit für selbstverwaltete Projekte, falls ja, warum soll ausgerechnet E 92 das Ende dieser wie auch immer definierten Eiszeit bringen? Selbstverwaltete Projekte finden sich außer im wirtschaftlichen auch im kulturellen und sozialen Bereich, wieso bleiben die in der Planung der Projektemesse-Themen unberücksichtigt, obwohl davon auszugehen ist, daß sie alle an der Messe teilnehmen werden? Sind die nicht so wichtig für die „europäische Entwicklung von unten" (Einladung zur Auftaktveranstaltung)?
Es dürfte klar geworden sein, weshalb Netzwerk nicht begeistert die Mitarbeit in der Planungsgruppe für eine europäische Projektemesse aufgenommen hat. Beim Gespräch sind wir so verblieben, daß wir uns als kritische BebachterInnen verstehen, die an den Diskussionen um die Messe wohl teilnehmen, sich an deren Organisation beim augenblicklichen Stand jedoch nicht beteiligen. Das Memo 4 vom 23. 8. 1989, das uns inzwischen ins Haus flatterte, hat allerdings unsere Skepsis bestätigt, denn alle angesprochenen Probleme wurden hierin großzügig übergangen. Dies gilt für das dringend nötige Gespräch mit den Projekten ebenso wie für die Diskussion der Ziele einer solchen Messe. Wir müssen uns demnach überlegen, ob und in welcher Weise wir weiter für die Projektemesse aktiv sein wollen.

Christiane Eifert

DACHZEILE

Kasseler Aufruf an alle Frauen!

Ständig werden im Frauenhaus Opfer von Gewalt vermutet, die irgendwie „betreut" werden müssen. In der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, daß hier eine soziale Bewegung tagtäglich Selbstverwaltung lebt.

Ute Ahmad, Sozialpolitisches Forum Kassel ●

Während man auf Bundesebene eine „familienfreundliche Politik" propagiert, dieses schließt die ehrenamtlichen Dienste in den Bereichen der Kranken- und Altenpflege sowie die Kindesbetreuung ein, sind die Frauenhäuser ständig überfüllt. Dieses meint: Zu einem nicht unerheblichen Teil stehen Frauen für die Aufrechterhaltung des „nationalen Dienstleistungsbetriebes" nicht mehr zur Verfügung und ein betriebswirtschaftliches Kalkül, Einsparungen im Bereich der sozialen Infrastruktur, geht nicht mehr auf. Der Streik der Frauen zieht Repressalien nach sich, die sich leider häufig den Blicken der Öffentlichkeit entziehen. Dabei ist es an der Zeit zu skandalisieren. Auf der Projektemesse in Berlin 1991 bietet sich uns Frauenhausfrauen eine gute Gelegenheit. Aber auch der Weg kann schon das Ziel sein – womit ich sagen will, daß mit einer Kultur des Schweigens schon jetzt gebrochen werden sollte.

REPRESSALIEN NEHMEN ZU!

Spätestens auf kommunaler Ebene läßt sich das Ausmaß einer sozialen Katastrophe, demnach der Preis, welcher für die Sanierung des Bundeshaushaltes zu entrichten ist, ablesen. Hier sehen sich Frauenhausfrauen regelmäßig mit einer Haushaltssystematik konfrontiert, die eine Verwaltung sozialen Elends zu Ungunsten einer vernünftigen Sozialplanung vorsieht. Frauenhausfrauen drängen auf den Arbeitsmarkt und versuchen sich und ihren Kindern einen Zugang zum Bildungswesen zu erkämpfen. Die Kommunen hingegen verzichten auf die weitere Erschließung einer sozialen Infrastruktur (Kindergärten, Bildungseinrichtungen etc.) um Mittel einsparen zu können. Unter Verwendung völlig abstruser Konstruktionen versucht die Verwaltung ihre jeweiligen betriebswirtschaftlichen Interessen durchzusetzen: Plötzlich soll eine „Mutter-Kind-Beziehung" gestärkt werden und eine Unterbringung im Kinderladen ist daher nicht angezeigt. Da kann es z.B. in Köln geschehen, daß ein Mehrbedarfszuschlag für Alleinerziehende nach § 23 Abs. 2 BSHG vom Sozialamt nicht gewährt wird, weil Frau im Frauenhaus lebt. Die Ablehnungsbegründung berief sich auf die Mitwirkung der anderen im Frauenhaus lebenden Frauen bei der Betreuung des Kindes. Anhand von Dokumenten ließe sich in Berlin sicher eine Ausstellung organisieren, deshalb möchte ich nicht alles vorwegnehmen. Ich wollte lediglich exemplarisch aufzeigen, weshalb der alltägliche Kampf von Frauenhausfrauen, der nicht zuletzt für eine kommunale Selbstverwaltung arbeitet, in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird: Dieses hängt nämlich im Wesentlichen mit der allgemeinen Verrechtlichungstendenz und der einhergehenden Umformung von gesellschaftspolitischen Problemen in individuelle („private") zusammen. Jede einzelne Frau wird zur Verantwortung gezogen bzw. sanktioniert. Auf diese Weise wird nicht nur der Versuch unternommen, eine politische Opposition auszuschalten, sondern insgesamt werden Entscheidungsprozesse in den administrativen Raum hineinverlagert und die Kommunalparlamente geschwächt. Sozialpolitik findet schlicht und ergreifend nicht mehr statt. Gerichte entscheiden in letzter Instanz – und die hören „Gutachter" an.

„GEGENÖFFENTLICHKEIT SCHAFFEN"!

Es ist nicht nur so, daß Frauenhausfrauen über keine Lobby in Kommunalparlamenten verfügen, sondern Willensbildungsprozesse treten insgesamt zugungsten von Verwaltungsentscheidungen in den Hintergrund. Die Notwendigkeit von Öffentlichkeitsarbeit sowie einer außerparlamentarischen politischen Tätigkeit leuchtet daher ein. Also begab ich mich anläßlich der „europäischen Medienmesse", die vom 15.9.-17.9. stattfand und Gegenöffentlichkeit darstellen sollte, nach Amsterdam. Im Gebäude von „De Beurs van Berlage" waren weit über 200 radikale, unabhängige Medienmacher mit Ständen vertreten. Auf der ganzen Messe gab es lediglich einen Stand mit Frauenliteratur, Kinderliteratur war überhaupt nicht vertreten,. Es fehlte die „andere Hälfte" der europäischen Bevölkerung bzw. sie war nicht repräsentiert. Das müssen schon viele alleinerziehende Frauen, dieses sind zu einem hohen Prozentsatz zugleich Frauenhausfrauen, vorher gewußt haben; sie waren kaum aufgetaucht. Mit einem quengelnden Kind an der Hand versuchte ich mir einen Überblick über die zur Ausstellung gelangten Schriften zu verschaffen. Plötzlich hatte mein Kind Hunger und ich mußte die teure Scheiße kaufen (1 Orange = 1 Gulden). Sofern Du in Amsterdam niemanden kennst, kommen Übernachtungsgebühren hinzu etc.. Zusammen mit einem Kind zu verreisen, bedeutet immer, den doppelten Preis zu entrichten. Wieso waren keine Frauenhausfrauen auf der Messe? An Literatur mangelt es doch wohl nicht (Flugblätter, Plakate, Dokumente aus Gerichtsprozessen etc.) In der Gallerie Warmoestraat, einige Straßenzüge von „De Beurs" entfernt, konnte man/frau eine Ausstellung mit Collagen aus vornehmlich osteuropäischen Ländern besichtigen und einer Multi-Dia-Show beiwohnen. Hier vermutete ich auch die angekündigten Workshops, die den BesucherInnen einen leichteren Zugang zu Themen und Zusammenhängen, wie sie vielleicht noch von den OrganisatorInnen der Veranstaltung erlebt wurden, ermöglicht hätten. Hätten? Sämtliche Workshops entfielen. Riesige Hallen standen für die Ausstellung zur Verfügung, die sicher keine Abwertung erfahren hätten, wenn sie um einige während der Messe selbstproduzierten Werke von u.a. Kindern erweitert worden wären. Doch es standen weder Malflächen noch Farben zur Verfügung. War das Bemalen von Wänden nicht erlaubt?

Eine Performance von Siglinde Kallnbach auf dem Beursplein ist nicht repräsentativ; gerade so, wie „eine Schwalbe keinen Sommer macht". Auf den Besuch von Frauen und Kindern war man nicht vorbereitet.

Ganz anders hingegen nahm sich das erste bundesweite Vorbereitungstreffen für die geplante europäische Projektemesse aus. Dieses Treffen fand am 14.10. auf der „Krebsmühle" in Oberursel statt. Da für eine Betreuung der Kinder gesorgt war, konnte ich mich an Gesprächen beteiligen. Die Kinder spielten im aufgebauten Zirkuszelt und abends auf der Festveranstaltung trat der Feuerschlucker auf. Frühstück, Mittag-und Abendessen war für die Kinder kostenlos.

Dieses Vorbereitungstreffen galt der für 1991 in Berlin vorgesehenen Projektemesse. Berlin 1991 könnte für uns Frauenhausfrauen eine geeignete Plattform darstellen, weshalb ich eine selbstverwaltete Beteiligung vorschlagen möchte. Wir brauchen eine massive Öffentlichkeitsarbeit, um einer sozialen Demontage entgegenwirken zu können, die vornehmlich zu Lasten von Frauen und Kindern ausgetragen wird (Quotenfrauen mögen sich Hausangestellte halten können, Frauenhausfrauen jedoch nicht!). Wir könnten regionale Arbeitsgruppen mit VertreterInnen aus verschiedensten Frauenprojekten einrichten und überregional, auf den bundesweiten Vorbereitungstreffen, zusammenkommen, um uns auszutauschen. Desweiteren sollten wir nicht versäumen, Frauenhäuser und -projekte aus dem Ausland einzubeziehen.

Damit uns Frauenhausfrauen nicht wieder eine Ausgrenzung von gesellschaftlichen Ereignissen bevorsteht, bedarf es einer gezielten Vorbereitung für Berlin 1991. ●

GLÄSERNE KASSE

Abrechnung des Spendenkontos

Unter dieser Rubrik geben wir einen Überblick über die Gelder, die auf das Spendenkonto des CONTRASTE e.V. unter dem Stichwort „Projektemesse" (Ökobank e.G., Kto- Nr. 1.015350.6, BLZ 500 901 00) eingehen, was damit gemacht wurde oder, falls noch nicht ausgeben, welche Pläne bestehen.

Wer hat gespendet?

Übertrag aus dem Monat September 1989:	DM **15.400,-**
Backstern GmbH Berlin	100,-
Versiko GmbH Düsseldorf	1.000,-
L. Kraschinski Wuppertal	10,-
U. Aderholz Oldenburg	20,-
Gesamtsumme	**16.530,-**

...und was wurde ausgegeben?

Übertrag aus dem Monat September 1989:	DM **11.919,60**
Honorare	2.000,-
Kontogebühren	13,60
Reisekosten	150,-
Druck-, Kopier- und Portokosten	1.330,40
Gesamtsumme	**15.413,60**

Die Restsumme in Höhe von 1.116,40 DM soll für den Versand von Infos und für die Produktion dieser und weiterer Messezeitungen verwendet werden. Um das Erscheinen der nächsten Messezeitungen und die Sicherung der Kosten für die Koordination zu gewährleisten, benötigen wir dringend weitere Spenden auf das oben genannte Projektemessenkonto

Die AufruferInnen:
(Stand 30.10.1989)

Juppie & Piet (Ufa-Fabrik, Berlin); Waldemar Schindowski (ID, Amsterdam); Ricarda Buch (Weiberwirtschaft, Westberlin); Kurt Regenauer (Netzwerk Franken); Dachverband der Selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar (Heidelberg); Robert F. Mayer (Unternehmensverband Riedmühle); Helmut Bonn (taz-Mitarbeiter,Berlin), Gerhard Pomp (Berlin, Contraste-Mitarbeiter); Friedel Rohde (Friedels Fairsicherungsbüro, Westberlin); Rolf Schwendter (Kassel/Wien); Petra Inden (Krebsmühle); Karl Bergmann (Krebsmühle); Gerd Behrens (Berlin); Hans-Jürgen Kapust (Die Schnecke e.V., Düsseldorf); Regina Engel (Contraste Red. Kassel); Benita und Manuel Joswig- Costa (Kassel); Dieter Poschen (Contraste Red. Heidelberg); Maud Beeskow (Faprik Offenbach); Hans-Peter Martin (Software- Team, Oberursel); Diethelm Damm (BDP); Gabriele Herbert (ISS, ISO); Marlis Cavallaro (Frankfurt, Arbeitskreis Internationales des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens); AG SPAK Regionalbüro (Heidelberg); Fritz Warthenpfuhl (Darmstadt, ISO); Reinhard Neumann (Darmstadt, Georg- Büchner-Buchladen); Helmut Richter (Frankfurt, SOVA); Claudia Engelskirchen (Offenbach, Mainwerkstatt); Norbert Stricker (Heidelberg, Netzwerk Nordbaden); Hermann Eberle (Schwandorf, Ökostation Oberpfalz); STATTwerke e.G., Berlin; Eurofreak-Gruppe, Berlin; Robert Williams-Lohmann (Heidelberg, IG Medien); Radio 100, Berlin; BIRABOOM (Stetten); Eckehard Ensslen (Stuttgart, AGJF); die tageszeitung (Berlin, Vorstand); Hans-Christian Ströbele (Berlin); Herrmann Cropp (Osnabrück, Packpapier-Verlag); Angelika Müller (Heidelberg, Filmbüro BaWü); blätterwald e.G., Oberursel; Zukunftswerkstatt Saarland, Saarbrücken; Michael Weiß (MdB Grüne); Hans- Hermann Hann (LaVo der Grünen in Bayern, Erlangen); Fritz Weißmann (Bund f. Arbeitslose u. Existenzbedrohte, Nürnberg); Gitta Rabe (BAE Nürnberg); Christoph Paul (BAE Nürnberg); Arno Baumgärtner (BAE, Netzwerk Augsburg); Ingo Brodbeck (Regionalgruppe Ökobankini Bayern); Peter Hess (KOMM Mitarbeiter, Nürnberg); Angelika Fischer (Plärrer Mitarbeiterin, Nürnberg); Arno Huber (AG Spak Gesch.führung, München); Hias Kreuzeder (Biobauer und MdB Grüne); Josh Reuter (Jugend- Aktion-Zirndorf); Dirk Weinreich (Netzwerk Franken); Holger Melzer (Traunstein); Bärbel Benkert (Würzburg); Angelika Birnbacher (Traunstein); Elmar Rachle (Schweinfurt); Reinhold Sager (Kolbermoor); Margarete Bause (Sprecherin der Grünen im Bayerischen Landtag); Sabine Beushausen (Umweltinstitut München e.V.); Siegurt C. Kittel (Ökofonds, Augsburg); Rita Haberger (Starnberg); Josef Albrecht (Biobauer, Oderdingen); Hans Rießenberger (Netzwerk Landsberg); Doris Muscheler (Ökofonds, Landsberg); Harald Nestler (Geschäftsführung Ökofonds, München); Rolf Fahle (Landshut); Jürgen Wolff (grüner Stadtrat, Nürnberg); Monika Schleich (Traunstein); Max Baur (GAL Landsberg); Bertram Schneeweiß (GAL Landsberg); Christa Nesemann (AK autonomer Frauenprojekte, Berlin); Uwe Rosentreter (Stuttgart), Thorsten Eichler (Zentrum für Europäische Rechtspolitik, Bremen); Jürgen Sosna (Netzwerk Bremen); Harald Deerberg (für den Verbund der Fairsicherungsläden e. G. in Gründung); Peggi Nischwitz (Bildungswerk Anders Lernen, Barkelsby); Ökobank-Verein Berlin; Brigitte Runge (Berlin); Michael Ernst-Pörksen (Ufa-Fabrik, Berlin); Radio LoRa, München; Sabine Joswig (ASH Krebsmühle); Weiberwirtschaft e.V., Berlin; Westerwälder Initiativen und Betriebenetz; Matthias Hövelmann (ASTA Uni Aachen, Netzwerk Aachen); Bold Machine Coop Arl., Bologna; Terminal (Zeitung für Informatik, Kultur, Soziales), Paris; Sibylle Bartscher/Richard Herding (ID, Frankfurt); Clarisse Eiliatre Silva/Thomas Riepenhausen (Gondomar, Portugal); Druckcooperative Karlsruhe; Kommune Niederkaufungen; Anti- Drogen-Verein, Klein-Holz (Berlin); Altes Zechenhaus Silbernaal, Kraftzwerg e.V. (Clausthal- Zellerfel); Pestizid Aktions-Netzwerk (Hamburg); Kulturbüro 3. Welt, Cultur-Cooperation e.V. (Hamburg); Theta Wedding e.V. (Berlin); Umweltberatung der SOLE Nordbaden (Karlsruhe); Haus Einschlingen Quelle (Bielefeld); AG Eigenständige Regionalentwicklung Niedersachsen (Hannover); Bernhard Scholer (Netzwerk Selbsthilfe Hamburg); Autonomes Kulturzentrum Würzburg; Provinz 80, Programmkino GmbH (Kaiserslautern); Reinhard Schuba (Coesfeld); Bildungshaus Eichwald (Nunkirchen/Saarl.); Beate Augustin (Saarbrücken); Kulturladen e.V. (Konstanz); Kerstin Schaper, Frauen helfen Frauen e.V. (Oberursel); BAFF e.V., Berufliche Autonomie für Frauen, (Hamburg); jubif GmbH (Barsinghausen); Zünd-Satz GdbR Heidelberg (Peter Tejkl, Edit Stroganow)

Einladung zum

2. Koordinationstreffen vom 8. bis 9. Dezember 1989 in der ASH-Krebsmühle, Oberursel

Freitagabend um 20 Uhr Plenum (Vorstellungsrunde, Festlegung der Arbeitsgruppen), Samstag ab 10 Uhr Arbeitsgruppen.

Coupon:

Ich/wir melden uns zum 2. Koordinationstreffen Projektemesse '91 vom 8. bis 9. Dezember an.

Name: .....

Anschrift/Telefon: .....

Anzahl der Personen: .....

Wir kommen zum Plenum am Freitagabend/Wir können erst am Samstag (nichtzutreffendes bitte streichen)

Wir benötigen ..... Übernachtungsplätze (bitte denkt daran, Schlafsäcke, Iso-Matte oder Luftmatraze mitzubringen!!!)

Bestellung für die Messezeitung zum weiterverteilen zum Preis von 0,50 DM (Mindestbestellmenge 10 Stck):

O Wir bestellen ..... Exemplare der Messezeitung zum weiterverteilen. Den Betrag in Höhe von ..... DM haben wir in Briefmarken beigelegt.

O Ein Verrechnungsscheck liegt bei

Coupon einsenden an: ASH-Krebsmühle, z.Hd. Karl Bergmann, 6370 Oberursel 5

BRIEF AUS PORTUGAL

Liebe InitiatorInnen,

wir hatten hier in Porto gestern unser erstes Vorbereitungstreffen, an dem 12 Leute aus folgenden Bereichen teilnahmen: Kooperativen, Frauen, Kulturszene, Biol. Landwirtschaft, Psychoszene, Ökologie, sozio-politischer Bereich. Wir hatten hierzu nur einen kleinen Kreis eingeladen, haben Eure Initiative vorgestellt und diskutiert und teilen Euch hier unsere ersten Ergebnisse mit. Nächste Schritte: Erstellen eines portugiesischen Aufrufs, der Elemente von Eurem verwendet, aber auch darauf eingeht, was wir uns von einer portugiesischer Teilnahme erhoffen (s.u.). Damit wollen wir dann an Leute aus dem „alternativen Bereich" – der hier ganz anders, wohl auch weniger „alternativ" ist – herantreten, natürlich aus dem ganzen Land, und den Aufruf erst mit diesen (30 bis 50) weiteren Aufrufern veröffentlichen. Ihr könnt gewiß sein, daß wir Basisbewegungen jeglicher alternativer Couleur ansprechen; allerdings wollen wir politische Parteien (die sog. „Verdes" z.B.) nicht unter den Aufrufern haben, wohl aber nach Berlin chauffieren.

Die erste Antwort auf die Information, daß es darum geht, etwas für Mai 1991 vorzubereiten, war „Oh, Jesus!". Eure Initiative finden wir „sehr interessant" . In unserem Appell wollen wir die „Eiszeit" weglassen. Den Titel Europäische Projektemesse wollen wir ins Portugiesische übersetzen als: FEIRA EUROPEIA DE ALTERNATIVAS. Das Wort „projectos" hat in Portugal keinerlei alternativen Beiklang, wir überlegten uns auch kurz „Forum" statt „Feira", aber das klang uns dann doch zu einseitig das Diskutieren betonend. Schließlich findet unter dem Titel „Feira de alternativas" in zehn Tagen zum zweiten Mal die Messe des portugiesischen biologischen Anbauverbandes AGROBIO in Lissabon statt, so daß wir mit dem Titel sehr glücklich sind.

Wir haben nun natürlich nicht en detail Eure Vorschläge diskutieren können, sind aber grundsätzlich mit Euren zehn Foren einverstanden. Für uns wäre es sehr wichtig, die Vorbereitungsmaterialien auch auf (möglichst!) französisch oder englich zu kriegen, denn wir können nicht alles übersetzen, und so gerät die Basisdemokratie aus Sprachgründen leicht ins Hintertreffen. Wir möchten ein Beiratsmitglied aus Portugal benennen, sagen wir im November.

Wir gehen vom Tagungsort Berlin aus, da können wir leichter für motivieren, auch wenn es weiter ist. Wir glauben schon, daß wir Fahrtkostenzuschüsse von der EG kriegen, hätten aber gern Reisen unseres künftigen Beiratmitglieds bezahlt. Wir haben vor, eine größere Zahl Leute zur Messe zu bringen, also nicht nur die altbekannten Kader. Nach bisherigen Austauscherfahrungen Berlin/Portugal (seit 1983 mit dem Berliner Arbeitskreis für politische Bildung, Ansprechpartner: Marianne) wäre uns sehr wichtig, daß portugiesische Messebesucher bei Leuten aus der Szene privat wohnen, sich Betriebe usw. ansehen, möglichst – zumindest ein Teil – eine Woche länger, vorher oder nachher, die „Basis" anschauen und mitleben. Für einen kleineren Teil könnte man vielleicht auch politische Bildungsseminare damit koppeln – wenn wir schon mal so weit fahren. Das müßte natürlich nicht in Berlin sein.

In unserem Aufruf soll u.a. rein: Erfahrungsaustausch in Berlin; inhaltliche Vorbereitung in Portugal; im Vergleich können wir in Portugal das Besondere unserer Entwicklung wertschätzen lernen statt dem gängigen portugiesischen Minderwertigkeitskomplex...
Gutes Gelingen Eurer Tagung ●

Thomas Riepenhausen

STATT ZOFF IST DAS ZIEL

Zoff um den Finktopf

Bereits im Sommer letzten Jahres hatten sich 13 Frauenprojekte des AK Staatsknete entschlossen, im Rahmen des III. Teilprogramms der Qualifizierungsoffensive eine Beschäftigungsmaßnahme mit einem Qualifizierungsteil zur Absicherung ihrer Mitarbeiterinnen zu beantragen.

Ricarda Buch, Redaktion Frauen ● Leicht fiel den Frauenprojekten dieser Entschluß nicht, denn die Qualifizierungsoffensive des Berliner Senats wurde als arbeitsmarktpolitisches Instrument konzipiert und schien zunächst nicht auf kleine freie Träger zugeschnitten: Der Träger muß mindestens 15 ABM-Kräfte beschäftigen. Nach vielen Diskussionen gründeten die Frauenprojekte einen eigenen Kooperationsverbund innerhalb des Vereins AK Staatsknete, der als Antragsteller gegenüber dem Senat auftrat. Diesen Aufwand nahmen die Frauenprojekte in Kauf, um ihr politisches Ziel – die Anerkennung neuer Berufsfelder in Frauenprojekten – zu verwirklichen. Sollte tatsächlich das Berufsbild der Frauenprojektmitarbeiterin einmal anerkannt werden, setzt dies die Entwicklung von Qualifizierungsprofilen verschiedener Tätigkeitsbereiche der Projektarbeit voraus. Die Durchführung einer Qualifizierung von Projektmitarbeiterinnen ist für uns ein Schritt in diese Richtung.

Viele Frauenprojekte in Berlin werden auch aus dem Selbsthilfetopf (nach seinem Urheber auch Finktopf genannt) gefördert, doch decken diese Mittel leider nur Teilbereiche der Projektarbeit ab. Der Finktopf dient zur unzureichenden Finanzierung des sogenannten Selbsthilfeanteils der Projektarbeit, d.h. bezahlt wurde und wird die Anleitung unbezahlter Hilfsdienste. Bei Anträgen an die Selbsthilfeförderung mußten die Projekte „unprofessionell" arbeiten, um die Antragsvoraussetzungen zu erfüllen. Bei der Qualifizierungsoffensive hingegen ist professionelles Arbeiten gefragt, doch können über dieses Förderprogramm nur Langzeitarbeitslose eingestellt werden. Für kleine freie Träger, die gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten verrichten und über geringe Eigeneinnahmen verfügen, gibt es offensichtlich keine adäquate finanzielle Absicherung.

Der rotgrüne Wahlsieg im Januar diesen Jahres platzte mitten in unsere Antragsarbeit für ZOFF (Beschäftigungsverbund „Zukunftsoffensive für Frauen" des AK Staatsknete). Während einige unserer Mitstreiterinnen vor übertriebenen Hoffnungen warnten, schnellten die Erwartungen bezüglich der Absicherung von Projekten bei anderen in die Höhe. Schließlich hatten AL und SPD noch zu Oppositionszeiten Verständnis und Unterstützung für unsere Forderungen signalisiert. Während der Koalitionsverhandlungen brach bei uns hektische Betriebsamkeit aus. Plötzlich waren Modelle einer sinnvollen Projektförderung gefragt. Diese Situation löste in unserem Projekteplenum heftige Diskussionen über unser Selbstverständnis, unseren politischen Standort und unsere Ziele aus.

Immer noch ist für uns der Auf- und Ausbau von Erwerbsarbeitsplätzen für Frauen vorrangiges Ziel. Wir stellten fest, daß Frauenprojekte in allen gesellschaftlichen Bereichen tätig sind, sei es im Breich sozialer und kommunikativer Dienste bis hin zu den frauenuntypischen Berufsfeldern. Allen ist es ein Anliegen, Frauen eine eigenständige finanziell abgesicherte Existenz zu ermöglichen und die unsichtbaren Tätigkeitsfelder von Frauen ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken.

Ausgehend von diesen Überlegungen entwikkelten wir ein Modell zur Umstrukturierung des Finktopfs. Kern unseres Modells ist die Forderung nach einem eigenen Frauenbeirat, der über Anträge von Frauenprojekten aus allen Bereichen befinden soll und mit 50% der zu vergebenden Mittel ausgestattet ist. Projektförderungstöpfe sollen unserer Meinung nach bei allen Senatsverwaltungen eingerichtet werden, wobei Frauenprojekte bei der Mittelvergabe adäquat zu berücksichtigen sind. Diese Vorstellungen galt es nun mit anderen Vernetzungszusammenhängen abzustimmen und möglichst in die Koalitionsvereinbarungen einfließen zu lassen. Wir hetzten von Veranstaltung zu Veranstaltung, brachten überall unsere Forderungen ein, warfen diese teilweise wieder um und einigten uns schließlich auf ein gemeinsames Modell mit den gemischten Projekten, das mehr Transparenz bei der Mittelvergabe und Beteiligungsmöglichkeiten der Projekte vorsieht.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DAS FÖRDERKOMMISSIONSMODELL

Die Entscheidung, ob ein Projekt mit staatlichen Mitteln gefördert werden soll, trifft eine unabhängige Kommission. Über Anträge der Frauenprojekte entscheidet die Frauenförderkommission, die über 50% der zu vergebenden Mittel verfügt. Die Kommission der gemischten Projekte ist mit mindestens 50 % Frauen besetzt, die Frauenförderkommission besteht ausschließlich aus Frauen. Beide Kommissionen bestehen aus mindestens 7 Personen, zur Mehrheit aus Projektvertreterinnen. Die KommissionsvertreterInnen werden vom Projekteplenum bzw. vom Frauenprojekte-Plenum für 2 Jahre gewählt. Mindestens drei KommissionsvertreterInnen rotieren jährlich.

Die Verwaltung leitet den Antrag des Projekts an die Förderkommission weiter. Das antragsstellende Projekt sucht sich eine/n GutachterIn seiner Wahl. Das Gutachten geht an die entsprechende Kommission, die mit einfacher Mehrheit entscheidet. Die Verwaltung hat beim Entscheidungsverfahren eine beratende Stimme.

DIE FÖRDERKRITERIEN FÜR FRAUENPROJEKTE

Es sollen Gruppen gefördert werden, die Selbsthilfe im Sinne gegenseitiger Befähigung als gesamtgesellschaftliches Gestaltungsprinzip begreifen und fördern sowie freie Institutionen der Frauenbewegung, die an der Entstehung und Weiterentwicklung der Frauenkultur arbeiten und demokratische Entscheidungsstrukturen praktizieren. Spezielle Berücksichtigung erhalten freie Träger der Frauenbewegung, die

- neue Formen und Modelle z.B. in der Arbeitsorganisation, bei Entscheidungsstrukturen und der nicht hierarchischen Bewertung von Arbeit
- die Mitarbeit von Behinderten berücksichtigen
- sich als feministisch verstehen
- interkulturell und interdisziplinär arbeiten
- den Wiedereinstieg ins Berufsleben ermöglichen
- Mädchen zur Zielgruppe haben
- neue Formen von Erwerbsmöglichkeiten und Qualifikationsprofilen entwickeln.

Die maximale Förderungsdauer beträgt drei Jahre, nach zwei Jahren entscheiden die Kommissionen, ob nach dem 3. Jahr eine Regelfinanzierung, eine Weiterförderung unter anderen Bedingungen oder keine Förderung mehr erfolgt. Darüberhinaus wird gefordert, daß die Kommission häufiger tagt als bisher und sowohl die GutachterInnen als auch die BeirätInnen für ihre Arbeit bezahlt werden.

Kurz nach Verabschiedung des gemeinsamen Förderkommissionsmodells der gemischten und der Frauenprojekte war zu hören, die Entscheidungskompetenz läge beim AL-Sozialbereich.

Wir sahen unsere Forderung nach einem eigenen Frauenbeirat unter den Tisch fallen, denn im AL-Sozialbereich sind die Frauenprojekte nicht und die gemischten kaum vertreten. In der Tat, die Kritik entzündete sich denn auch an unserer Forderung nach 50 % der Mittel, einem eigenen Frauenbeirat und den Kriterien. Probleme hat der AL-Sozialbereich mit dem Wort „Frauenbewegung", denn für diese sei der Topf ja nicht gedacht. Gleichzeitig betont der AL- Sozialbereich, daß er die Forderungen der Projekte unterstützen will. Da fragt frau sich, welche Projekte gemeint sein können, denn das gemischte Plenum des AK besteht seit 1987 nicht mehr. Indessen haben die Frauenprojekte seit 1982 einen funktionierenden Zusammenhang – das Frauenplenum des AK. Dort treffen sich zur Zeit wöchentlich Vertreterinnen von ca. 20 Frauenprojekten. Insofern fragen wir uns, woher denn der AL-Sozialbereich seine Legitimation bezieht, über Forderungen von Frauenprojekten bestimmen zu können. Sollen Frauenprojekte, die in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen tätig sind, wieder in die soziale Ecke abgedrängt, als Minderheiten behandelt werden?

Verständnisvoller reagierten da die Politikerinnen und Frauen aus den Verwaltungen, sie sehen allerdings Probleme bei der Durchsetzung unserer Forderungen. Immer wieder bekamen wir zu hören, wie verbreitet doch die Männerbündelei in allen Bereichen sei. Hoffen wir das Beste für unsere Forderungen. ●

EUROPÄISCHE PROJEKTEMESSE

„Ende der Eiszeit" auch für Frauen?

Einige Frauen aus Berliner Frauenprojekten haben sich getroffen und über eigene Vorstellungen zur 1. Europäischen Projektemesse nachgedacht. Folgende Themenbereiche könnten wir uns als eigenen Beitrag zur Europäischen Projektemesse vorstellen:

- Die Ansprüche an Selbstverwaltung von Mitarbeiterinnen von Frauenbetrieben und -projekten
- Von der Selbsthilfegruppe zum Dienstleistungsprojekt – Wohin haben sich die Strukturen der Frauenprojekte entwickelt?
- Die Funktion von Frauenprojekten bei der Verbreitung feministischer Bildungsinhalte
- Die Schaffung von Frauenprojekten bei der Verbreitung feministischer Bildungsinhalte
- Aus- und Weiterbildung in Frauenprojekten

Vielleicht fallen Euch noch weitere Themen ein? Eine Europäische Projektemesse mit Beteiligung von Frauen hat allerdings nur Sinn, wenn sie von einer breiten Palette von Frauenprojekten und -betrieben getragen wird.

Wir laden Euch, die Mitarbeiterinnen von Frauenprojekten und -betrieben, am So. den 19.11.89 um 16 Uhr ein in die Schokofabrik, III. Etage, 1000 Berlin, Mariannenstr. 6 ein, um über eine mögliche Beteiligung von Frauen an der Projektemesse zu beraten und über die geplante Projektemesse zu informieren.

Wir hoffen auf Euer zahlreiches Erscheinen.

(Die 2. Gesprächsrunde von Projektmitarbeiterinnen zur Europäischen Projektmesse „Ende der Eiszeit")

REZENSION

SELBSTHILFE FÜR FAMILIEN

Die Studiengruppe für Soziale Selbsthilfe (Berlin) hat in Zusammenarbeit mit dem Institut Frau und Gesellschaft (Hannover) eine exemplarische Dokumentation und systematische Auswertung über Familien- und Nachbarschaftszentren herausgebracht. Im ersten Teil wird von Sabine Hebenstreit-Müller die Konzeption des Modellversuchs „Familien helfen Familien" vorgestellt, der für zwei Jahre staatlich gefördert und vom Institut Frau und Gesellschaft und dem Deutschen Jugendinstitut wissenschaftlich begleitet wird. Die sechs am Modellversuch beteiligten Zentren werden dokumentiert. Im zweiten Teil berichtet Brigitte Runge über verwandte Einrichtungen, die sie Anfang 1989 im ganzen Bundesgebiet und Berlin recherchiert hat; fast 50 dieser Zentren werden dokumentiert.

Mit dieser Darstellung liegt zum ersten Mal eine umfassende Dokumentation und Würdigung in hohem Maß selbstorganisierter Familienarbeit vor; aufgrund der Auswertung von über 50 exemplarischen Einrichtungen kann die Studie nahezu repräsentative Geltung beanspruchen. Der dargestellte Modellversuch zeigt beispielhaft die Weiterentwicklung von Familien-Selbsthilfeeinrichtungen durch wissenschaftliche Begleitung und finanzielle Unterstützung, die jedoch meist viel zu gering ist.

Die Dokumentation wirft ein Schlaglicht auf ein breites Spektrum von Einrichtungen sehr unterschiedlicher Größe, unter deren Dach Familien Hilfe zur Selbsthilfe gegeben wird: das sind zum einen Gruppen und Zentren, die speziell Familien ansprechen, zum anderen solche, deren Rahmen weiter gesteckt und auf Nachbarschaft zugeschnitten sind. Familienselbsthilfe hat sich in ganz unterschiedlichen Einrichtungen etabliert: Die Spannweite reicht von Treffpunkten alleinerziehender Mütter und Väter bis zu Familienbildungsstätten, von sozio-kulturellen Zentren, Nachbarschaftsläden bis zu Bürgerhäusern und Begegnungsstätten aller Art.

In ihrem familienpolitischen Fazit stellt Brigitte Runge nachdrücklich fest:

„Nicht Kleinfamilien in ihrer privaten Isolation, sondern nicht-patriarchale Eltern-Kind-Gruppen (H.E. Richter), „Netze" von Familien können in Zukunft Menschen so heranbilden, daß sie selbstbewußt, kritisch und aktiv versuchen, nicht nur ihr eigenes Leben zufriedenstellend zu bewältigen, sondern auch ihre soziale Umwelt mitzubestimmen und mitzugestalten."

Demgemäß sind auch die untersuchten Familienbildungskonzepte wesentlich stärker gesellschaftspolitisch orientiert als man annehmen sollte. Zweifellos ist es notwendig,

„Solche familienpolitische Neuorientierung nachdrücklich zu unterstützen, obwohl ihre Grundideen nicht neu sind. Durch Kommunikationsmöglichkeiten, Treffpunkte, Eltern-Kind-Gruppen, die ihre Erziehungsprobleme und ihr Alltagsleben miteinander diskutieren und zu bewältigen versuchen, und durch Selbsthilfegruppen werden Teile des individuellen Alltags aus der Enge der Klein- und Kleinstfamilie in breitere menschliche und gesellschaftliche Zusammenhänge verlagert, dadurch entlastet und befreit.

Es fehlt allerdings immer noch an ausreichender Förderung, die solchen sozialen Experimenten – die unsere Gesellschaft so dringend braucht – eine Existenzgrundlage gibt. Hier sind vor allem die offiziellen Stellen – Kommunen, Landkreise, Länder- und Bundesministerien, Wohlfahrtsverbände und Kirchen – aufgerufen, in größerem Maßstab als bisher finanzielle Mittel – nicht zuletzt als Hilfe zur Selbsthilfe – zur Verfügung zu stellen."

Das Buch unterstützt die Kooperation von staatlichen und kommunalen Stellen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen mit solchen selbstorganisierten Einrichtungen und Gruppen. Vor allem aber unterstützt es alle Einrichtungen, die in diesem Bereich der Familien-Selbsthilfe arbeiten: Es bietet ihnen die Möglichkeit, Kontakte zueinander zu knüpfen, Erfahrungen miteinander auszutauschen und Probleme gemeinsam zu lösen. Hilfreich ist dabei ein Adressenverzeichnis mit ca. 120 Einrichtungen und Gruppen und ca. 40 wichtigen Anlauf- und Vernetzungsstellen. Das Buch wendet sich auch an SozialpädagogInnen und FamilienpolitikerInnen, es gibt Einblicke in einen wichtigen, der breiten Öffentlichkeit wenig bekannten Bereich der Selbsthilfe.

Zwei kritische Anmerkungen zu dem Buch sind aus meiner Sicht zu machen: Zum einen erfährt man allzu wenig über den – für die Praxis doch sehr wichtigen – Prozeß der schrittweisen Entwicklung der an dem Modellversuch beteiligten Einrichtungen zu wirkungsvoller Familien-Selbsthilfe und insbesondere über die Rolle, die sozialwissenschaftliche Beratung und Begleitung dabei gespielt hat. Und in dem Beitrag von Brigitte Runge wäre im Zusammenhang mit ihren interessanten Befunden über die gesellschaftspolitische Orientierung vieler Familien- und Nachbarschaftszentren ein Eingehen auf die aktuelle familienpolitische Diskussion wünschenswert. Unbeschadet dessen ist das Buch eine wichtige Informationsquelle und Arbeitshilfe für alle, die in diesem Bereich der Sozialen Selbsthilfe tätig sind oder aktiv werden wollen. ●

Fritz Vilmar, Redaktion Heidelberg

Sabine Hebenstreit-Müller, Brigitte Runge: Familien helfen Familien. Dokumentation eines Modellversuchs und vergleichbarer Gruppen und Einrichtungen. Berlin, Oktober 1989. Zu beziehen direkt bei der STUDIENGRUPPE FÜR SOZIALE SELBSTHILFE, Kurfürstenstr. 83, 1000 Berlin 30 oder über den Buchhandel. 132 Seiten, DM 16,--.

UTOPIE REGIONALER SELBSTVERWALTUNG

2009 – 2029: 20 Jahre Netzwirtschaft

Von S. Flor, Redaktion Heidelberg ● Zwanzig Jahre sind mittlerweile seit der Institutionalisierung der Netzmärkte vergangen. Damals, im Jahre 2009, versuchte man die im Gefolge der Großen Wirtschaftskrise entstandenen Selbsthilfeeinrichtungen zu konsolidieren und im Rahmen der seinerzeit natürlich sehr bescheidenen Möglichkeiten auch zu fördern. Während in jenen Tagen kaum jemand daran dachte, daß es sich um mehr als bloße Nothilfeeinrichtungen handeln würde, haben sich die Netzmärkte heute zu einem selbstverständlichen Teil der dualen Wirtschaftsstruktur entwickelt.

Es ist jedenfalls kaum noch vorstellbar, daß so unterschiedliche Dinge wie etwa Lebensmittel und moderne Telekommunikationseinrichtungen in nur einem ökonomischen System vermittelt werden.

Diese Entwicklung wird nur verständlich, wenn man zurückblickt auf die eindimensionale Wirtschaftsstuktur der Vorkrisenzeit und dabei auch die sozialen und ökologischen Implikationen dieser Wirtschaftsform berücksichtigt. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die frühen Versuche mit alternativen Produktionsverfahren in der sogenannten Selbstverwaltungswirtschaft. Vieles von dem, was unter den Bedingungen der alten Marktwirtschaft nur ein Schattendasein führen konnte, wurde später in der Netzwirtschaft gängige Praxis. Vor allem für viele jüngere Mitbürger ist es heute kaum begreiflich, weshalb diese positiven Ansätze nicht schon sehr viel früher eine Reform der alten Marktwirtschaft einleiteten. Jedoch muß man sich vergegenwärtigen, daß gerade die ökologische Herausforderung noch vor knapp sechzig Jahren etwas vollkommen Neues war. Die erst ab 1970 ins allgemeine Bewußtsein rükkenden „Grenzen des Wachstums" ließen die Ohnmacht traditioneller Reaktionsmechanismen nur allzu deutlich werden. Im Nachhinein betrachtet, war es vielleicht gerade die relative Flexibilität des alten Systems, welche das je vorhandene Engagement in wirkungslosen Appellen au die Politik verpuffen ließ, während vor fundamentalen Reformen die Augen verschlossen wurden.

DAS SCHEITERN DER MARKTWIRTSCHAFT

Es soll hier kein Beitrag zu der Kontroverse um die Ursachen der Großen Krise geleistet werden, doch dürfte es wohl unumstritten sein, daß die von Hoffnungslosigkeit geprägte Stimmung während der letzten Dekaden des alten Jahrhunderts eine zumindest indirekte Erklärung für das ungeheuer aufgeblähte Wirtschaftswachstum dieser Periode bietet. Mit gesteigertem Konsum wurde versucht, die unterschwellig weiter wirkende Angst zu überdecken. Wie ein Ballon wurde das Wirtschaftssystem immer weiter aufgeblasen, bis, ja bis der Crash diese Illusion zum Zerplatzen brachte. Bei der dann offen zu Tage getretenen Endzeitstimmung waren alle Versuche zur Wiederbelebung der Marktwirtschaft zum Scheitern verurteilt. Die von Resignation geprägte mehrjährige Rezession nahm ihren Lauf. Die in dieser Zeit auf lokaler Ebene entstandenen Nothilfeeinrichtungen waren die Vorläufer der heutigen Netzmärkte. Mit dem „Gesetz der Netzwirtschaft" wurde versucht, diese Selbsthilfeinitiativen zu konsolidieren und im Rahmen der damals natürlich sehr bescheidenen Möglichkeiten auch zu fördern.

Diesem Artikel beigefügt ist die offizielle Einführung zum „Gesetz der Netzwirtschaft" von 2009. Sie verdeutlicht, daß sich die Netzwirtschaft in ihren wesentlichen Punkten bis auf den heutigen Tag kaum verändert hat. Mit diesem Gesetz wurde erstmals die Möglichkeit eines autonomen Wirtschaftens auf regionaler Ebene geschaffen. Die entscheidende Neuerung, die dies ermöglichte, war wohl die Einführung der Verrechnungseinheiten als Zahlungsmittel der Netzmärkte, welche nicht umtauschbar gegen Normalwährung waren. Es ist allgemein bekannt, daß es sich bei den Verrechnungseinheiten um Buchgeld handelt – gerade dadurch blieb dieses Kriterium der Nichtkonvertibilität, der Nicht-Umtauschbarkeit von Verrechnungseinheiten gegen Normalwährung nicht nur eine leere rechtliche Vergabe, sondern konnte auch de facto durchgesetzt werden. Durch diesen, im Grunde simplen technischen Kniff wurde so etwas wie eine neue Dimension des Wirtschaftens eröffnet. Während es zuvor nur das eine, globale Marktsystem gegeben hatte, entstanden hier völlig neue Systeme. Aber die sehr viel weniger weitgehende Arbeitsteilung bedeutete natürlich, und auch dies war von Anfang an klar, daß es sich hier nicht um völlig autarke Wirtschaftseinheiten handeln konnte. So wurde denn auch mit dem Gesetz von 2009 der Charakter der Netzmärkte als Subsystem zum Marktsystem festgelegt: die Kapitalbildung hatte über Staat und Markt zu erfolgen. Über zunächst noch sehr bescheidene öffentliche Finanzierungsprogramme wurde die Versorgung mit Investitionsgütern wie auch der Aufbau einer adäquaten Infrastruktur durch die Unternehmen des Marktsystems vorangetrieben. Diese Programme trugen maßgeblich dazu bei, daß es nach der lang anhaltenden Krise wieder zu einem allmählichen wirtschaftlichen Aufschwung kam.

EIGENSTÄNDIGE GELDKREISLÄUFE

Zwar stieg, nachdem die Industrie ihr Tief zunächst durch die Fertigung von Produktionsmitteln für die Ko-operativen überwunden hatte, allmählich auch wieder das Angebot an Konsumgütern. Sicherlich hofften damals auch nicht wenige auf eine Rückkehr zum status quo ante, zu der Zeit vor der Krise also. Doch erwies es sich als unmöglich, den Einzelhandel alten Stils, eine Lebensmittelproduktion in großen Mengen sowie die Fertigung von Konsumartikeln in großen Serien wiederzubeleben. Speziell die Herstellung von materiellen Produkten aus den Bereichen Nahrung, Kleidung, Wohnung verblieb bei den Netzanbietern. Später kamen hier die Dienstleistungen vor allem im sozialen Bereich hinzu.

Erklärungen dieses Phänomens, die sich auf die finanzielle Förderung der Netzmärkte bei gleichzeitiger Beschneidung des Konsums im Marktsystem durch die hohe Mehrwertsteuer beschränken, greifen zu kurz. Auch das Sicherheitsbedürfnis, welches als Folge des traumatisch nachwirkenden Erlebnisses der Großen Krise dazu geführt hatte, die Versorgung aus lokalen Quellen vorzuziehen, reicht als Erklärung nicht aus. Wenn man den berühmten Mann oder die Frau auf der Straße befragen würde, wäre die Antwort wohl, daß die Produkte hier schlichtweg besser sind. Tatsächlich wären mancher der in relativ arbeitsintensiver Weise erstellten Waren im alten Marktsystem wohl der Luxuskategorie zugerechnet worden. Konkret bietet die Selbstbeschränkung auf Waren und Materialien der näheren Umgebung ein höheres Maß an Transparenz auch im Hinblick auf die natürliche Verträglichkeit der Produkte. Die Zusammenführung von Produktion und Konsumtion macht zudem die Verwendung von synthetischen Hilfsstoffen, wie sie in der Massenproduktion üblich war, unnötig und ökonomisch nicht lohnend. Um keine Kosten in Normalwährung einzugehen, beschränken sich die Netzproduzenten möglichst auf lokale Beschaffungsquellen. Eigenständige Geldkreisläufe haben eben auch zu eigenständigen Güterkreisläufen geführt.

Dies deutet bereits hin auf die Vorteile einer gut ausbalancierten Dualwirtschaft im Vergleich zur eindimensionalen Wirtschaftsstruktur. An das hypertrophe Wachstum der alten Marktwirtschaft werden wir ja auch heute noch allzu häufig durch die vielen Altlasten zum Beispiel der Chemie- oder Autoindustrie erinnert. Riesige Müllberge, Ressourcenverschwendung, Verschmutzung selbst der riesigen Ozeane, die Gefährdung der Biosphäre – die Liste ökologischer Katastrophen ließe sich lang fortsetzen. Forschung und Entwicklung hatten vor der Krise nur noch wenig mit den wirklichen Bedürfnissen der Menschen zu tun. Auf einen Schritt bei der Bewältigung realer Probleme durch technische Innovationen folgten mindestens zwei Schritte in die Gegenrichtung. Das Unvermögen, Ökonomie und Ökologie einander wenigstens anzunähern wurde in einzelnen Branchen wie dem Agrobusiness besonders deutlich. Obwohl die Naturschäden durch eine intensiv betriebene Landwirtschaft eklatant waren, obwohl die gesundheitlichen Schäden durch eine Fehlernährung mit synthetischen Produkten zunahmen und obwohl der Zusammenhang zwischen Überfluß in der nördlichen und Hunger in der südlichen Hemisphäre offenkundig war, schritt diese Fehlentwicklung immer weiter fort.

SACHZWANG IST GÖTZENDIENST

Kaum verwunderlich, daß es bei solchen Mißständen gerade in einem solch elementaren Bereich wie der Nahrungsmittelproduktion auch alternative Ansätze gab: Bio-Bauern und gesundheitsbewußte Konsumenten bemühten sich um natürliche Produkte. In Erzeuger-Verbraucher-Koops wurde versucht, die Kluft zwischen Produktion und Konsumtion zu überwinden. Doch alles in allem betrachtet blieben dies Randerscheinungen. Zwar reagierten viele Konsumenten positiv auf Kürzel wie Öko- oder Bio-, doch verbargen sich dahinter meist nur clevere Strategien der Marketingexperten des Agrobusiness. Für die in arbeitsintensiver Produktion erstellten Angebote von Bio-Bauern blieb in diesem knallharten, kapitalintensiven Wettbewerb allenfalls eine kleine Nische, eine Nische, die zudem einkommensschwachen Konsumenten meist nicht zugänglich war.

Dies deutet bereits hin auf den engen Zusammenhang zwischen ökologischen und sozialen Problemen. Die radikale Individualisierung, die Teil der Dynamik des Marktsystems war, führte dazu, daß soziale Bedürfnisse immer weniger befriedigt werden konnten und statt dessen über die zweifelhaften Angebote der Industrie kompensiert wurden. In einem sich selbst verstärkenden Prozeß heizte dies das Wachstum weiter an. Die traditionelle Formel, nach der über dieses Wachstum mehr Wohlfahrt erzielt würde, erwies sich dabei als immer fadenscheiniger. Die Zentrifugalkraft dieses Getriebes ließ die Randgruppen anwachsen. Hinter blendenden Fassaden führten Vereinzelung und Vereinsamung zu vermehrtem Drogenkonsum aller Art. Tiefe Not inmitten ostentativ zur Schau gestelltem Reichtum führte zu einem Anwachsen der sozialen Spannungen. Aus heutiger Sicht muß die Unterwerfung unter die sogenannten „Sachzwänge" geradezu als Götzendienst erscheinen. Ökonomische Systeme sollten dem Menschen dienen, nicht umgekehrt.

Natürlich bedeutet die Einführung der Dualwirtschaft nicht die Lösung all dieser Probleme. Jeder, der in der Netzwirtschaft tätig ist, weiß um die Schwierigkeiten eines naturgerechten Wirtschaftens. Doch im Gegensatz zum globalen Marktsystem bleiben die Probleme in einem eng umgrenzten Teil der Natur handhabbar. Die Konsequenzen umweltschädlichen Handelns, sei es bei der Ressourcengewinnung oder bei der Abfallbeseitigung, wären hier vor Ort sofort spürbar. Anders als im alten Marktsystem kommt es gerade auch in der Netzwirtschaft bei der Bewältigung der anstehenden Probleme zu einer sinnvollen Anwendung modernsten Know-Hows. Die Intermediären Technologien haben gerade hier ein breites Anwendungsfeld gefunden. Auch die extensive Landwirtschaft konnte wohl nur durch die Einführung der Netzmärkte realisiert werden. Demgegenüber sind die Wirtschaftsbereiche, die den Unternehmen des Marktsystems vorbehalten sind, in ökologischer Hinsicht sehr viel weniger sensibel. Vor allem aber greifen staatliche Maßnahmen heute sehr viel besser als vor der Krise, als jeder Unternehmer oder Standortpolitiker mit dem Arbeitsplatzargument jede noch so umweltschädliche Investition rechtfertigen konnte.

Vor allem auch sind es die indirekten Konsequenzen, die zu einer spürbaren Entlastung der Umwelt geführt haben. Manche Dinge, die früher unerläßlich schienen, sind heute überflüssig. Es ist manchmal faszinierend zurückzublicken und zu sehen, welch Riesen-Maschinerie in der hoch-arbeitsteiligen Wirtschaft in Bewegung war, um den Konsumenten in den Genuß zum Beispiel seiner alltäglichen Lebensmittel kommen zu lassen. Hier hat sich mancherlei verändert. Wohl am wichtigsten unter den indirekten Konsequenzen ist die Reduktion von Transport und Verkehr. Die Ausweitung des Flugverkehrs, der Transport gefährlicher Güter, die Einasphaltierung und Zerschneidung ganzer Naturlandschaften zugunsten des Individualverkehrs – auch hier mögen Stichworte genügen, um die Pervertierung des Wirtschaftens im alten Stil anzudeuten. Mit der Verlagerung weiter Teile der Produktion auf die lokale Ebene und der Verringerung des Verkehrsaufkommens gingen auch Veränderungen in der Siedlungsstruktur einher. Die Integration der Lebensbereiche Arbeit, Wohnen und Freizeit hat zu einer Verdichtung der Kommunikationsstrukturen geführt. Ob in den einst so öden Vorstädten oder in den früher von der Automobilität fast völlig abhängigen Gebieten – überall ist es zu einer Revitalisierung des Lebensraumes gekommen. In den urbanen Zentren ist das Leben hingegen sehr viel weniger hektisch als vor der Krise. Die Attraktivität des Hier, des eigenen Umfeldes, hat die früher so bedeutsame „Weiße Industrie", die Freizeitindustrie mit ihren lange unterschätzten ökologischen Nebenwirkungen fast völlig überflüssig werden lassen.

GARANTIERTES MINDESTEINKOMMEN

Wenngleich der Einschnitt des Jahres 2005 tiefe Wunden hinterlassen hat, so läßt sich heute doch konstatieren, daß dank der Systemreformen ein recht beachtliches Maß auch an wirtschaftlichem Wohlstand erreicht wurde. Eine Ähnlichkeit zur Glitzerwelt der Vorkrisenzeit läßt sich zwar kaum feststellen, hingegen ist es gelungen, sehr viel mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Dabei muß bedacht werden, daß die Restauration des Sozialstaates nur möglich war, weil es um den Kristallisationspunkt der Netzmärkte ein dichtes Geflecht sozialer Beziehungen gibt. Im Zeitalter der radikalen Idividualisierung war der Sozialstaat hoffnungslos überfordert gewesen. Die vor einiger Zeit beschlossene Einführung eines Garantierten Mindesteinkommens dürfte auch für die Zukunft das Entstehen sozialer Disparitäten zwischen denen, die ein Einkommen in Normalwährung beziehen und denen, die ausschließlich oder überwiegend in der Netzwirtschaft tätig sind, verhindern.

All dies unterstreicht die Notwendigkeit einer gut ausbalancierten Dualwirtschaft auch für die Zukunft. Es sollte deutlich geworden sein, daß die Netzwirtschaft nur bei einem funktionierenden Marktsystem prosperieren kann. Umgekehrt wäre auch die Marktwirtschaft ohne das stabilisierende Element der Netzmärkte zum Scheitern verurteilt. Der historische Rückblick zum einen auf die Pioniere eines dezentralen, regionalen Wirtschaftens und ihre Schwierigkeiten in der eindimensionalen Marktstruktur sowie das Kollabieren dieses eindimensionalen Systems führt die Bedeutung der Netzmärkte besonders eindrücklich vor Augen. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

EINE EINFÜHRUNG

Das „Gesetz der Netzwirtschaft"

NETZMÄRKTE

Flächendeckend werden für den Geltungsbereich dieses Gesetzes Netzmärkte eingerichtet. Jede(r) hat das Recht, am Netzmarkt ihres/seines Wohnortes – aber nur an diesem – teilzunehmen. Zwischen den Netzen gibt es keine wirtschaftlichen Beziehungen. Sie sind in sich geschlossene Einheiten. In ihrer Ausdehnung beschränken sich die Netzmärkte auf einzelne Orte oder Regionen. Bei Erreichen einer gewissen Mitgliederzahl bzw. eines bestimmten Gesamtvolumens wird eine Netzreform, d.h. eine Teilung des betreffenden Netzes notwendig, um das Wirtschaften in geringen Größenordnungen als das charakteristische Merkmal der Netzwirtschaft zu erhalten.

NETZZENTRALEN

Die organisatorische Einheit der Netzmärkte wird durch die Netzzentralen gewährleistet. Eine Netzzentrale wirkt als Scharnier zwischen Netzmarkt einerseits und Marktsystem und Staat andererseits. Neben Funktionen wie der Schulung von Netzteilnehmern, dem Technologietransfer etc. obliegt ihnen vor allem die Regelung des Zahlungsverkehrs sowie die Vermittlung von Netzfinanzierungen.

Die Zahlung beim Netztausch erfolgt nicht gegen Landeswährung, sondern in Verrechnungseinheiten. Der Verkäufer erwirbt ein Guthaben bei der Netzzentrale, der Käufer geht eine Verpflichtung ein. Alle Transaktionen werden am Jahresende saldiert und eventuelle Überschüsse oder Defizite in Normalwährung fällig. Zur Defizitrechnung kommt noch die Mehrwertsteuer hinzu, die hier genauso anfällt wie bei allen Geschäften im Marktsystem. Für einen Konsumenten ist der Einkauf über die Netzwirtschaft also nur sinnvoll, wenn er bereit und in der Lage ist, in gleichem Maße Produkte im Netz abzusetzen. Gewinne in Normalwährung über die Netzmärkte erzielen lohnt sich ebenso wenig: neben der Einkommenssteuer wird von den Überschüssen noch eine Sonderabgabe zum Aufbau der Netzzentralen abgezogen. Insoweit als Ausgaben und Einnahmen übers Jahr ausgeglichen sind, handelt es sich also um vom Marktsystem autonome Wirtschaftseinheiten. Diese Eigenständigkeit ist durch die Unmöglichkeit, Verrechnungseinheiten gegen Normalwährung zu tauschen, gewährleistet.

FINANZIERUNG

Ausgleich der Salden am Jahresende bedeutet Wegfall des Gewinnmotivs und dies wiederum bedeutet, daß die Kapitalbildung nicht oder nur in begrenztem Maße über die Netzwirtschaft erfolgen kann. Zudem lassen sich die für die Netzwirtschaft notwendigen hoch-technologischen Investitionsgüter nur im Marktsystem erstellen und sind daher in Normalwährung zu finanzieren. Der Staat übernimmt diese Finanzierung aus dem im Marktsystem angefallenen Mehrwertsteueraufkommen. Anspruchsberechtigt sind ausschließlich Ko-operativen, welche die im Gesetz genannten Kriterien erfüllen (diese Kriterien entsprechen dem Genossenschaftsgedanken der Mitgliederförderung; hierzu zählt die Regelung der Besitzverhältnisse, der Wegfall von Privatgewinnen, die persönliche Haftung der Mitglieder, das Identitätsprinzip, wonach alle Beschäftigten auch Mitglieder sein müssen und das Demokratieprinzip).

Der Finanzierungsanspruch der Ko-operativen richtet sich nach ihrem Netzumsatz. Das so finanzierte Kapital geht zwar in ihren Besitz ein, formell jedoch bleiben die Netzzentralen Eigentümer. Konkret bedeutet dies, daß die Ko-operativen die volle Verfügungsmacht über ihr Vermögen haben, sofern dies ihrer Netzproduktion dient. Grundsätzlich nicht zulässig ist die Veräußerung dieses Vermögens. Diese Kapitalneutralisierung bedeutet auch, daß bei Auflösung einer Ko-operative das Vermögen der Netzzentrale zufällt (Ausnahmeregelungen sind hier möglich). ●

1.7.2009

ARBEITSKRAFT GEGEN GELDMACHT

Die Gewerkschaftsmacht

Ist der Arbeitsstreik ein adäquates Mittel, die Macht des Kapitals einzudämmen? „Alle Räder stehen still..." – dieser Slogan ist hinreichend bekannt, den Weg zu einer anderen Wirtschaftsordnung weist dies jedoch nicht.

W. Scheuerbrandt, Red. Heidelberg ● Die Gewerkschaftsmacht sei zu groß, schädige die Marktwirtschaft und müsse zurückgedrängt werden, hört man immer wieder. Jedoch, wie steht es mit der viel älteren Geldmacht, die zurückzudrängen die Gewerkschaften schließlich angetreten sind? Immerhin ist die Geldmacht 8 x größer als die Gewerkschaftsmacht, denn 1 % Erhöhung des Zinsniveaus belastet die Wirtschaft 8 x mehr als 1 % Lohnerhöhung. Was also tun? Vor jeder Therapie steht die Erforschung der Ursachen. Welches die Ursachen der Gewerkschaftsmacht sind, weiß jedermann. Jedoch die Ursachen der Geldmacht? Mit der angeblichen Unersättlichkeit der Unternehmer ist es jedenfalls nichts, denn die Ursachen liegen tiefer.

Wir müssen vielmehr fragen, wer und was dem Geldbesitzer die Macht gibt, den Zins am Markte durchzusetzen, wo die Ursache des Mehrwertes liegt.

Jeder, der gearbeitet und den Markt beliefert hat, muß auch umgehend den Markt um den entsprechenden Anteil wieder räumen, sonst würde der Markt bald überquellen und andere daran hindern, weiter den Markt zu beliefern, d.h. weiter zu arbeiten. Damit Marktbelieferung und Markträumung vereinfacht werden und an verschiedenen Orten stattfinden können, wird ein Tauschmittel, das Geld zwischengeschaltet, das seiner Funktion nach Arbeitsbestätigung (für die Marktbelieferung) und Kaufgutschein (für die Markträumung) in einem sein soll. Von entscheidender Bedeutung ist, daß auf die Marktbelieferung immer umgehend die Markträumung erfolgt, daß also jeder, der zur Bestätigung seiner Marktbelieferung Geld eingenommen hat, es auch Zug um Zug zur Markträumung wieder ausgibt, bzw. in Form eines Darlehens andere beauftragt, es auszugeben. Hieraus folgt, daß nur derjenige am Wirtschaftleben teilnehmen und sich die gewaltigen Vorteile der Geldbenutzung zunutze machen darf, der nach diesem an sich selbstverständlichen Grundsätzen handelt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

HORTBARKEITSVORTEIL

Die Jahrtausende alte Wirklichkeit jedoch sieht anders aus. Hier betrachten es die wohlhabenden Wirtschaftsteilnehmer, die in der glücklichen Lage sind, sich mehr erarbeiten zu können, als sie zum unmittelbaren Leben brauchen, als ihr gutes Recht, „ihr Geld" nach Belieben festzuhalten in Form von Bargeldhortung, Girokonto oder kurzfristigen Spareinlage. Hierdurch wird der Tauschvorgang auf halbem Wege unterbrochen und der Wirtschaftsablauf unter Umständen bis zur Krise mit einem Heer von Arbeitslosen gestört, wie das oft genug in der leidvollen Geschichte des herkömmlichen Geldes der Fall war.

Warum sollte der Geldbesitzer auch anders handeln, da die (fehlerhaften) Währungsgesetze doch so sind, daß der Geldbesitz (= Liquidität) gegenüber dem Sachbesitz offensichtliche Vorteile hat? Mit dem Geld als dem „Joker auf dem Markte" (Prof. Suhr) kann man fast alles eintauschen, während für die Ware erst ein passender Abnehmer gesucht werden muß. Dann verursacht Geld bei Preisniveau-Stabilität im Gegensatz zur Durchschnittware fast keine Aufbewahrungskosten. Alles Vorteile, die der Geldbesitzer nur gegen Zinsbelohnung aufgibt. Das ist die eigentliche Grundlage für die Macht des Geldes, die eine kleine Minderheit befähigt, ihr Geld, d.h. andere für sich arbeiten zu lassen.

Wer also die Geldmacht zurückdrängen will, muß beim Zins anfangen. Wer den Zins zurückdrängen will, muß beim Liquiditätsvorteil des Geldes anfangen. Dieser Liquiditätsvorteil wiederum läßt sich nicht von der Geldfunktion trennen, und niemand will das Geld abschaffen. Also kann man den Liquiditäts- und Hortbarkeitsvorteil des Geldes nur durch eine Ausgleichsabgabe zur Abschöpfung des Mehrwertes neutralisieren und um die Geldmacht wäre es geschehen.

Hat man bei den Gewerkschaften je etwas von diesen grundlegenden Zusammenhängen gehört? Ich nicht. Das ist vielleicht auch der Grund, warum die Gewerkschaften mit ihrem traditionellen Kampfmittel, dem Arbeitsstreik, der Geldmacht nicht beikommen können. ●

2. FOLGE: DAS VERFLIXTE GELD

Wie kommt das Geld in Umlauf?

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● 1948, bei der sogenannten Währungsreform (die gar keine Reform war, sondern nur ein Neubeginn nach dem letzten Staatsbankrott), erhielt jeder Bürger als „Startkapital" 40 neue Mark. Die Unternehmer bekamen noch einmal die gleiche Summe für jeden Beschäftigten. Für die Auszahlung muß man das Zehnfache der alten Währung auf den Tisch legen oder es wurde ein entsprechender Betrag vom Sparbuch oder Konto abgebucht.

Wie das Beispiel zeigt, kommt das Geld also durch den Staat in den Umlauf bzw. durch die von ihm dafür eingesetzte Notenbank, die es allerdings 1948 noch gar nicht gab.

Heute ist unsere Notenbank, die Bundesbank in Frankfurt, allein zur Ausgabe von Geld berechtigt. Im Rahmen der volkswirtschaftlichen Erfordernisse ist sie dazu sogar verpflichtet, ähnlich wie sie für die Stabilität unseres Geldes Sorge tragen muß. Das heißt, mit der Leistung der Wirtschaft muß auch die Geldmenge ausgeweitet werden, möglichst in einem präzisen Gleichschritt, wenn die Preise, bzw. die Kaufkraft des Geldes, gehalten werden sollen.

WIE WIRD DIE GELDMENGE AUSGEWEITET?

Die Ausweitung der Geldmenge wird heute nicht mehr über Kopfgeld-Zuteilungen vorgenommen (obwohl das möglicherweise ein gerechter Weg wäre!) sondern hauptsächlich über Kredite, die die Notenbank den Geschäftsbanken einräumt. Geschieht das über Warenwechsel (deren Zunahme in einer ungestörten Geldwirtschaft das Zeichen für Geldmangel ist), ist das sicherlich der natürlichste Weg. Nehmen die Banken solche Wechsel in Zahlung und reichen sie diese an die Notenbank weiter, kommt es zu einer entsprechenden Vergrößerung des Geldvolumens. Da die Laufzeit dieser Wechsel auf drei Monate beschränkt ist, lassen sich solche Ausweitungen ggfs. auch wieder über den gleichen Weg korregieren.

Ein Nachteil der Geldvermehrung über Kredite ist darin zu sehen, daß sie immer mit Zinsen verbunden ist, die von den Banken an die Wirtschaft weitergereicht werden. Mit diesen Zinseinnahmen finanziert die Notenbank ihren recht aufwendigen Apperat. Darüber hinausgehende Überschüsse führt die Bundesbank an den Bundeshaushalt ab.

Außer über Wechselannahme (auf die sich der Diskontzinssatz bezieht), kann die Bundesbank die Banken auch über Lombardkredite mit neuem Geld versorgen, gegen Hinterlegung bestimmter Wertpapiere. Heute läuft das Gros der Geldversorgung über sogenannte „Wertpapier-Pensionsgeschäfte", einer anderen Variante der „Offenmarktgeschäfte", mit der die Bundesbank die Geldmenge beeinflussen kann. Wichtig ist festzuhalten, daß alle diese Kredite immer nur sehr kurzfristig gewährt werden und entsprechend rasch zurückzuzahlen sind.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

WOHER BEKOMMT DIE BUNDESBANK DAS GELD?

Soweit es sich um Papiergeld handelt, läßt sie das in speziellen Druckereien herstellen. Das heißt, die Notenbanken „schöpfen" gewissermaßen Geld aus dem Nichts, bzw. sie benötigen dazu nur wenig Papier und Farbe. Die Herstellung der Geldscheine kostet also nur wenige Pfennige, wobei der 1.000-DM-Schein kaum mehr erfordert als der mit dem 10-Mark-Aufdruck.

Manche meinen nun, die Bundesbank könne sich den Differenzbetrag zwischen Herstellungskosten und Nennwert einstecken und sich somit unmäßig bereichern. Das wäre sicherlich auch so, wenn sie das Geld durch Kauf irgendwelcher Güter in den Umlauf brächte. Das aber tut sie nur im Fall des Aufkaufs von Pfändern oder anderen Währungen, die sie dann bis zur Rückgabe oder einen Wiederverkauf nur bei sich stillegt. Das Gros des neuen Geldes läuft jedoch, wie wir gesehen haben, über Bankkredite, d.h. es wird nur verliehen und bringt außer Zinsen nichts ein.

Das Münzgeld darf die Bundesbank nach den bei uns geltenden Gesetzen nicht herstellen, sondern dieses Recht hat sich der Staat selber vorbehalten. Diese Münzrechte des Staates sind ein alter Zopf, den man noch nicht abgeschnitten hat. Da die Bundesbank die Münzen jedoch beim Staat zum Nennwert kaufen muß, macht dieser einen echten Gewinn, der sich als „Einnahmen aus dem Münzregal" im Bundeshaushalt mit einigen hundert Millionen DM jährlich niederschlägt.

Im übrigen ist die jährliche Ausweitung der Geldmenge nicht allzu groß. Von 1975 bis 1985 lag sie beispielsweise im Durchschnitt bei knapp 5 Mrd. DM oder rund 6 Prozent. Bezogen auf die Bevölkerung waren das im Durchschnitt 82 Mark im Jahr.

WOHER BEKOMMT DAS GELD SEINEN WERT?

Als Geld noch aus Gold und Silber bestand, ging der Wert des Geldes weitgehend von dem des verwendeten Metalls aus, genauer von seinem Herstellungspreis, der wieder von der Knappheit bzw. Schwierigkeit, es zu finden, bestimmt war. Dieses Geld war gewissermaßen selber eine Ware, die man gegen eine andere tauschte. Heute haben allenfalls noch die Pfennigstücke einen solchen Eigenwert, während der Nennwert der großen Münzen und vor allem der Scheine, den Material- und Herstellungswert um ein Vielfaches übersteigt.

So wie das Gold- und Silbergeld seinen Wert letztlich aus seiner Knappheit herleitete, so ist das auch heute bei unserem Papiergeld, auch wenn hier die Knappheit eine künstliche und keine natürliche ist.

Unser Geld erhält also seinen Wert dadurch, daß die Menge eingegrenzt bzw. auf die Menge der angeboteten Leistungen und Güter abgestimmt ist. Das heißt, der Wert des Geldes (richtiger: die Kaufkraft, da es selber keinen Wert mehr besitzt), hängt von der Relation zwischen Geldmenge und der volkswirtschaftlichen Leistung ab. Anders gesagt: Die Menge dieser Leistung dividiert durch die Geldmenge ergibt die Kaufkraft. Das an sich wertlose Geld wird also durch Leistungen der Volkswirtschaft gedeckt. Es dokumentiert einen entsprechenden Anspruch auf diese Leistung, so wie umgekehrt jeder erhaltene Geldschein normalerweise die Bestätigung für die Erbringung einer entsprechenden Vorleistung ist.

Würde die Bundesbank, bei gleichbleibender Wirtschaftsleistung, morgen jedem Bundesbürger 2.300 Mark ins Haus schicken und damit die vorhandene Geldmenge verdoppeln, wäre trotzdem niemand reicher. Denn die Folge dieser Geldmengenausweitung wäre eine Verdoppelung der Preise, so daß sich keiner mehr als vorher kaufen kann. ●

REZENSION

Eigenständige Regionalentwicklung

Redaktion Heidelberg ● Seit die Spatzen die Krise der konventionellen Regional- und Wirtschaftsentwicklung samt zugehöriger Planung von den Dächern pfeifen, breitet sich der Virus der eigenständigen Regionalentwicklung immer weiter aus und droht – trotz z.T. massiver, großangelegter Immunisierungs- und Impfkampagnen – auch die Hinterzimmer der Bürokratie zu befallen. Die Zeiten, in denen die Rückbesinnung auf Förderung und Entwicklung sogenannter endogener Potentiale lediglich ein Thema für Insider war, scheinen endgültig vorbei.

Ging es im ersten – längst vergriffenen – VER-Tagungsbericht von 1987 noch darum, eher pionierhafte, heterogene und verstreute Ansätze Eigenständiger Regionalentwicklung einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen, so werden in dem neuesten (August 1989) erschienenen VER-Tagungsreader gezielt Grenzen und Möglichkeiten einer Wirtschaftsförderung diskutiert, die auf den jeweiligen regionsspezifischen Gegebenheiten basiert. Der neue Reader enthält die Vorträge der 2. Melsunger Tage vom September 1988 mit acht einschlägigen Fachbeiträgen aus Österreich, der Schweiz und der BRD, vor allem Hessen.

Kann mit dem österreichischen Beitrag bereits eine Evaluierung der Förderungsaktion für sogenannte entwicklungsschwache ländliche Räume in den Jahren 1980-88 vorgelegt werden, so zeigt dies zwar deutlich, daß die Pfade einer Eigenständigen Regionalentwicklung in Österreich zweifellos schon breiter ausgetreten (an ihren Rändern vielleicht schon zertreten?) sind als bei uns, ohne jedoch darüber hinwegzutäuschen, daß deshalb noch lange nicht schlechthin von einem übertragbaren Modell oder Vorbild gesprochen werden kann. Folgerichtig begeben sich allein 4 Beiträge in verschiedene Richtungen auf die konkrete Suche hierzulande nach den regionalen oder kommunalen Möglichkeiten zur Mobilisierung regionaler Entwicklungskräfte, die zur Belebung wirtschaftsschwacher Räume durch eine endogene Wirtschaftsentwicklung auf dem Lande führen. Zwei nur an dieser Stelle zuletzt genannte Aufsätze weisen auf neue Chancen hin, die eine eigenständige Ökonomie des ländlichen Raumes für ökologisches Wirtschaften eröffnet und zeigen auf, daß Naturschutzkonzepte – und das ist ein Novum zumindest außerhalb der einschlägigen Szene – nicht gegen sondern gerade durch angepasste wirtschaftliche Nutzung dauerhaft umzusetzen sind. ●

Johannes Weitekämper

Der Tagungsreader kann gegen eine Schutzgebühr von DM 15,00 (plus Porto) direkt beim VER bezogen werden.

Regionalentwicklung in Hessen e.V. (VER) (Hrsg.)
Tagungsbericht, 1989, 141 S., DM 15,00.
Bestelladresse:
VER · Brückenstr. 22
3508 Melsungen

Anzeige

IM VERGLEICH ZU UNS SIND ALLE ANDEREN GLEICH.

die tageszeitung

ANGEBOT GILT BIS 30.12.89

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LÄNGER LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich teste die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

372

Datum, Unterschrift: .....

EXISTENZGRÜNDUNGSUNTERSTÜTZUNG DURCH KREDITGENOSSENSCHAFTEN

Beteiligung als innovatives Finanzierungsmodell?

Im Unterschied zu anderen Bankengruppen betätigen sich Kreditgenossenschaften auf dem Gebiet der Finanzierung innovativer Existenzgründungen nur am Rande. Dies ist erstaunlich, da die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen traditionell zur Geschäftspolitik der Genossenschaftsbanken gehört. Joachim Schneider hat es sich deshalb im Rahmen einer Dissertation zur Aufgabe gemacht, die Förderungsstrategien anderer Bankengruppen darzustellen und darauf „Rückschlüsse" für mögliche Aktivitäten der Kreditgenossenschaften zu ziehen. Eine spannende Aufgabe, die leider unzureichend gelöst wurde.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Schneiders „Rückschlüsse" für die Kreditgenossenschaften am Ende des Buches werden auf sechs und auf drei Seiten abgehandelt. Es sind regionale Venture-Capital-Gesellschaften und die genossenschaftliche Unternehmensbeteiligungs-Gesellschaft AG (GenUBG). Um die Kritik vorwegzunehmen: Die beiden gedanklichen Modelle zum Aufbau genossenschaftsspezifischer Wagnisfinanzierung werden viel zu knapp abgehandelt, als Lösung konzentriert sich Schneider nur auf den Bereich der Wagnis- bzw. Risikokapitalfinanzierung, und das „genossenschaftsspezifische" seiner Modelle kann ebenfalls angezweifelt werden.

REGIONALE VENTURE-CAPITAL-GESELLSCHAFTEN

„Der Träger und die Gründung und Geschäftsführung einer regionalen Venture-Capital- Gesellschaft mbH sollte aus organisatorischen Gründen in den Händen der jeweiligen Zentralbank liegen", so der Vorschlag von Schneider. Weder die genossenschaftliche Rechtsform noch eine in genossenschaftlicher Form organisierte Trägerschaft sieht er also bei seinem ersten Modell als erforderlich an, ohne dies genauer zu begründen. Zwar sollen auch die Primärgenossenschaften, die die Leistungen der Venture- Capital-Gesellschaften in Anspruch nehmen, einen GmbH-Anteil zeichnen und diese Leistungen nur an Mitglieder (Mindesteinlage 100 DM) zur Verfügung stellen. Dies sind aber formale Minimalbedingungen, die allein schon die gesetzlichen Auflagen für Genossenschaften bedingen. Das hochgehaltene Förderprinzip würde sonst ganz zur Farce verkommen.

Im Förderangebot der Venture-Capital- Gesellschaft nennt Schneider sechs Alternativen, kurz behandelt werden jedoch nur die Beteiligungs- und noch kürzer die Darlehensfinanzierung. Für die Beteiligung hält er eine Beschränkung auf Minderheitsbeteiligungen für richtig, damit die Selbständigkeit der Innovationsunternehmen erhalten bleibt. Auch ein Vorkaufsrecht und eine vorzeitige Auflösung des auf maximal 10 Jahre laufenden Beteiligungsvertrages sind Bestandteil seines Venture-Capital- Konzeptes.

Die Kommunikation für die erforderliche Beratung bei Innovationsgründungen will Schneider durch On-Line-Verbindungen zwischen Beteiligungsgesellschaft und Primärgenossenschaft effektiver gestalten. Besser genutzt werden soll damit ein aufzubauendes EDV-Expertensystem zur Abklärung erster Anfragen. Daß hier auch der Aufbau einer auf die entsprechenden Existensgründungen abgestimmten Datenbank für erforderlich gehalten wird, liegt nahe. In ihr sollen die öffentlichen Förderungshilfen, die in Betracht kommen, gespeichert und so den einzelnen Primärgenossenschaften über ein vernetztes EDV-System besser zugänglich gemacht werden.

UNTERNEHEMENSBETEILIGUNGSGESELLSCHAFT

Das zweite Gründungsfinanzierungsmodell, die genossenschaftliche Unternehmensbeteiligungs-Gesellschaft AG, ist noch „einfacher" strukturiert. Dies wird gesetzlich durch das Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften vorgegeben. „Da der Unternehmensgegenstand der UBG reine Kapitalinteressen umfaßt, sind Einflußmöglichkeiten auf die Unternehmenspolitik weitestgehend ausgeschlossen." Ein wahrlich genossenschaftlicher Ansatz. Die Ansiedelung bei der DG Bank ist Schreiners logische Konsequenz und somit auch ein weiterer Schritt hin zur Zentralisierung des bankgenossenschaftlichen Verbundsystems.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Auch sonst sind die Bedingungen für Unternehmensbeteiligungsgesellschaften nicht gerade genossenschaftliche. Sie können ausschließlich in der Rechtsform der Aktiengesellschaft gegründet werden. Zudem müssen innerhalb von 10 Jahren nach Anerkennung der Gesellschaft als UBG mindestens 7/10 der Aktien öffentlich zum Erwerb angeboten werden. Die daraus resultierende Gefahr, daß sich Großaktionäre darauf stürzen, läßt sich allerding einschränken. Mit der Form vinculierter Namensaktien, also durch eine an eine namentlich genannte Person gefesselte Aktie, hofft Schneider die völlige Auflösung genossenschaftlicher Bindungen zu vermeiden.

Sicherlich ist in der herkömmlichen Wirtschaft die Beteiligungsfinanzierung für Risiko- bzw. Wagnisfinanzierungsvorhaben der gängige Weg. Wäre Schneider den genossenschaftlichen Prinzipien „Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung" mehr verbunden, hätte er vielleicht auch nach anderen Formeln als denen der Beteiligungsfinanzierung gesucht. Anregungen hätte er beispielsweise Marlene Kücks und Achim von Loeschs Buch über „Finanzierungsmodelle selbstverwalteter Betriebe" entnehmen können, das er selbst einmal zitiert.

Wer keine innovativen Finanzierungsmodelle der Kreditgenossenschaften für Neugründer sucht, sondern einen allgemeinen Überblick über finanzielle Förderungsmöglichkeiten und über betriebswirtschaftliche Probleme innovativer Existensgründungen, dem sei das Buch von Schneider zumindest als Checkliste empfohlen:

Joachim Schneider: **Die Gründungsfinanzierung innovativer Unternehmen – Die Rolle der Kreditgenossenschaften – (Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen), Göttingen 1989, DM 54,-- (Vandenhoeck & Ruprecht Verlag)**

ZIELBILDUNGSKONFLIKTE IM KOOPERATIVEN UNTERNEHMEN

Nicht einfach ins Wasser springen

Um Konflikte, die für kooperative Betriebe existenziell und typisch sind, geht es in den folgenden Ausführungen. Ihnen liegen Konflikterfahrungen der Gruppe Ingenieurbau aus München zugrunde.

Sepp Rottmayr, Redaktion Genossenschaften ● Konfliktbetrachtung ist nicht Selbstzweck, sondern soll zur Verbesserung beitragen. Sie hilft dazu in dreifacher Weise:

○ Vermeidung oder Beseitigung von Konfliktursachen
○ Leben können mit Konflikten durch Akzeptieren ihrer Unvermeidbarkeit
○ Konflikten die angsterzeugende Unbekanntheit nehmen.

Für kooperative Unternehmen lassen sich einige typische Konfliktbereiche nennen. Sie sind dort stärker als in herkömmlichen Betrieben präsent und enthalten gleichzeitig unternehmensgefährdenden Zündstoff. Vor allem die Bereiche Zielbildung, Entscheidung, Verteilung und Gruppe gehören dazu. Nachfolgend werden nur Konflikte im Zusammenhang mit der Zielbildung genauer betrachtet.

Bei manchen kooperativen Unternehmen sind und bleiben die Geschäftsunterlagen wie Brief-und Geschäftspapiere die einzige Vertragsunterlage. Sich einstellende Zielbildungskonflikte im Verlauf der weiteren Unternehmensgeschichte lassen dann selbst eine vernünftige und effiziente Satzungserstellung scheitern. Der Versuch, trotzdem eine Vertragsbasis herzustellen, die mehr beinhaltet als den kleinsten gemeinsamen Nenner, eine pure Gewinnorientierung oder eine angepaßte Unternehmensform, werden so selbst Ursache eines existenziellen Konfliktes. In der Gruppe Ingenieurbau München wurden die Vertragsgrundlagen mit den Gründungspartnern schon ein halbes Jahr vorher in einem Seminar diskutiert und schriftlich niedergelegt. Die Zielorientierung, der Unternehmensgegenstand, die Fachgruppenstruktur, die Verteilungsregeln und die Solidaritätsvereinbarungen lagen damit im Wesentlichen fest. Anhand dieser Klärung konnten sich die Gründungspartner aus den Seminarteilnehmern herauskristallisieren. Dennoch war der sich im Verlauf entwickelnde Zielbildungskonflikt relativ groß.

KONFLIKTGESCHICHTE

In der zweiten Jahreshälfte 1977 wurden von den Gründern 12 neue Partner aufgenommen. Sie hatten die ersten Überlegungen nicht in gleichem Maße mitbekommen wie die Gründungspartner. Ihre Integration in die Praxis des demokratischen Betriebsmodells fiel deshalb schwer. Zudem kam es zu einer räumlichen Trennung durch die Anmietung eines neuen Büroflügels. Die einzelnen Fachgruppen, in der Gruppe Ingenieurbau selbständige Büros, waren personell und fachlich noch nicht gefestigt. Viele neue Mitglieder hatten Umstellungsschwierigkeiten vom Angestellten zum Selbständigen und auch finanzielle Probleme. Die Verwaltung war fachlich und personell überfordert und hatte in der Gruppe keinen autorisierten Gesprächspartner, dagegen viele Beschlüsse und 20 weisungsgewohnte, kooperationsungewohnte, freilich gutmeinende „Chefs".

Genügend Euphorie und Expansionsdrang gab es aber. So gelang trotz unterschiedlicher Ziele Weihnachten 1977 die Unterzeichnung eines gemeinsamen Vertrages für eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Die Parteienbildung war jedoch schon vorangeschritten. Für die noch offenen Strukturprobleme und für die erforderlichen Fehlerberichtigungen (Verwaltung, Angestellte, Namensprobleme, neue Fachgruppen) konnten deshalb nicht mehr die notwendigen Mehrheiten von 75% erreicht werden.

So kam es zu einem großen Einschnitt. Von acht Fachgruppen kündigten vier. Vorwiegend die Neuen, besonders aus dem neu ausgebauten Bürogeschoß, gehörten dazu. Die Übrigen versuchten, die offenen Strukturfragen und Berichtigungen vorzunehmen. Sie brachten eine umschließende Verwaltungs-GmbH mit kleinem Nenner zustande, die heute noch der gemeinsame Rahmen ist. Die vorhandenen Fachbüros, sie heißen bei der Gruppe Ingenieurbau Partnerbüros, entwickelten sich betont eigenständig. Teilweise nahmen sie, wie beispielsweise die Doli-GmbH, eigene Namen an. Die einzelnen Büros erreichten eine hohe fachliche Qualität, so daß der wirtschaftliche Erfolg nicht ausblieb. Ein gemeinsames Konzept aber für einen weiteren Ausbau oder eine inneren Erneuerung kam in der Folgezeit nicht mehr zustande.

NEUBEGINN

1987 versuchte die Gruppe nochmals einen Anlauf, um die eigenständigen Partnerbüros und die Verwaltungs-GmbH zu einer Produktivgenossenschaft zusammenzufassen. Der Versuch mißlang. Ende des gleichen Jahres fanden sich dann aber doch mehrere Partner zusammen und gründeten innerhalb der Gruppe Ingenieurbau eine interdisziplinäre Produktivgenossenschaft. Ihre Eintragung wird für den 1.1.1990 unter dem Namen Gruppe Ingenierbau technische Planung und Entwicklung e.G. angestrebt. Die Satzung wurde aufgrund der bisherigen Erfahrungen vor dem Arbeitsbeginn unterzeichnet. Ihre Anerkennung durch den zuständigen bayerischen Genossenschaftsverband bereitet zur Zeit Schwierigkeiten, da hierin vieles geregelt ist, was die üblichen Mustersatzungen nicht enthalten. Mit dieser Neugründung wird dem zwölfjährigen Stamm der Gruppe Ingenieurbau ein neues Reis aufgepfropft.

Die dargestellte Zielbildung mit ihren Konflikten verursachte neben den Belastungen für die Beteiligten auch erhebliche Kosten. Ganze Ordner mit teilweise hochqualifizierten schriftlichen Überlegungen liegen vor. Der Zeitaufwand für all die Vorarbeiten, die Versammlungen und Diskussionen dürfte mit 10.000 Mann/Frau- Arbeitsstunden eher niedrig geschätzt sein. Für den Aktivisten sammelte sich in diesem Prozess aber ein Erfahrungswissen an, das bei kooperativen Betriebsgründungen oft fehlt. Wenn dieses genutzt wird, nicht nur für den eigenen Betrieb, sondern auch allgemein, könnte sich dies für die Zukunft des kooperativen Unternehmen positiv auswirken.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Zwei Schlußfolgerungen für die Zielbildung im kooperativen Unternehmen können aus der Konfliktgeschichte der Gruppe Ingenieurbau gezogen werden. Dies soll in Form von Bildern versucht werden:

I) Das Ziel und den Weg an andere Ufer genau und im Detail vereinbaren, bevor ins Wasser gesprungen wird.

Viele Gründer kooperativer Unternehmen sind sich bei der Gründung nur darüber einig, daß sie einen kooperativen, demokratischen oder selbstverwalteten Betrieb gründen wollen. Sie springen dann gemeinsam in den See, ohne vereinbart zu haben, auf welches Ziel am anderen Ufer sie zuschwimmen möchten. Sie glauben, das Ziel fänden sie beim Schwimmen. Doch sie bedenken nicht, daß sie schon genug damit zu tun haben, sich über Wasser zu halten. Außerdem ist es knapp über der Wasserlinie nicht mehr möglich, einen Überblick über die Uferlandschaft zu bekommen. Dies aber wäre Voraussetzung, um mit Übereinstimmung ein gemeinsames Ziel auszumachen.

So suchen sich die einen je ein eigenes Ziel, andere schwimmen jemand nach im Glauben, er hätte das richtige Ziel und wieder andere retten sich an das bekannte Ausgangsufer. Insofern sollte das Ziel und der Weg vorher ausgemacht und vereinbart werden: Erst den Kompaß einstellen und dann ins Wasser springen. Die Nachfolgenden können sich dann ebenfalls orientieren, ohne sich und die Gründer vom Kurs abzubringen.

II) -Ein neues Phylum bilden-

Es ist fast unmöglich, einmal installierte und mit Leben gefüllte Strukturen mit neuen gemeinsamen Inhalten zu versehen. Deshalb kann nur das alte biologische Prinzip, die Bildung eines neuen Phylums, oder wie vorher ausgedrückt, das neue Reis auf den vorhandenen Stamm Erneuerung bewirken. Hat das Phylum Erfolg, ist eine Ausrichtung auf das andere Ziel wahrscheinlich. Es kommt darauf an, daß der vorhandene Stamm bereit ist, ein neues Reis zu akzeptieren, und daß das neue Reis zur Gattung paßt, ja dazu angetan ist, den Baum zu neuer Blüte zu führen. In dieser zweiten Schlußfolgerung liegen selbst Konflikte: Angst vor dem Unbekannten, vor Konkurrenz. Doch sie lassen sich durch Toleranz und Information unterhalb einer existenziell bedrohlichen Schwelle halten. ●

Anzeige

HINKELSTEIN **e.G.**

**Ein schwerer Brocken waren Genossenschaftsgründungen in früheren Zeiten. Heute ist der Gründungsprozeß leichter geworden, denn:
Wir unterstützen Euch durch Rat und Tat. Informiert Euch durch unsere neue kostenlose Broschüre.**

innova - Entwicklungsagentur für Neue Genossenschaften
Ein Projekt des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.
Am Hofgarten 20 5300 Bonn 1 Tel. 0228 / 21 52 90

ERSTE COMPUTERPRODUKTIVGENOSSENSCHAFT

Mitgliedschaft ist Pflicht

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● „Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder, insbesondere ihre Versorgung mit einem Arbeitsplatz im selbstverwalteten Betrieb... Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist nicht zulässig. Die Genossenschaft darf nach Ablauf der Probezeit nur Mitglieder als Arbeitnehmer beschäftigen", so lautet die selten zu findende Satzungsformulierung der compeG. Es ist die erste als Genossenschaft eingetragene Computerproduktivgenossenschaft in der Bundesrepublik. Offensichtlich arbeitet sie mit Erfolg, denn seit einiger Zeit suchen die neuen Mitglieder weitere Interessierte zum Einsteigen in ihren Betrieb in Erlangen.

Die seit August 1987 vom Prüfungsverband anerkannte Genossenschaft produziert und verkauft technische Software. Anwendungsbereiche in Rüstung, Atomenergie und zur Personalüberwachung werden nicht bedient. Für wichtigere Entscheidungen verfolgen die Mitglieder/innen das Konsensprinzip. Sie werden auf der mindestens einmal monatlich stattfindenden Betriebsversammlung gefällt.

Wer in der Genossenschaft mitarbeiten will, muß nach einer sechsmonatigen Probezeit formal gleichberechtigt einsteigen. Der hierfür zu erwerbende Anteil kostet zwischen 1.000 und 5.000 DM. Abhängig ist dies von der Stundenzahl, die der Einzelne arbeiten will. Jeder kann also seine Arbeitszeit selbstbestimmen, muß dies aber im voraus angeben. Entlohnt wird er oder sie nach dem für alle einheitlichen Stundenlohn von 20,-- DM.

Nicht zuletzt aufgrund der Qualifikationsstruktur, die Mitglieder kommen aus den Bereichen Informatik, Physik, Elektrotechnik, Mathematik und Verfahrenstechnik, hat die Genossenschaft gute Marktchancen. Auch die Form der Zusammenarbeit, nämlich aufgeteilt in kleinen Projektteams, entspricht einer wirtschaftlich effizienten und gleichzeitig für die emotionale Athmosphäre angenehmen Struktur. Vielleicht wird die compeG als Professionsgenossenschaft mit dazu beitragen, daß Produktivgenossenschaften mehr Zukunft als Vergangenheit haben? ●

ALTE UND NEUE TRÄUME

Zwischen Feinkost und Muff

Waren die Zeiten früher wirklich soviel besser? Oder sind sie heute schlecht wie eh und je? Eine Bewegung lebt von der Veränderung, die im positiven Sinne eine Entwicklung sein soll. Eine Erwiderung auf den Artikel „Naturkost: Aussteigen oder umstürzen?" in CONTRASTE Nummer 60.

Von Rudolf Döhr, Redaktion Naturkost ● Auweia – das wird schwierig. Da äußert endlich jemand eine Kritik an der Entwicklung der Naturkostbewegung, ohne sich persönlich herauszuhalten – die Gefühle sind in jeder Zeile zu spüren – und bei mir, der ich die Kritikpunkte ein stückweit teile, ein tiefes Unbehagen, das mir sagt, daß ich darauf antworten will, muß. Weil ich meine, daß Elkes Aufteilung der Welt in „Gut und Böse" weder der Sache (Naturkost – Lage der Landwirte – Umwelt) noch sonst wem dienlich ist.

ALLES ANDERS ?

Damit ich richtig wahrgenommen werde, kurz zu meiner Situation: nicht ganz solange wie Elke „dabei" (ziemlich genau 10 Jahre), mit einem für damalige Zeiten „normalen" Einstieg in die Bioszene: aus politischen Gründen, mit der Zielsetzung, Arbeitszusammenhänge zu verändern. Die ersten Jahre unentgeltlich gearbeitet, danach ständig unterhalb der Grenze der „Alternativen Selbstausbeutung" (ich hasse übrigends dieses Wort im Zusammenhang mit unserer Arbeit). Lohn wurde zunächst völlig unabhängig von Arbeitszeit gezahlt. Wer Arbeitszusammenhänge verändern will, muß die Verbindung Arbeit-Geldleistung trennen. 1985 erster Bruch, wir wurden professioneller, die Kollektividee blieb zwar, wurde aber mehr und mehr theoretisch, weil die Erfahrungskluft zwischen Alteingesessen und Neulingen immer größer wurde. 1986 zweiter Bruch, ein Laden im Nachbarort, der dichtmachen wollte, wurde übernommen (Expansion!). Idee: der „Mutterladen" in der Kleinstadt (18.000 Einwohner/innen), der natürlich (??) nicht mehr als 2 Leute ernähren konnte, wird zusammen mit dem 2. Laden ein gemeinsames Projekt, von dem 5-6 Menschen leben und kollektiv zusammenarbeiten können.

Seitdem große Fluktuation. Mehrere Versuche, ein „richtiges" Kollektiv zu werden, scheiterten an ständiger Überforderung der Menschen im Projekt: wachsende Anforderungen der Naturkostentwicklung, dazu unser Anspruch, alles ganzheitlich zu sehen, Änderungen auf allen Gebieten anzugehen. Der neue (letzte!) Versuch in einer neuen Gruppe hat Mitte Oktober begonnen.

Natürlich haben auch wir in der Anfangszeit die Geborgenheit der Naturkostszene gespürt, gebraucht, hat uns diese Geborgenheit weitergebracht. Natürlich war alles familiärer damals, war das Feeling mit den Kund(inn)en ein anderes. In dieser Geborgenheit habe ich Selbstsicherheit bekommen, bin aufgetaut, habe reden gelernt – die Naturkost selbst war zweitrangig.

Aber: auch damals schon manch ungutes Gefühl: zuviele Leute dabei, die nur eine „Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung" und nicht mehr wollten. Zu sehr Ausstieg schien's mir bei einigen, zu sehr Erholung vom Alltag, Verschnaufpause. Zuviele, die vor lauter Träumerei toller Ideen nie zum Handeln (im doppelten Sinne) kamen. Die diese Alternativbewegung als Argument sahen, selbst nichts ändern zu müssen, andere („Bewegung") machen zu lassen. Und viel zuviele von denen, die diese Bewegung jetzt vermarkten, waren schon damals dabei, wurden von uns großgezogen, sie sahen schon damals nicht mehr als die Marktlücke. Sie konnten und können dies, weil wir allen schönen Worten glaubten, Kontrolle immer als böse ablehnten, Vertrauen idealisierten.

Elke idealisiert diese Vergangenheit, beklagt die Jetztzeit, führt Dinge auf, die ich bedenklich finde. Zum einen das Feeling: mehrmals betont sie die harmonischen Treffen dieser großen Familie (auch das Haschisch war damals wohl besser). Aber wo sind all die tollen Typen geblieben? Warum sind sie ausgestiegen (oder eben hart eingestiegen)? Lag es nur an der „Gesellschaft"?

FEHLENDE PERSPEKTIVE

Mir jedenfalls hat dieser Dunstkreis, die gegenseitige Beweihräucherung allein irgendwann nicht mehr genügt. Wollte, daß auch „normale" Menschen in meinen Laden kommen, wollte die Auseinandersetzung mit deren Denkweisen und Vorurteilen. („Wir waren mehr Treffpunkt für Gleichgesinnte", wie Elke richtig schreibt).

Habe freilich das „Glück" gehabt (so möchte ich es im Nachhinein nennen), immer mehrgleisig zu arbeiten: nicht nur Händler sein, sondern gleichzeitig in Initiativen und anderen Bereichen dieses Gesellschaftssystems (Parlamentarische Politik) zu arbeiten. Mich drauf einlassen und schauen können, was diese verschiedenen Wege aus mir machen.

Kontrolle haben wir im Grunde genommen abgelehnt, schrieb ich eben: Natürlich bauen wir auch heute noch in erster Linie auf Vertrauen, jedenfalls zu den Leuten, mit denen wir direkt zu tun haben. Wir brechen z.B. völlig mit Händlern, mit denen wir mehrmals schlechte Erfahrungen gemacht haben (dennree, Neue Wege), handeln dann auch nicht mehr deren nachweislich gute, kontrollierte Ware, weil uns die Kontrolle allein nicht genügt. Wir wollen auch sehen, welche Menschen welche Sache mit welcher Motivation machen. Wenn wir jedoch die „romantischen" Kriterien von „damals" anlegen wollten, dann hat Elke recht, könnten wir mit fast niemanden mehr umgehen, müßten aufgeben, wie sie auch.

„Vielleicht habe ich nicht mitgekriegt, wie die Zeit sich ändert. Aber ich würde auch gar nicht zulassen, daß die Zeit sich oder mich ändert", schreibt Elke irgendwann. Dieser Satz ist trotzig, zeigt noch viel Kraft. Aber auch eine Auflehnung am falschen Punkt, denn Leben ist nun mal ein Wandel. Und der hat Elke scheinbar überrascht, sie hat nicht realisieren wollen, daß sie und die Menschen um sie herum älter werden, sprich noch mal jung sein wollen, sich verlieben. Warum diese „Rückschritte" in die Vergangenheit, warum nicht an den geänderten, gewachsenen Dingen arbeiten, hier das Neue, Schöne suchen und erleben? Wann ist die Perspektive abhanden gekommen, wo ist sie geblieben? Denn Elkes Laden hatte keine Perspektive mehr, keine eigene Linie, sie hat sich ausgeliefert, fand daher keine Befriedigung mehr. Sie schreibt so, als sei sie nicht handelnd, sondern nur passiv gewesen:

„Die Entwicklung hat sich im ganzen Naturkostsortiment niedergeschlagen, in der Aufmachung...". „Es wurde immer mehr Edles im Bioladen verkauft (...) – als Kunde wäre ich ja auch schon lange nicht mehr in meinen Laden gegangen." „...als mir die erste Bioschokoladen in den Laden geliefert wurden."

SELBST VERWALTEN!

Wie kam denn das ganze Zeug in Deinen Laden, in unsere Läden? Wer hat Dich dazu gezwungen, welche/r Händler/in? Zumal die Kund(inn)en, für die Du das Ganze machtest, diesen Schund ebenfalls nicht vollten? Und Du's ja auch nicht gemacht hast, um den Umsatz zu erhöhen? Wir bieten in unseren Läden weder Bioschokoladen (auch auf das Carobzeug sind wir nicht reingefallen), Biolutscher oder Fertigmenüs an – obwohl täglich danach gefragt wird. Dinge nicht zu haben, das Programm inhaltlich abzugrenzen, gerade das führt zu intensiven Gesprächen – mit diesen unseren Kund(inn)en, die natürlich auch, wie Du schreibst, durch die aufdringliche Werbung scharf auf unnötiges Zeug gemacht werden. Aber dieses dann nicht zu haben, das führt zu einer Auseinandersetzung, die oft fruchtbar ist. Auch uns gehen die von Elke genannten Naturkostzeitschriften mehr und mehr auf die Nerven. Unsere Konsequenz kann doch nur sein, eine eigene Zeitschrift zu machen, in der wir unsere Inhalte vertreten, ohne Hochglanzwerbung. Ich möchte all dies nicht überheblich als Lösung verkaufen. Ich möchte aufzeigen, daß klagen allein passiv macht und nichts ändert. Beklagt wird immer das Verhalten der anderen: Das ist bequem, selbst muß dann aktiv nichts geändert werden.

Freilich ist die Perspektive schwerer als vor 10 Jahren zu finden, als einem die Mitstreiter/innen „nur so zufielen" (durch das Feeling, den Flair, den diese Bewegung ausstrahlte). Heute müssen wir selbst ausstrahlen, müssen anders um neue Mitstreiter/innen kämpfen, hundert Niederlagen einstecken und trotzdem wieder aufstehen... Aber ohne die Erkenntnis, daß jede Bewegung, ob nun Naturkost-, ob Grüne- oder damals die sexuelle Befreiung, natürlich an einem bestimmten Punkt aufgegriffen wird von der Gesellschaft, von der Industrie (schließlich sind wir, ist unsere Sache ja auch interessant genug, oder?), daß sie mitsamt der Menschen, auch der Pioniere aufgesogen wird, daß viele dann den Verlockungen des kommerziellen Wohlstandes nicht standhalten können, ohne diese Erkenntnis sind wir hilflos ausgeliefert. Es ist so und wird so bleiben, daher müssen die Übriggebliebenen immer wieder neu anfangen (aber: mit dieser Erkenntnis nie bei Null).

„NEBENWIDERSPRUCH"

Weiter fällt auf, daß Elke die Qualität der damaligen Naturkostwaren idealisiert. Aber: ersetzten nicht damals die schönen Worte in den Rapunzel- und C&S-Rundbriefen, die uns die nahen und fernen Anbauer/innen und Erzeuger/innen nett beschrieben, nicht jedwede Kontrolle? Lag der Unterschied mancher Lorien-Goods zur normalen Kosmetik nicht häufig nur im romantischeren Etikett? Es hat sich qualitativ sehr viel getan im Naturkostbereich – und es wäre traurig, wenn das nicht so wäre, wenn die letzten 10 Jahre abgesteckt worden wären!

Wir können der Bio-Feinkostentwicklung und der Naturkost im Supermarkt doch nur ein eigenes Konzept entgegensetzen. Wir können anderes nur verwirklichen, wenn wir ständig versuchen, anders zu arbeiten, ganzheitlich: wenn es uns selbst unmöglich ist, die Idee, die wir von Naturkost und was dazu gehört, haben, in einem „normalen" Arbeitszusammenhang mit dazugehöriger Arbeitsteilung und Hierarchie zu vertreten. Wenn es uns unmöglich ist, mit der immer gleichen Werbung, mit den gleichen Methoden, den gleichen Agenturen dafür zu werben. Wenn es uns unmöglich ist, über die guten Inhalte unserer Waren zu vergessen, was die Verpackung in der Umwelt anrichtet. Wenn es uns unmöglich ist, mitanzusehen, auf welchen Unterlagen Informationen über diese Waren zu uns gelangen (Hochglanzpapier/weißes Papier/Umweltschutzpapier). All dies, was in den letzten Jahren als kleinlich, als nicht durchführbar, als „Nebenwiderspruch" (mit diesem Begriff sind schon immer an sich wichtige, entscheidende Punkte in Bewegungen abqualifiziert worden) bezeichnet worden ist, macht uns überlebensfähig. Die Konzentration auf dieses „Nebensächliche" bringt uns fort davon, auf die Konkurrenz der Supermärkte zu starren (wie dieses bekannte Kaninchen auf die Schlange). Diese Konkurrenz wehren wir nicht ab durch Übernahme von deren Handlungsweisen, da werden sie uns immer finanziell, fachlich etc. überlegen sein.

LERNEN AUS DER VERGANGENHEIT

All das, was wir wollen, hat sich bisher als nicht machbar dargestellt. Das zeigt aber doch nur, wie neu all das ist, daß natürlich immer neue Versuche kommen müssen, in denen aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt werden kann. Denn dadurch, daß wir kein Modell haben, nach dem wir vorgehen können, sondern dies alle zusammen immer wieder entwikkeln müssen, wird doch das Modell, zu dem wir einst die Alternative bieten wollten, nicht besser, anstrebenswerter: die herkömmliche Landwirtschaft, die herkömmlichen Wirtschaftsweise, die Industrie...

Das sage ich in den Momenten, wo gerade etwas scheitert, natürlich nicht so leicht wie jetzt, wo ich für mich eine Perspektive sehe. Aber auch in den vielen Momenten des Scheiterns darf ich nicht mein Verhalten in der Vergangenheit beklagen: „Anderthalb Jahrzehnte verschwendet", „Urlaub, den

Fortsezung auf Seite 18

BIOMÜLL ALS ROHSTOFF

Der Landkreis München testet die Abfallvergärung

Ratlos ist so mancher Verantwortliche einer bundesrepublikanischen Gemeinde angesichts immer noch wachsender Müllberge. Im Landkreis nun packt man das Problem an: Im August dieses Jahres wurde ein Forschungsprojekt gestartet, um organischen Müll, immerhin fast die Hälfte im Hausmüll, zu vergären.

Redaktion Heidelberg ● Der Landkreis und die Gemeinde Ismaning arbeiten bei diesem Forschungsprojekt mit der Firma BTA Biotechnische Abfallverwertung zusammen. In einem zunächst auf ein Jahr angelegten Versuch wird in einigen Bereichen der Gemeinde Ismaning bereits im Haushalt der organische vom nichtorganischen Müll getrennt und in einer „Biotonne" gesammelt. Der Inhalt der „Biotonne" wird zur Anlage der BTA nach Garching transportiert und dort verwertet. Mit dem Ismaninger Versuch will man nachweisen, daß die „Biotonne" ein für den Landkreis München geeignetes Sammelsystem ist und Biomüll in einer BTA-Anlage umweltverträglich verwertet werden kann.

Das BTA-Verfahren besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen: der Aufbereitung und der biologischen Verwertung. In der Aufbereitungsstufe wird der Müll auf sehr schonende Art verflüssigt (suspendiert); die Steine, Metalle, Glas, aber auch Plastik und Textilien werden abgeschieden.

Im biologischen Teil des Verfahrens wird die Müllsuspension innerhalb von zwei Tagen weitgehend zu Biogas umgewandelt. Dies erfolgt in einem Hochleistungsmethanreaktor, der eine sehr rasche Umsetzung der organischen Bestandteile ermöglicht. Die hohe Gärleistung der Anlage beruht auf einer Besonderheit des BTA- Verfahrens: Die gelösten und ungelösten organischen Stoffe werden in zwei gesonderten Reaktoren vergoren, um den an der Vergärung beteiligten Mikroorganismen das ideale Arbeitsmilieu zu bieten.

Dieses Verfahren wurde von der Firma BTA mehr als drei Jahre lang in ihrer Garchinger Anlage mit Unterstützung der Gemeinde Garching und des Bundesforschungsministeriums praktisch erprobt. Der Müll stammte aus der getrennten Wertstoffsammlung der Gemeinde Garching und erwies sich für die Verarbeitung in einer BTA-Anlage als sehr geeignet. Die Ergebnisse waren erfreulich. Etwa 30% des angelieferten Mülls wurden in der Aufbereitungsstufe als Plastik, Glas, Metalle usw. wieder ausgeschieden, etwa 20% wurden zu Biogas, 35% zu Kompost; der Rest war Wasser, das zum Betrieb der Anlage genutzt wurde. Das Biogas hatte eine Qualität, die der von Erdgas nahe kam. Der Kompost hatte einen geringen Schwermetallgehalt, erwies sich als pflanzenverträglich und empfahl sich als Bodenverbesserungsmittel.

Das BTA-Verfahren ist so weit entwickelt und erprobt, daß es im Entsorgungsmaßstab eingesetzt werden kann. Die BTA ist zusammen mit der auf dem Gebiet der Wasser- und Abwasseraufbereitung erfahrenen Stuttgarter Firma Philipp Müller in der Lage, Großanlagen zu planen und zu errichten. Eine erste Großanlage für 20.000 Jahrestonnen Durchsatz,– das entspricht dem Biomüllaufkommen von etwa 200.000 Menschen –, wird derzeit für zwei Städte nördlich von Kopenhagen geplant und voraussichtlich im nächsten Jahr errichtet. Eine kleine Anlage wird noch im Laufe dieses Jahres für eine Insel vor der schwedischen Großstadt Göteborg geplant; weitere schwedische Kommunen zeigen ein beträchtliches Interesse an einer BTA-Anlage.

Doch nicht nur im Ausland, auch in der Bundesrepublik Deutschland besteht eine große Nachfrage. Der Kreistag des Landkreises Landsberg/Lech hat sich zum Beispiel für eine BTA-Anlage entschieden. Andere Kreise und kreisfreie Städte stehen in engem Kontakt mit der BTA und prüfen den Einsatz der Müllvergärung als Teil eines ökologischen Müllkonzeptes. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß das BTA-Verfahren überall dort auf ganz besonderes Interesse stößt, wo das Schwergewicht auf die Umweltverträglichkeit gelegt wird.

Das BTA-Verfahren ist umweltverträglich und wirtschaftlich. Störende oder gar schädliche Emissionen entstehen nicht. Das Biogas ist bereits relativ rein und kann ohne großen Aufwand noch vollständig gereinigt werden. Die Qualität des Komposts entspricht den strengsten Anforderungen. Die Kosten der Anlage sind angemessen. Sie belaufen sich bei einer Anlage mit einer Kapazität von 20.000 Jahrestonnen auf etwa 100 DM/t. Im Vergleich dazu verursacht die Müllverbrennung Kosten in Höhe von 180 DM/t. In den Kosten der BTA-Anlage enthalten sind die Erträge aus dem Verkauf des Biogases und des Kompostes. Diese sind nicht unerheblich: So fallen zum Beispiel bei einer 20.000 - Jahrestonnen-Anlage nach Abzug des Eigenverbrauchs an Energie immerhin noch mehr als zwei Millionen Kubikmeter Biogas mit einem Heizwert von 16 Millionen Kilowattstunden an.

BTA-Anlagen lassen sich sehr gut in Müll- Gesamtkonzepte integrieren. Ihr Eingangsmaterial sind Abfallstoffe, die weder für die Verbrennung noch für die Deponierung taugen. Der Platzverbrauch einer BTA-Anlage ist gering. Er liegt für eine 20.000 Jahrestonnen-Anlage bei etwa 6.000 Quadratmetern.

BTA-Anlagen eignen sich auch in besonderer Weise für die Entsorgung von organischen Abfällen aus dem gewerblichen Bereich, insbesondere aus Kantinen, Großküchen und der lebensmittelverarbeitenden Industrie. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ALTE UND NEUE TRÄUME

Fortsetzung von Seite 17

ich selten genug hatte, verursachte mir Gewissensbisse", „zärtliche Worte, die ich verschwendet habe"... all diese Sätze lassen mich fragen: Warum sieht Elke das heute so, warum stimmt all das, was damals für sie gestimmt hat, heute nicht mehr? Nur weil sich so viele(s) geändert hat/haben? Kann das nicht heißen, daß Du trotz allem immer fremd-, nie selbstbestimmt warst, daß Dir die, die Dich damals bestimmt haben, nur eben sympatischer waren, als die, die das heute wollen? Anders kann ich mir auch nicht erklären, daß jener ehemalige Freund in Deinen Laden kommt und Dir Modernisierungsvorschläge macht, mit Professionalisierung, Finanzierung und Profit. Vielleicht hat er Dir angemerkt, daß eine Linie fehlt. Vielleicht hast Du keine Leidenschaft mehr ausgestrahlt („Mit Leidenschaft will ich's erleben, mit Leidenschaft an jedem Tag, krieg ich zurück, was ich wag', wie es eine Sängerin vor Jahren banal aber richtig sang). Wie solltest Du auch zwischen all dem Zeug, hinter dem Du nicht mehr gestanden hast. Mit der Idealisierung (eigentlich ein Nichtakzeptieren) der Vergangenheit, mit dem Hinterherweinen verhindern wir nur das Lernen aus unserer Geschichte, verhindern wir die Weiterentwicklung. Wenn wir allein die heutige Kommerzialisierung beklagen, haben wir nicht gemerkt, daß auch wir damals einer Kommerzialisierung aufgesessen sind: Pink Floyd, der Shit, all das war ebenfalls „Kommerzscheiße", vielleicht sogar gefährlicher, weil von einem Flair umgeben. Gefährlicher, aber wichtig für unsere Entwicklung, wichtig für unser Wachstum (womit ich nicht das des Umsatzes meine). Warum diesen Träumen hinterherlaufen, warum nicht neue träumen?

WEITERDISKUTIEREN!

Doch die Perspektive? Eine hat Elke genannt: jede/r Ladner/in, jede/r Großhänder/in und Hersteller/in eine handfeste Persönlichkeit. Das ist Voraussetzung, eine Persönlichkeit, die etwas ausstrahlt, die durch ihr Leben zeigt, was sie mit ihrer Arbeit verwirklichen will. Dann führt's auch nicht dazu, daß sich so viele die Biokost nicht leisten können und wieder bei Aldi stehen, wie Hermann in der Einleitung schreibt. Die stehen da wieder, weil sie den Bioläden auch nichts anderes abnehmen als Profit, weil sie sehen, wie sich mancher „ein schönes Leben" hinsetzt und die verkaufte Ideologie nicht lebt, Kund(inn)en, die nachvollziehen können, wie wir leben, brauen diese Angst nicht zu haben, Vertrauen wohl eher.

Perspektive: Diese Kund(inn)en wachsen mit mir, ich mit ihnen. Wir erreichen sie über unsere Ausstrahlung, über die Ausstrahlung unseres Ladens, unserer Sache. Wir erreichen sie langsam, sehr langsam (natürliches Wachstum geht immer langsam vor sich). Wir erreichen sie nicht über Massendrucksachen und Plakatwände. Wenn wir diese Massenkundschaft wollen, müssen wir auch eine Massenabfertigung schaffen statt individueller Bedienung.

Das sind nur Ansätze, Grundlagen für eine Perspektive. Was es noch nicht gibt, was wir erreichen müssen, ist eine Zusammenarbeit, ein Erfahrungsaustausch der Läden, die Ähnliches wollen. Die zwischen Feinkost und Muff existieren, die aus dem Vergangenen gelernt haben, aber nicht zu Kaufleuten verkommen sind. So gut und wichtig wie der Naturkostverband ist für die Festlegung und die Entwicklung der Qualität, für ein vernünftiges Maß an nötiger Kontrolle: er ist ein Händler/innen-, Kaufleuteverband. Einen anderen Verbund müssen wir uns selbst schaffen, einen, der die Selbstverwalteten erfaßt. Wir müssen diese Perspektive selbst aufbauen und endlich voranbringen. Von daher ist die Veröffentlichung des Briefes von Elke in der CONTRASTE ein Rückschritt in dieser Diskussion. Ein Rückschritt, weil es vor einem 3/4 Jahr den Artikel von Werner aus der Schwarzwurzel Ludwigshafen gab, der all die Kritikpunkte, die Elke hat, schon gebracht hat, nur nicht die Vergangenheit beweinend, sondern in die Zukunft schauend. Und die Perspektiven von Werner hätten längst weiterdiskutiert (das ist jetzt Selbstkritik an mich, an uns), weiterentwikkelt werden müssen. Darum meine Aufforderung: laßt uns in der Diskussion nicht abschweifen, laßt uns die Perspektiven des genannten Artikels aufgreifen, laßt uns all diejenigen erst mal informell sammeln, die die Grundlage von Werner für sich akzeptieren können und weiterentwickeln wollen. Aufgabe der CONTRASTE und speziell der Naturkostredaktion könnte sein, sich als Instrument der Sammlung zu begreifen. Und z.B. ein Treffen aller Interessierten zu initiieren.

Elkes Artikel war gewiß wichtig, und all das, was ich geschrieben habe, ist nicht dazu gedacht, ihren Entschluß zu kritisieren: Für sie selbst ist er stimmig. Nur eignet sich der Brief nicht, ihre persönliche Erfahrungen und besonders ihre Auslegung der Wirklichkeit und ihre Konsequenz daraus zu verallgemeinern. Und Elkes Konsequenzen und Klagen werden nicht allein dadurch richtiger, daß viele zu ähnlichen Schritten neigen... ●

AUFRUF ZUM NATURKOST-RATSCHLAG

- ○ für radikalökologische Umgestaltung
- ○ für ein Konzept: ÜBERLEBENSMITTEL
- ○ für Überzeugungstäter und Bioladner
- ○ ohne Großhändler und Fabrikanten
- ○ ohne Gummibärchen und Lutscher
- ○ für Unabhängigkeit der Bioläden vom Großhandel
- ○ gegen die Verbetriebswirtschaftlichung unserer Beziehungen
- ○ für Aufrichtigkeit, Liebe und Menschlichkeit
- ○ für fruchtbare Ideen und neue Taten

Termin: Anfang 1990
Ort: wer weiß wo?
Worüber: Jeder kann Vorbereitungsinfos schicken...
Koordination: (vorläufig) CONTRASTE-Naturkostredaktion, Herrmann Cropp, Postf. 1811, 45 Osnabrück, ☎ 05402-7373
Es rufen auf: Wolfgang Otto, Kassel; Achim Wagner, Usingen; Rudolf Dörr, Vlotho; Jan, Mutter Erde, Saarbrücken; Werner, Schwarzwurzel, Ludwigshafen.

Leserbrief

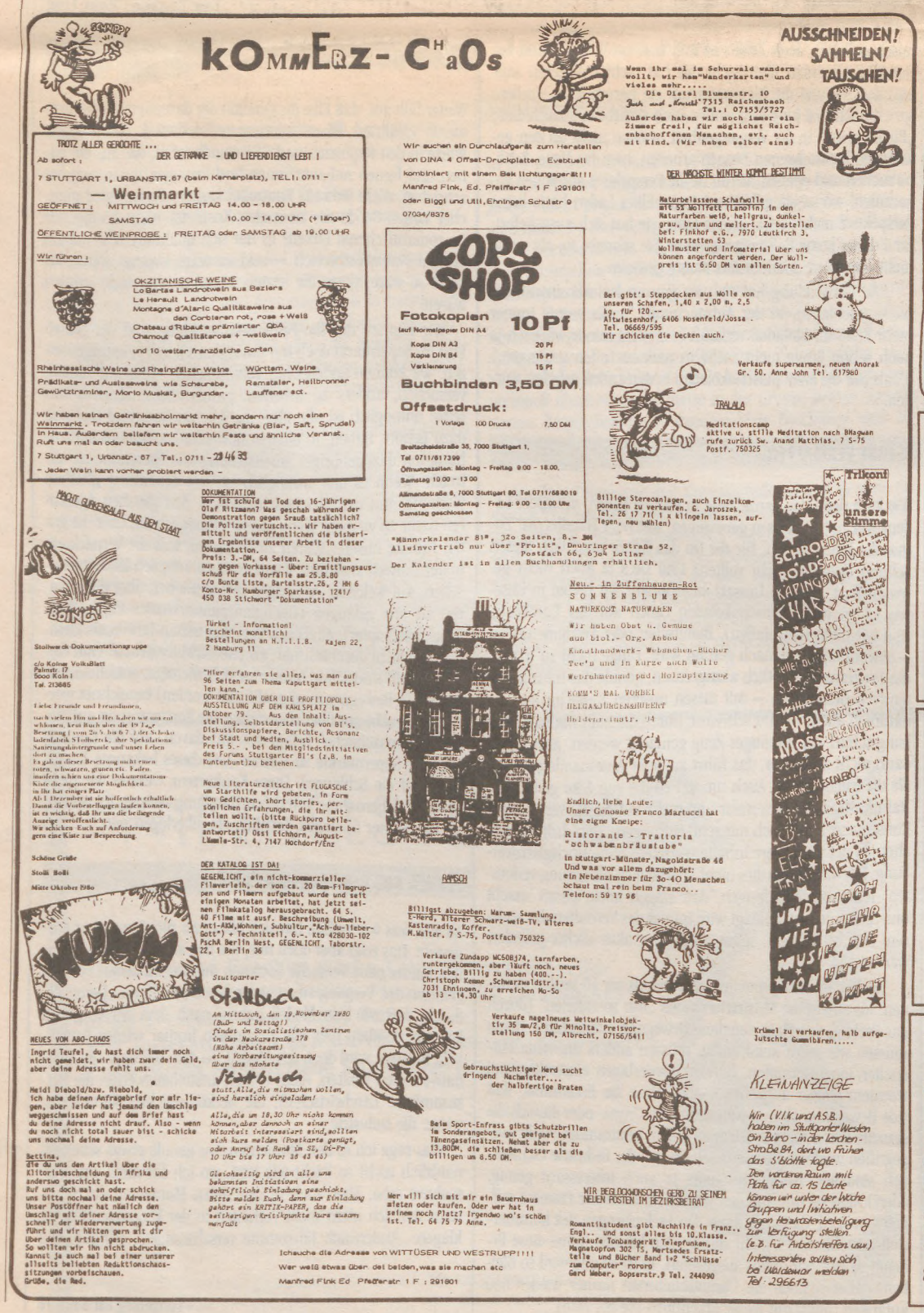
Lieber Herrmann,
ich wollte dir nur sagen, daß ich den Artikel in der letzten CONTRASTE (Sept.) von der Frau aus dem Naturkostladen sehr gut fand. Mir tat es gut, noch andere kritische Stimmen zu hören, die die Gleichschaltung der Läden durch neue Begriffe wie „Fachhandel" usw. nicht mitmachen wollen. Ansonsten ist meine Position hier in der Kasseler Ladenszene in einer absoluten Minderheit. Man kann mit den Leuten über so Sachen wie in CONTRASTE einfach nicht reden!

Wie kann ich mich als politisch kritischer Ladner mit Leuten zusammentun? Ich möchte irgendwie was machen!

Wolfgang vom Naturkostladen

TEN YEARS AFTER

Anzeigenseite: links aus s' Blätte Nov.80, rechts aus Schrot & Korn Nov.89.
Hat sich was verändert oder schaut's nur so aus? Aba ökonomisch haut's doch ganz gut hin, wa?
Und jetzt mehr Information pro Quadratzentimeter. Alles gut durchstrukturiert – siehe auch CONTRASTE.



Druckwerkstatt Hafen GmbH
– Selbstverwalteter Betrieb –

sucht Fachkräfte in den Bereichen

- Reprofotografie
- Composing
- Plattenkopie
- Bogenmontage

für den Flachdruck

Hafenweg 26a · 4400 Münster · ☎ (0251) 66 10 19

Noack, Ehrenstein, Franke (Hg.)
Energie für die Stadt der Zukunft
Das Beispiel Bremen. Der Abschlußbericht des Bremer Energiebeirates

1989, 240 Seiten mit Abb., DM 19,80, ISBN 3-924800-25-1

Die Arbeit des Bremer Energiebeirates zeigt, daß es möglich ist, eine umweltverträgliche Energiestrategie sehr konkret im Hinblick auf örtliche und regionale Gegebenheiten und Chancen zu entwicklen. Dies ist auch in allen anderen Städten und Regionen geboten - der Bremer Energiebericht ist hierfür richtungsweisend.

SP-Verlag
Schüren
3550 Marburg

Der Gewinn aus dem Verkauf dieses Kalenders kommt der Arbeit der Initiativen gegen Atomanlagen zugute!
Der „Atomkraft NEIN! Kalender 1990" ist ab September 1989 zu beziehen über das Umweltzentrum Münster, Scharnhorster Str. 57, 4400 Münster, Tel. (0251) 52 11 12. Preis 8,50 DM & 1,50 DM Porto. Schwerpunktthemen: Antirepression, BRD-Atommachtbestrebungen, WAA u.a.
Im Kalender sind alle Adressen der Anti-AKW-Initiativen enthalten.

Weil Sie billig einkaufen, bekommt Familie Amiti in Indien ihr 10. Kind.

Wenn bei uns Tee, Kaffee, Bananen, Steaks und T-Shirts billiger werden, bleibt die Lohntüte der Familie Amiti leer. Sie braucht Kinder, die mitarbeiten.

Menschen in der Dritten Welt wissen andere Lösungen. Selbsthilfeprojekte in Südafrika und Indien brauchen unsere Unterstützung.
Sie bestimmen, welches Projekt Sie fördern.
Die **ASW** leitet Ihre Spende weiter.
Informationen zu den Projekten von:

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Hedemannstraße 14
1000 Berlin 61
BfG Berlin (100 101 11)
Konto: 555

JOBS

Im **FAIRsicherungsladen** Frankfurt ist ab Januar 1990 (oder früher) eine Stelle frei. Aufgabe: Faire Beratung und Vermittlung von Versicherungen. Bedingung: Ausbildung und/oder Erfahrungen im Versicherungsgewerbe oder überzeugende Argumente für die Bereitschaft zur Einarbeitung in ein neues Arbeitsfeld. Außerdem erwarten wir engagierte Teamarbeit. Wir bieten: Bezahlung nach Vereinbarung, flexible Arbeitszeit, Möglichkeiten zur Weiterbildung und die Perspektive für eine Beteiligung in unserer GmbH.
Bitte ausführliche Bewerbungsunterlagen (bevorzugt von Frauen) an:
Fairsicherungsladen
Arnsburger Str. 36
6000 Frankfurt/Main 60

Elektroinstallateurin gesucht für Selbstverwalteten Ausbildungs-und Installationsbetrieb
Werkschul Elektrobau GmbH
Pannierstr. 45
1000 Berlin 44
☎ (030) 693 56 85

Das **Pustekuchen-Kollektiv** in Bielefeld sucht nur Leute, die gut backen können, sie sollen/können mit Schwung & Humor viel mitgestalten.
☎ (0521) 8 66 93

Eingeführter **Antiquitäten-Restaurierungsbetrieb** (int. Barock-Möbel bis 50er J.) sucht 1-2 Pers. mit Fachkenntnis **ab sofort** und Übernahme in ca. 3/4 Jahr. Gearbeitet wird nach kunst- und kulturhistorischen Gesichtspunkten, grundsätzlich in wohnbiologischer Verantwortung. Wir sind ein kleiner Kollektivbetrieb mit Naturfarben, Naturbaustoffhandel.
FIRNIS
Kunigundenstr. 12
Neustadt
☎ (06321) 3 06 97

Dringend MitarbeiterIn für unsere Kantine gesucht !!!
Unsere Kantine verpflegt zwei selbstverwaltete Betriebe, mit insgesamt 30 bis 35 Personen täglich.
Wir suchen für unsere Kantine, ab sofort, vorerst als Schwangerschaftsvertretung befristet für ein knappes Jahr, ein/e MitarbeiterIn. Es handelt sich um ein Arbeitsvolumen von ca. 20 Std. in der Woche.
Sie/Er wird in einem Team arbeiten, in dem die Aufgaben und die Arbeitszeit nach Anforderung und persönlichen Wünschen abgesprochen werden. Sie/Er sollte Haushaltserfahrung mitbringen und selbständig arbeiten können.
Die Vergütung erfolgt Stundenweise.
Bei Interesse ruft bitte unter der ☎ (0621) 10 33 25 an und verlangt Hubi Cramer.
Handwerker-Genossenschaft e.G.
Betriebe in Selbstverwaltung
Verb. Kanal linkes Ufer 20-24
6800 Mannheim

Expandierendes Kultur- und Cafehaus-Projekt im Stuttgarter Westen sucht baldmöglichst ABM-Frau oder Mann zur Mitarbeit mit dem Schwerpunkt im Kulturbereich.
Bewerbungen an:
Merlin-Kultur e.V.
Furtbachstr. 14
7000 Stuttgart 1

Für einen **Vollwertimbiss** in Frankfurt suchen wir Frauen, die die Planung für die Küche und den Verkauf eigenverantwortlich übernehmen wollen.
Wir sind ein selbstorganisiertes Frauenprojekt.
☎ (0 69) 70 03 63

JOBSUCHE

Tischlerin mit mehrjähriger Projekterfahrung sucht Tischlerei-bzw. Kollektiv (Massivholz) zur Mitarbeit (mögl. Nieders./Schl.- Holstein) Marita
Auf der Domäne
3372 Lutter a. Bbge.
☎ (05383) 18 84

Bürokaufmann (38) – vertraut mit allen Büroarbeiten – sucht ab sofort neuen Wirkungskreis. Englische und französische Sprachkenntnisse.
Gerhard Hallstein
Melanchthonstr. 49
5650 Solingen 1
☎ (0212) 59 07 92

Betriebswirt (FH), m., 25 J., (EDV, Controlling, Organisation) sucht ökologisch orientiertes Unternehmen, in dem sinnvolles Engagement möglich ist. Badischer Raum bevorzugt.
Chiffre: Baden

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*

TEXTLINE
Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496

* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

KOMMUNEN

Nach 3 J. hier, suche ich nun eine Kommune, in der ich außer gemeinsamer Kasse, Konsens, eigenen Betrieben oder dem Wunsch das aufzubauen, Interesse an zwischenmenschlicher Forderung u. Förderung finde. Ich bin Tischlerin und offen für vieles andere.
Conni Scherle
Auf der Domäne
3372 Lutter a. Bbge.
☎ (05383) 18 84

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

SONSTIGES

Bauernhaus, schwäbische Alb, 37 km bis Reutlingen, zu verkaufen oder wer hat Energie, Know-How und Durchhaltevermögen, gegen die Stadtverwaltung um kollektiven Lebensraum zu kämpfen, alleinerziehende Mütter? Wir sind zwei Frauen, drei Kinder.
S. Pfenninger
Quellstr. 11
7420 Trailfingen

1 Jahr Ökobank, Ziele – Erfahrungen – Erreichtes; Warum – Wie – Wo; Taschenbuch 144 Seiten, GeMUT e.V., Uferstr. 4 · 3550 Marburg

Goldesel für die GEMA?

Über den Umgang mit der GEMA.

Arbeitshilfe für Musikveranstalter, Jugend- und Kommunikationszentren, 1. Auflage 1986 mit aktuellen Ergänzungen.
DM 4,00 plus DM 1,00 Versandkostenanteil erhältlich gegen Voreinsendung von Briefmarken beim Dachverband der selbstverwaltete Jugendzentren Rhein-Neckar, Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

→ Fakten statt Mythen

Medien und Bewegungen - Bewegungen und Medien Heft 1/89

Alternativökonomie zwischen Traum und Trauma Heft 2/89

Institutionalisierungstendenzen in den Neuen Sozialen Bewegungen Doppelnummer: Heft 3-4/89

SONDERAUSGABE:
40 Jahre Bundesrepublik - 40 Jahre Soziale Bewegungen
Sonderheft / Oktober 1989

FORSCHUNGSJOURNAL *Neue Soziale Bewegungen*

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt:Termine, Material, Aktionen und Konferenzen. 4x pro Jahr auf 128 Seiten.

Ich bestelle:
☐ Jahres-Abonnement des Forschungsjournals NSB (DM 35,– gegen Rechnung)
☐ Einzelexemplar Nr. _____/89 (DM 9,80 per Scheck oder in Briefmarken)
Einzelexemplare des Jahrgangs 88 (Vorzugspreis von DM 6,80 per Scheck oder in Briefmarken)
☐ Geschlechterverhältnis in den NSB
☐ Parteien und NSB
☐ Sonderheft 1989 (150 Seiten / DM 12,– nur per Scheck oder in Briefmarken)

Name
Straße
PLZ, Ort
Datum Unterschrift
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum Unterschrift 9/89

Coupon einsenden an: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, c/o Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 1 34 02
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; 2000 Hamburg , Detlef Weiher, Rendsburger Str. 3, ☎ (040) 319 35 93 (abends); Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Gestaltung: Steffen Schauberger, Krefeld
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0 bei Textline GmbH;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 1 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

ISO

Beratungsseminar* Marketing – Werbung – Reklame*
Tagesseminar am 25.11.89, von 10 bis 15 Uhr in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147. Anhand zweier Beispiele können die Teilnehmer ein Briefing für ihren Betrieb oder ihr Produkt erarbeiten. Die Marketingfelder Produkt, Zielgruppe, Konkurrenz, Budget und Positionierung werden ausführlich behandelt. Ziel des Seminar ist es, den Teilnehmern zu vermitteln, welche Informationen für ein Marketing-Konzept zur Umsetzung der betrieblichen Zielsetzungen benötigt werden.
Teilnehmergebühr: 150 DM, Ermäßigung für jedes weitere Kollektivmitglied.
Anmeldung an:
ISO-Büro · Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt
☎ (069) 738 18 33

Finanzierungsprobleme in selbstorganisierten Projekten
Die Cash-Coop-Hessen führt vom 14. bis 15.12.89 in Neu-Anspach, Alte Schule ein 2-tägiges Seminar zu Finanzierungsproblemen in selbstorganisierten Projekten durch. Es soll über EG-Mittel informiert werden. Referenten der EG wurden eingeladen.
Anmeldung an:
Diethelm Damm · Am Burgacker 31a
6200 Wiesbaden

Kollektives Managment:
Was Tun II
Wochenendseminar vom 15. bis 17.12.89 in Höchst/Odenwald. Aufbauend auf dem Seminar „Was Tun I" werden hier
- „Systematisches Vorgehen" bei Aufgabenbewältigung
- Koordination/Moderation in Gruppen
- Delegation
vertieft bzw. neu erarbeitet
Voraussetzung:
Teilnahme an „Was Tun I"
Teilnehmerbeitrag: 180 DM
Anmeldung an:
M. Paulini · Bachstr. 22
6100 Darmstadt
☎ (06151) 37 73 33

BuntStift

AG Hessische Ausbildungsbetriebe
Nächstes Treffen in Offenbach am 2.12.89, 14 Uhr.
Mögliche Schwerpunkte:
Existenzsicherung, Betriebsgründung, Fort- und Weiterbildungskonzepte
Anmeldung & Information:
BuntStift e.V.
Martin Mertens · Helmholtzstr. 4
3500 Kassel
☎ (0561) 89 57 64

Netzwerk Hamburg

Tabu-Themen in alternativen Organisationen
Leistung - Kompetenz - Erfolg -Kontrolle - Sanktionen - Kündigung - „Alte" und „Neue" - Geld - Entlohnung - Sympathie - Antipathie -Gefühle
Bei diesen Themen wird es einem schnell ganz anders, es wird einem heiß. Es geht hierbei aber meistens um harte Fakten und/oder Problemlagen in der Organisation, die man/frau vor sich herschieben oder unter den Teppich kehren kann; ihre Wirkung ist dort aber noch fataler. Durch Informations-und Erfahrungsaustausch soll es leichter werden, über diese Themen zu reden. Außerdem geht es an diesen Tagen darum zu erkennen, was diese Themen so heiß macht. Wir wollen versuchen, Ängste abzubauen und konstruktive Umgehensweisen aufzuzeigen.
Termin: Mo 20.11., 10h bis Mi 22.11.89, 17h
DM 100,00
Ort: Seminarraum der Werkstatt 3
Anmeldung & Information:
Netzwerk Hamburg
Gaußstr. 17 · 2000 Hamburg 50

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Netzwerk Hamburg

Lay-out - Na und?
Das wird sich hoffentlich jede/r TeilnehmerIn dieses kleinen Seminars sagen können, der/die bisher jedesmal mit Schrecken feststellen mußte, daß er/sie schon wieder die Gestaltung der Broschüre oder des Flugblattes übernommen hatte. Hier wird jede/r darauf vorbereitet, eine „reprofähige Vorlage" zu erstellen, die die Druckerei dann ohne Mühe verwenden kann. Dazu gibt es jede Menge handfester Informationen, die eine oder andere Idee, viel Kleber und natürlich den Durchblick!
Termin: Sa 18.11.89, 10-18h u. So 19.11.89, 10-19h
DM 50,0
Ort: Netzwerk-Büro
Anmeldung & Information:
Netzwerk Hamburg
Gaußstr. 17 · 2000 Hamburg 50

ÖKOLOGIE

„Recycling ist keine Lösung"

Fachkongreß Ökologische Abfallwirtschaft
Das Forum der Umweltvorsorge durch Abfallvermeidung vom 30.11. bis 2.12.89 in Berlin.
Auf diesem Fachkongreß referieren über 30 kritische WissenschaftlerInnen ihre Ergebnisse für eine ökologische Abfallwirtschaft. Dabei geht es nicht um hochentwikkelte und profitable Entsorgungstechnologien, sondern um Möglichkeiten einer radikalen Abfallvermeidung. Der Kongreß bietet die Möglichkeit, einen Überblick zu bekommen über den Stand der europaweiten Forschung in Sachen Umweltvorsorge.
Kongreßgebühr: 80 DM, ermäßigt 30 DM für Mitglieder gemeinnütziger Umweltschutzorganisationen, StudentInnen und Erwerbslose.
Anmeldung & Information:
Kongreßbüro
Institut für ökologisches Recycling
Kurfürstenstr. 14
1000 Berlin 30
☎ (030) 261 68 54

TAGUNGSHÄUSER

Treffen der Tagungshäuser/ Bildungsinitiativen in BaWü

Seit einigen Monaten gibt es den „Verband unabhängiger Bildungsinitiativen und Tagungshäuser e.V.". Das nächste Treffen mit dem Schwerpunkt „Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für politische Ökologie" findet am Montag, den 27. November 1989 im Tagungshaus Kratzbürste, Münstertal statt.
Anmeldung & Information:
Läufertsmühle · 6934 Neckargerach
☎ (0 62 63) 16 43

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere »Lernwerkstatt« hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- oder Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knappe 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. enstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

FRAUEN

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – Die Medien besser nutzen

Dieser Kurs richtet sich an Mitarbeiterinnen in Frauenprojekten, -initiativen und Vereinen.
Die erfolgreiche Durchsetzung von politischen und finanziellen Forderungen ist nicht zuletzt Ergebnis einer offensiven Pressearbeit. Frauen scheuen sich noch zu oft, die guten Ergebnisse ihrer Arbeit nach außen zu tragen. Ziel des Kurses ist es, die Medien für die eigene Sache besser nutzen zu können. Dabei geht es u.a. um die Frage, wie eine Pressemitteilung geschrieben wird oder wie ich mich bei einem Interview für Presse und Rundfunk verhalte. Es werden wichtige Tips für den Umgang mit Medien gegeben sowie auch praktische Übungen zum Schreiben von Pressemitteilungen und zum Führen von Interviews gemacht.
Termine: Sa., 11. November 1989, 10-18 Uhr u. So., 12. November 1989, 10-14 Uhr
Gebühr: 75 DM Erwerbslose/100 DM Verdienende
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
2000 Hamburg 13
☎ (040) 44 49 60

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

Buchführung und Finanzen
Bildungsurlaub: Dreiwöchige Fortbildung für Frauen aus selbstverwalteten Projekten und Betrieben.
Entscheidungswoche: 3. bis 8.12.89
weitere Wochen
4. bis 9.2.90 und 6. bis 11:5.90
Anmeldung & Information:
Frauenferien- und
Bildungshaus Osteresch
Zum Osteresch 1
4447 Hosten-Schale

SONSTIGES

Computerkurse für AnfängerInnen:

Wie funktioniert der PC? Für Leute, die am PC arbeiten und wissen möchten, wie er funktioniert.
MS-DOS am 11./12.11.89
Einführung in die Textverarbeitung WORD 4.0 am 18./19.11.89 und 2./3.12.89
Aufbaukurs WORD 4.0 am 9./10.12.89
TN-Gebühr: 250,00 DM
Anmeldung:
Faprik gGmbH
Im großen Ahl 35
6050 Offenbach
☎ (069) 86 99 35

FORUM FÜR LIBERTÄRE INFORMATIONEN

tagt vom 22. bis 26. November 1989 im Jugend-und Bildungshaus Tettenborn e.V., Clettenbergerstr. 6,
3423 Bad Sachsa
Themen: Antisemitismus, Anti-Pädagogik, Staatskritik, Kulturkritik, Anti-Klerikales, Feminismus, Selbstverwaltung usw.
Anmeldung:
Carmen Lür, Sabine
Verdenerstr. 34
2819 Morsum
☎ (0 42 04) 51 21

Der Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung Wiesbaden bietet folgende
Vorträge an:
24.11.89: „Das Dienstleistungsangebot der Ökobank – Infoabend mit Mitarbeitern der Ökobank"
11.12.89: „Das Arbeitsförderungsgesetz – Möglichkeiten der Personalkostenförderung für gemeinnützige Projekte und Betriebe"
Die Veranstaltungen finden in Wiesbaden im Cafe des Hilde- Müller-Hauses, Wallufer 15, jeweils um 20 Uhr statt. Der Eintritt ist frei.
Nähere Infos:
Ralf Seidel
Eschbachstr. 4
6204 Taunusstein-Hahn

Kulturelle Orientierungen neuer sozialer Bewegungen
Tagung des AK NSB der DVPW in Bonn im Haus Annaberg
vom 1. bis 3.12.89
Anmeldung & Information:
VPI Bonn e.V.
Paulstr. 20 · 5300 Bonn
☎ (0228) 65 09 11

KFZ-KOSTENBILANZ

Laut Berechnung des Umwelt- und Prognose- Instituts (UPI) Heidelberg entstehen durch den Kfz- Verkehr in der Bundesrepublik jährliche Kosten von

107 bis 117 Mrd. DM

(Straßenbau, Polizei, Krankenhäuser etc.)
Die Steuereinnahmen betrugen demgegenüber 1988 laut Bundesfinanzministerium

bei der Kfz-Steuer	8.168 Mrd. DM
bei der Mineralölsteuer	27.031 Mrd. DM
	35.199 Mrd. DM

Somit hat sich 1988 ein Defizit von ca. 70 bis 80 Mrd. DM ergeben, im Mittel 75, das bedeutet:
Jede/r Bundesbürger/in, Säuglinge und Greise eingeschlossen, subventioniert den Kfz-Verkehr un damit Waldsterben, verpestete Straßen, unwirtliche Städte, Unfälle und tausendfaches menschliches Leid jährlich mit

1.250,--DM

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club fordert, die maßlose Subventionierung des Autoverkehrs zu beenden und statt dessen den umweltverträglichen Verkehr – Fuß, Fahrrad, Bahn und Bus – zu fördern.

ADFC, Bundesverband · Postfach 10 77 44 · 2800 Bremen 1
☎ (04 21) 7 40 52

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

WIR SETZEN DAGEGEN

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

...nicht nur mit der monatlich erscheinenden „Zeitung für Selbstverwaltung", sondern auch durch Aktivitäten des CONTRASTE-Vereins zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie. So ist CONTRASTE Mitinitiatorin der geplanten europaweiten Projektemesse in Berlin 1991, wo Projekte und Betriebe aus europäischen Ländern in Ost und West den verstaubten Regeln der alten Ordnung und Unterordnung ihre Vorstellungen von anderen Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensformen entgegensetzen werden – phantasievoll, lautstark und uneinsichtig.

Besser CONTRASTE fördern als die Kohlsuppe fettmachen!

☐ Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.

☐ Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)

☐ Schickt mir erst mal Eure Satzung.

☐ Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE · Postfach 10 45 20 · 6900 Heidelberg